

Agugust 2011 | 3 EUR



TUNESIEN: ZWISCHEN REVOLUTION UND MIGRATION

Eindrücke und Fragmente einer Delegationsreise im Mai 2011



BORDERMONITORING.EU (HG)

HERAUSGEBER

bordermonitoring.eu (Verein in Gründung)
Friedenstr. 10, 81671 München

WWW.BORDERMONITORING.EU
OFFICE@BORDERMONITORING.EU

V.I.S.D.P.

Bernd Kasparek

REDAKTION

Conni Gunßer, Miriam Edding
Hagen Kopp, Bernd Kasparek

LEKTORAT

Miriam Leitner

LAYOUT

Christian Jakob

DRUCK

Imprenta, 63179 Obertshausen

AUFLAGE

1.500 Stück

PREIS

EUR 3,00

OBERES UMSCHLAGFOTO

Nasser Nouri

COPYRIGHT/RECHTENACHWEIS

Die Rechte am Interview „Wir gewähren selbst
200.000 Menschen Asyl“ liegen bei der Jungle
World Verlags GmbH. Die Rechte am Text „Nackt
vor dem Staat“ liegen beim Verein zur Förderung
medialer Vielfalt und Qualität (www.malmoe.at).

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Alle anderen Texte und Bilder stehen unter der Creative
Commons Namensnennung-
NichtKommerziell-KeineBearbeitung
3.0-Deutschland Lizenz.
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

GEFÖRDERT VON

The logo for 'do Stiftung' features the word 'do' in a bold, lowercase sans-serif font, with a green dot above the 'o'. Below it, the word 'Stiftung' is written in a smaller, lowercase sans-serif font.

	04	EINLEITUNG Warum wir in Tunesien waren und warum diese Broschüre
	06	AURFUF Freiheit statt Frontex
	08	ÜBERBLICK Zur Revolution in Tunesien
	10	POSTREVOLUTION Politische Niederlagen - aber der soziale Widerstand wächst
REVOLUTION	15	INTERVIEW Mehdi Mabrouk: „Für eine Kooperation der Zivilgesellschaften beider Ufer des Mittelmeers!“
	18	ZIVILGESELLSCHAFT Zum Tunesischen Forum für ökonomische und soziale Rechte
	19	FLÜCHTLINGE Abdeljelil Bedoui: „Wir gewähren selbst 200.000 Menschen Asyl“
	21	FEMINISMUS „Nackt vor dem Staat“
	23	SPURENSUCHE Sidi Bouzid, wo die Revolution begann
	27	SCHNITTPUNKT Ben Guerdane – Zwischen Revolution und Migration
MIGRATION	29	EUROPA Die Grenzen Europas - Die Reaktion der EU auf die demokratischen Revolutionen in Nordafrika am Beispiel Migration
	33	LAGER 1 Detention Centres und das Europäische Migrationsregime in Tunesien
	35	PROZESS Tunesische Fischer – Lebensretter vor Gericht
	38	HILFSORGANISATION Ben Youssef Karim: „Die Erde kennt keine Grenzen“
	40	LIBYEN Flucht vor Gaddafi – Zu Gast bei einer libyschen Familie in Ben Guerdane
	42	LAGER 2 Unerträgliche Hitze und Warten im Nichts
	44	DOKUMENTATION Voices of Choucha – Appell zur Flüchtlingsaufnahme
	45	FLUCHT AUS LIBYEN Odyssee im Mittelmeer
	48	ITALIEN Notstandspolitik als Antwort auf Flüchtlinge aus Nordafrika
	50	FRANKREICH Tunesische MigrantInnen in Paris und Marseille
AUSBLICK	53	VERNETZUNG Auf der Suche nach Verbindungslinien
	55	AKTION Bootsaktion gegen Frontex und den Tod im Mittelmeer
	56	AUFRUF Schiffe der Solidarität - das Sterben im Mittelmeer stoppen!
	57	AUSBLICK Mediterranean Precarious Connections

EINLEITUNG

Warum wir in Tunesien waren – und warum diese Broschüre?

ÜBER DEN VERSUCH EINER ANTIRASSISTISCHEN INTERVENTION

Im März diesen Jahres haben die drei migrations-politisch aktiven Netzwerke Welcome to Europe, Afrique-Europe-Interact und kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (zu diesen gehörten fast alle Redaktions-Mitglieder dieser Broschüre) die Deklaration „Freiheit statt Frontex“ veröffentlicht. In diesem Text, der in fünf Sprachen vorliegt und nachfolgend dokumentiert wird, findet sich eine deutliche Positionierung, sowohl für den revolutionären Aufbruch in der arabischen Welt als auch gegen die machtpolitischen Interessen der EU, in unserem Kontext insbesondere gegen den Erhalt bzw. Wiederaufbau eines rassistischen Migrationsregimes.

Es ging uns bei dieser Intervention auch um eine klare Absage an die gewaltförmige EU-Außenpolitik, die ihre Nachbarstaaten überwiegend als Vollstrecker ihrer sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen missbraucht. Oder – wie es ein tunesischer Aktivist im April 2011 in Berlin auf einer Konferenz formulierte: Es geht um den Bruch mit der herrschenden Kontinuität in den Beziehungen zwischen EU und den Regierungen, die von den demokratischen Bewegungen in den arabischen Ländern aufgebaut werden.

Um diese Deklaration auch praktisch werden zu lassen, haben zwölf AktivistInnen aus dem Umkreis der drei Netzwerke von Mitte bis Ende Mai eine Recherche- und Kontaktreise nach Tunesien unternommen. Wir wollten erfahren, was das für eine Revolution war und ist,

was sie verändert hat und was wir daraus lernen können. Wir wollten ausloten, ob und wie eine längerfristige Zusammenarbeit mit Gruppen in Tunesien entwickelt werden kann. Ist es gemeinsam möglich, die Installierung eines neuen Wachhund-Regimes, wie es die EU derzeit versucht, zu verhindern oder jedenfalls zu stören? (Wie) können wir die Forderungen nach Bewegungsfreiheit – sowohl der tunesischen Reise- oder Emigrationswilligen wie auch der Transitflüchtlinge oder -migrantInnen vor allem aus Subsahara-Afrika – konkret aufgreifen und praktisch unterstützen?

Einige von uns waren Anfang des Jahres mit einer „Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung“ von Mali nach Senegal unterwegs und erfuhren dabei von rassistischer Behandlung westafrikanischer Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen in Nordafrika, von brutalen Abschiebungen vor allem aus Libyen und nach Kriegsbeginn von ihrer Flucht von dort in tunesische Lager und massenhaften Repatriierungen. Wir wollten deshalb die Situation in diesen Lagern erkunden und öffentlich machen. Einige von uns sind beim Netzwerk Welcome to Europe und der Anti-Frontex-Kampagne aktiv. Wir wollten wissen, wie groß der Druck der EU auf die tunesische Übergangsregierung ist, sich z.B. an Frontex-Patrouillen zu beteiligen und Rückübernahmeabkommen zu unterschreiben und welchen Widerstand es dagegen gibt. Weiterhin nahmen an der Reise zwei Vertreter der ABCDS teil, einer Organisation aus Oujda, die für die Rechte von TransitmigrantInnen in

Marokko arbeitet. Gemeinsam ist uns das Interesse, mit AktivistInnen im Maghreb zu diskutieren und Strategien für ein anderes Verhältnis zwischen Nordafrika und Europa – besonders was das Migrationsregime betrifft – zu entwickeln.

Mit diesen Zielen und Fragen waren wir in Tunis, an der Küste, in Orten im Hinterland, wo der Aufstand begann und in Flüchtlingslagern an der tunesisch-libyschen Grenze. Wir hatten vorher Kontakte, die über FreundInnen von Borderline Europe und euro-afrikanische Netzwerke entstanden sind, und wir suchten die Kooperation mit den vor allem universitären AktivistInnen der zeitgleich in Tunis stattfindenden „Liberation without Borders Tour“.

Die meisten von uns sind seit vielen Jahren in Projekten an den EU-Außengrenzen involviert, die Situation in Nordafrika haben wir kontinuierlich und mit besonderem Interesse verfolgt. Aber wir sind keine ExpertInnen für Tunesien und erst recht nicht für die arabische Welt. Deshalb haben wir in unsere Broschüre neben Interviews mit tunesischen AktivistInnen, Berichten von Treffen, Besuchen und Erkundungen sowie eigenen Analysen und Einschätzungen auch Texte von AutorInnen aufgenommen, die sich schon länger mit Nordafrika beschäftigt bzw. auch dort gelebt und gearbeitet haben (siehe die Artikel von Bernard Schmid, Journalist in Paris, Helmut Dietrich, der an Universitäten in Tunesien und Algerien geforscht und gelehrt hat, und Judith Gleitze von bor-

derline europe Sizilien). Insofern ist diese Broschüre nicht nur ein Produkt unserer Reisegruppe.

Die Broschüre ist in einen ersten Teil zur Revolution und einen zweiten zur Migration gegliedert, aber sowohl in einigen dieser Artikel als auch im Ausblick

am Schluss der Broschüre wird versucht, die beiden Themen zu verbinden. Und ganz wesentlich geht es uns darum, einen Zusammenhang zwischen den Bewegungen in (Nord)Afrika und Europa bzw. dem Rest der Welt herzustellen - nicht (nur) als Aufruf zur Solidarität mit „anderen“, sondern als Suche nach

gemeinsamen Interessen und Bewegungsansätzen, um die notwendigen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und politischer Partizipation in Zeiten eines globalen Aufbruchs auch gemeinsam zu stellen und gemeinsam dafür zu arbeiten. ☉

↑ DIE REDAKTION



AUFRUF

Freiheit statt Frontex

KEINE DEMOKRATIE OHNE GLOBALE BEWEGUNGSFREIHEIT

Die Dynamik des arabischen Frühlings strahlt aus in die ganze Welt. Die Aufstandsbewegungen im Maghreb machen Mut und Hoffnung, nicht nur weil despotische Regime verjagt werden, die vor kurzem noch unüberwindbar erschienen. So offen die weiteren Entwicklungen bleiben, im Dominoeffekt der tunesischen Jasminrevolution meldet sich in atemberaubender Schnelligkeit die alte Erkenntnis zurück, dass Geschichte von unten gemacht wird. Die Kämpfe richten sich gegen die tägliche Armut wie auch gegen die allgemeine Unterdrückung, es geht gleichermaßen um bessere Lebensbedingungen wie um Würde, kurz: um „Brot und Rosen“.

Die unglaublichen Tage auf dem Tahrirplatz in Kairo stehen für die Suche nach neuen Formen der Selbstorganisation und Basisdemokratie. Der Wunsch nach gleichen Rechten, nach Autonomie und Teilhabe am wirtschaftlichen Reichtum, spiegelt sich aber auch in den Booten Richtung Europa wieder: jetzt aus Tunesien, seit Jahren aus Nord- und Westafrika. „Exit“ – sich die Bewegungsfreiheit zu nehmen und zu migrieren, um ein anderes, besseres Leben zu finden, und „Voice“ – die Stimme zu erheben und den Kampf vor Ort zu führen, sind keine Gegensätze, sie stehen vielmehr in einem lebendigen Wechselverhältnis.

Das hatten – noch offenkundiger – bereits die Umbrüche 1989 gezeigt. Die Abstimmung mit den Füßen katalysierte damals die Protestbewegungen gegen das realsozialistische Unterdrückungsregime. Die Mauer ist auch deshalb ge-

fallen, weil die Menschen ihre Bewegungsfreiheit durchgesetzt haben. Um so verlogener erscheint heute die Freiheitsrhetorik westlicher PolitikerInnen, die angesichts der Migrationsbewegungen aus und über Nordafrika einmal mehr das Bedrohungsszenario der Überflutung bemühen, gegen die nun die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Stellung gebracht wird.

Die EU-Regierungen haben die nordafrikanischen Machthaber hofiert und gestützt und sich in den letzten Wochen zögerlich bis bremsend gegenüber den Aufstandsbewegungen verhalten. Dahinter stecken starke ökonomische Interessen, aber auch die gewachsene Kollaboration in der Migrationskontrolle. Despoten wurden umso wichtigere „Partner“, je effektiver sie als Wachhunde für ein vorverlagertes EU-Grenzregime fungierten. Migrationsbewegungen aus Afrika sollten um jeden Preis eingedämmt werden.

Tausendfacher Tod und Leid nicht mehr nur auf See, sondern auch in den Wüsten und Internierungslagern waren und sind die Folgen dieser schändlichen Komplizenschaft. Die subsaharischen MigrantInnen, die aktuell in Libyen Opfer pogromartiger Hetzjagden werden, sahen sich unter dem Gaddafi-Regime seit Jahren einer systematischen Entrechtung, Willkür und Misshandlungen ausgeliefert. Die EU hat dem libyschen Diktator Millionen gezahlt und Überwachungstechnik geliefert, eine ähnliche Kooperation gibt es mit dem marokkanischen Machthaber, und bis vor kurzem auch mit dem tunesischen Regime. Die

arabischen Revolutionen markieren jetzt das mögliche Scheitern dieses brutalen Ausgrenzungsprojekts der EU im Mittelmeerraum.

Mit den gezielt medial gestreuten Befürchtungen über einen Kollaps der Migrationskontrolle wird nun die weitere Verschärfung und Militarisierung des EU-Grenzregimes legitimiert, verkörpert durch Frontex. Die europäische Grenzschutzagentur ergänzt und erweitert die nationalen Kontrollsysteme, die seit Jahrzehnten auf Abschreckung und Kriminalisierung der Migrationsbewegungen zielen. Frontex soll – wie bereits vor der westafrikanischen Küste oder an der griechisch-türkischen Grenze – nun auch verstärkt vor Nordafrika zum Einsatz gebracht werden.

Italien erhält die Federführung für diese „Operation Hermes“. Das ist konsequent und schockierend ehrlich: In Folge des Schulterchlusses zwischen Berlusconi und Gaddafi kam es in den letzten Jahren zu unzähligen unrechtmäßigen Rückschiebungen im Mittelmeer, der italienische Staat hat sich geradezu als Meister im Bruch aller Flüchtlingskonventionen inszeniert. Und nicht zufällig wird kriminalisiert, wer das Leben der Boatpeople rettet. Das zeigen die Fälle der Cap Anamur oder der tunesischen Fischer, deren Prozesse in Italien noch immer andauern.

MigrantInnen suchen Schutz oder ein besseres Leben in Europa. Sie wandern gegen ein Reichtumsgefälle, das ganz wesentlich in den neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen



↑ REISEDELEGATION IM MAI 2011 AM STRAND VON ZARZIS

zwischen Europa und Afrika begründet liegt. In Europa muss sich der universelle Anspruch auf Freiheit und Demokratie deshalb am Umgang mit denjenigen messen lassen, die auf dem Weg der Migration gleiche Rechte einfordern. Frontex steht für den Ausbau eines tödlichen Grenzregimes, für das in einer freien Welt kein Platz ist. Der Tod an den Außengrenzen könnte schon morgen Geschichte sein. Aber das ist politisch nicht gewollt. Stattdessen führen die EU-Verantwortlichen einen regelrechten Krieg an den Außengrenzen.

Innerhalb der EU gehören Entrechtung und Abschiebung zum rassistischen Alltag, in dem „Integration“ als Druckmittel

der Anpassung und Ausbeutung in den Niedriglohnssektoren benutzt wird. Doch dieser selektive Umgang mit Migration ist mit Widerständigkeiten und Beharrlichkeiten konfrontiert, die das System der Ungleichheiten und Unfreiheiten immer wieder herausfordern. Nicht zufällig findet in dieser bewegten Zeit ein dramatischer Hungerstreik von 300 maghrebischen MigrantInnen für ihre Legalisierung in Griechenland statt. Und verstärkt flackern Bleiberechtskämpfe und migrantische Streiks quer durch Europa auf, seit Sans Papiers – insbesondere aus Afrika – vor 15 Jahren in Paris mit der Forderung „Papiere für Alle“ in die Öffentlichkeit traten.

Der Aufbruch in Nordafrika zeigt, was alles möglich ist. Es geht um nicht weniger als um ein neues Europa, ein neues Afrika, eine neue arabische Welt. Es geht um neue Räume der Freiheit und Gleichheit, die es in transnationalen Kämpfen zu entwickeln gilt: in Tunis, Kairo oder Bengazi genauso wie in Europa und den Bewegungen der Migration, die die beiden Kontinente durchziehen. ©

8. MÄRZ 2011

AFRIQUE-EUROPE-INTERACT, WELCOME TO EUROPE, NETZWERK KRITISCHE MIGRATIONS- UND GRENZ-REGIMEFORSCHUNG

ENDE EINES DIKTATORS

Der Tag, als Ben Ali floh

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE REVOLUTION IN TUNESIEN

Unmittelbar ausgelöst wurde die tunesische demokratische Revolution durch die Selbstverbrennung eines jungen Prekären, Mohammed Bou'azizi, am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid (siehe auch Seite 23). Auf diese spektakuläre Verzweiflungstat folgten - bereits ab dem Wochenende des 18./19. Dezember 2010 - heftige Zusammenstöße zwischen Angehörigen des „informellen“ Subproletariats und den staatlichen „Sicherheitskräften“. Die Revolte breitete sich daraufhin auf andere vernachlässigte und strukturell unterentwickelt gehaltene Regionen im Süden und Westens Tunesiens aus. Zu den meisten Toten durch polizeilichen Schusswaffeneinsatz kam es etwa zwischen dem 05. und dem 10. Januar 2011 in westtunesischen Städten wie Kasserine und Thala.

Am Wochenende des 25. und 26. Dezember 2010 fanden erstmals auch Demonstrationen in Tunis statt. Aber zur Massenbewegung wurde die Revolte mit der Wiederaufnahme des Unterrichts an Schulen und Universitäten ab dem 03. Januar 2011, auf die alsbald ein Streik der Schüler/innen und Studierenden

folgte. Ab dem 10. Januar wurden Schulen und Hochschulen deswegen auf Anordnung des Regimes hin geschlossen, doch es war zu spät, um die Bewegung noch aufzuhalten. Auf den Freitag, den 14. Januar 2011 war ein Generalstreik angesetzt worden, zu dem Branchenverbände und regionale Strukturen des Gewerkschaftsdachverbands UGTT aufriefen. Das wurde der Tag, an dem Präsident Ben 'Ali floh.

GÜNSTIGE KREDITE, HOHE SCHULDEN

Die Revolte des jungen (Sub)proletariats in Zentraltunesien hatte erstmals in aller Öffentlichkeit den Blick auf die Schattenseiten des tunesischen „Modells“ gelenkt. Zwar wurden breiteste Kreise mittels günstiger Kredite und kinderleicht zu erhaltender Kreditkarten zum Konsum, zum Kauf von Auto oder Wohnung animiert - mittels günstiger Kredite und leicht zu erhaltender Kreditkarten. Die Kehrseite der Medaille war jedoch, dass zahlreiche Familien hochverschuldet waren. Dies war auch eine Art und Weise, sich einer Ab-

hängigkeit dieser Milieus zu versichern, deren Zukunft auf Kredit gekauft war. Die wirtschaftliche Situation in Tunesien spitzte sich zu, nachdem im Jahr 2005 das Multifaser-Abkommen auslief, was eine Verschärfung der internationalen Konkurrenz für die Textilindustrie bedeutete, von der in Tunesien 200.000 Arbeitsplätze abhängen. Auch die Auswirkungen der Krise in Europa ab 2008 auf die im Land angesiedelten Automobil-Zulieferer trugen dazu bei, dass sich die allgemeine Lage noch erheblich verschlechterte.

Zwar gibt es daneben auch eine tunesische Bourgeoisie, der eine Reihe von (oft „mittelständischen“) Unternehmen gehören. Und tatsächlich freut sich auch diese heute mehrheitlich über den Abgang Ben 'Alis, denn sie musste bislang der mafiösen Überwucherung der Ökonomie des Landes durch die Familienclds von Ben 'Ali und seiner Gattin - Leila Trabelzi - einen beträchtlichen Tribut zollen. Die beiden Clans, die in direktem Kontakt mit Importeuren und ausländischen Investoren standen und Monopolstellungen einnahmen, verlangten von einheimischen Un-



↑ GRAFFITI IN DER INNENSTADT VON TUNIS

ternehmern oft eine Beteiligung an deren Firmen. Zu diesen trugen die mafiosen Seilschaften jedoch nichts bei, sondern kassierten nur ab. Der Wirtschaftswissenschaftler El-Mouhoub Mouhoud glaubte deswegen im Januar 2011, dass durch das Ende der aufgezwungenen Racketpraktiken auch unter kapitalistischen Bedingungen nunmehr bessere Wachstumsperspektiven herrschen. Wesentlich weniger erfreut als Teile der einheimischen Bourgeoisie war unterdessen das internationale Kapital, das seine Geschäfte und Investitionen bislang in direktem Kontakt mit der regierenden Quasi-Mafia tätigte. Orange (alias französische Telekom) etwa unterhielt ein Tochterunternehmen in Tunesien, Orange Tunisie.

ÖKONOMIE AUF TALFAHRT

Dieses gehörte zu 49 % der französischen Firma, und zu 51 % einem führenden Mitglied der Mafia: Marwan Mabrouk, einem Schwiegersohn von Präsident Ben Ali. Sechs Monate später ist allerdings Mouhouds positive Erwartung bislang so nicht erfüllt worden. Durch den Abzug von Investitionen aus Tunesien etwa in Richtung Marokko oder die Investitionszurückhaltung auch von Teilen der einheimischen Bourgeoisie, die über „das Chaos“ empört ist, befindet sich die tunesische Ökonomie am Ende des ersten Halbjahres 2011 auf einer Talfahrt. Das Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum betrug -7,4 % und fiel dadurch negativ aus. Die stark rückläufigen Besucherzahlen im Tourismus während des ersten Halbjahrs trugen dazu ebenfalls bei.

Auf politischer Ebene hatten die provisorischen Regierungen Tunesiens, die am 17. Januar und dann (nach der Trennung von zahlreichen alten Ministern Ben 'Alis) neu am 27. Januar 2011 formiert worden waren, zunächst erhebliche Mühe, sich zu stabilisieren. So waren sie mit massiven Protesten, konfrontiert, etwa der – je nach Angaben – zwischen 40.000 und 200.000 Menschen umfassenden Demonstrationen vom 20. Februar 2011, bei der es darum ging, den Rauswurf der früheren Kader des Ben 'Ali-Regimes aus der Übergangsregierung zu fordern. Zu ihnen zählte nicht zuletzt auch der nach wie vor am-

tierende Premierminister, Mohamed Ghannouchi, der diese Funktion bereits seit November 1999 ununterbrochen bekleidet hatte. Am 27. Februar 2011 konnte sich der „Druck der Straße“ jedoch durchsetzen, und der allzu „belastete“ Premierminister Ghannouchi wurde durch den 84-jährigen Béji Caïd Essebsi („BCE“) ausgetauscht. Auch Essebsi war zwar früher in repressiven Staatsfunktionen – etwa als Innenminister (1965 bis 1969) – tätig und damals in Menschenrechtsverletzungen verwickelt gewesen, allerdings nicht unter Präsident Ben 'Ali, sondern unter dessen historischem Amtsvorgänger Habib Bourguiba (Präsident von der Unabhängigkeit 1956 bis zu seiner Entmachtung 1987). Bourguiba regierte zwar unbestreitbar autoritär, genießt jedoch als „Vater der Unabhängigkeit“ – und vor allem als derjenige, der in den Augen vieler Tunesier den Staat, moderne Infrastrukturen und öffentliche Dienste aufbaute, während Ben 'Ali „nur davon zehrte und sie zerstörte“ – heute im Nachhinein ein vergleichsweise positives Image.

BESORGT BEVÖLKERUNG

Ursprünglich sollte die Übergangsregierung bis zu den Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung – die gleichzeitig als Parlament arbeiten und einen neuen Verfassungstext annehmen soll – am 24. Juli im Amt bleiben. Mit Unterstützung vieler politischer Kräfte, die für solche Wahlen noch ungenügend vorbereitet waren, wurden sie jedoch nun auf den 23. Oktober 2011 verschoben. Unterdessen finden auf örtlicher Ebene zahlreiche soziale Auseinandersetzungen statt, während die tunesische Bevölkerung sich jedoch zunehmend über die Verdüsterung der wirtschaftlichen Lage besorgt zeigt.

Einer der wichtigsten Streiks fand den ganzen Monat Mai und die erste Junihälfte 2011 über bei Tunisie Télécom statt. Seit einer Teilprivatisierung des Unternehmens im April 2006 hatte dieses externe Berater und Manager – mehrheitlich Auslandstunesier – zu, im Vergleich zu den Löhnen des übrigen Personals, absolut astronomischen Gehältern eingestellt.

Eine Vereinbarung mit den Streikenden vom 16. Juni 2011 sieht nunmehr vor, dass 53 der besonders kritisierten Manager gefeuert werden. In vielen Fällen wurde auch für die Entfernung von korrupten und mit der einstmaligen regierenden Ben 'Ali-Mafia in Verbindung stehenden Direktoren gestreikt; manchmal erfolgreich, aber nicht immer (bei der Poulina Gruppe Holding/PGH, einem der stärksten Unternehmen Tunesiens, unterlagen die Streikenden aufgrund einer Aussperrung in dieser Frage).

ANSTELLUNG ERZWUNGEN

Beim größten Exportunternehmen Tunesiens, dem im Chemiesektor tätigen Groupe chimique tunisien (GTC), konnte die Einstellung von 3.500 jungen Arbeitslosen erzwungen werden. Zu diesem Zweck wurden neue Aufgabenbereiche in dem Unternehmen geschaffen, die sich künftig um die Entgiftung der Umwelt in Südtunesien – wo die Hinterlassenschaften des Phosphatbergbaus bislang in die Landschaft gekippt worden waren –, die Entseuchung von Oasen und Wiederaufforstung kümmern.

Unterdessen geht die Einschreibung der tunesischen Bürgerinnen in die Wählerlisten nur schleppend vor sich, Anfang August war erst die Hälfte der Stimmberechtigten registriert. Offenkundig hat die politische Skepsis in weiten Teilen der Bevölkerung, nach dem Enthusiasmus der Tage des Umbruchs, erheblich zugenommen. Ein sehr entscheidender Faktor für die weitere Zukunft wird sicherlich die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Situation besonders der ärmeren Bevölkerung sein. ○

↑ **BERNARD SCHMID** ist Jurist bei einer antirassistischen NGO in Paris, freier Journalist und Autor. Im Frühherbst 2011 erscheint von ihm bei der edition assemblage (Münster) das Buch: „Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten.“ Beim Unrast Verlag, Münster, erscheint gleichzeitig von ihm „Frankreich in Afrika. Eine Neokolonialmacht in der Europäischen Union im 21. Jahrhundert.“

TUNESIEN NACH DEM UMSTURZ

Politische Niederlagen – aber der Widerstand wächst

MIT DER VERJAGUNG BEN ALIS HAT DIE REVOLUTION NICHT GEENDET

Seit Frühjahr 2011 verbreiteten sich neuartige Sozialbewegungen. Doch seit Anfang Mai werden Demonstrationen auch in Tunis mit Gewalt aufgelöst, JournalistInnen mißhandelt, und mehrere Tausend DemonstrantInnen wurden zeitweilig verhaftet. Mitte Juli wurde die dritte sozialrevolutionäre Mobilisierung nach Tunis („Casbah-3“) von Polizei und Militär zerschlagen. Für den Großraum Tunis und verschiedene Städte gab es mehrfach nächtliche Ausgangssperren, um lokale Unruhen einzudämmen. Den Ausnahmezustand, der vor allem dem Militär mehr Macht garantiert, hat die Regierung fristlos verlängert. Die neue politische Klasse distanziert sich von den Unruhen und bereitet sich auf die Wahlen der verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 vor. Kredite des IWF und der G-8-Länder werden solange zurückgehalten, auch das Kapital wartet mit

Auslandsinvestitionen ab. Der Tourismus ist um 39 Prozent eingebrochen. Nur die Golfstaaten bleiben mit der Finanzierung künftiger Großprojekte bei der Stange.

SIT-INS UND LOKALE UNRUHEN

Nach dem erfolgreichen tunesischen Aufstand, der am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid begann und am 14. Januar 2011 mit der Flucht des Autokraten Ben Ali seinen Höhepunkt erreichte, setzte eine neue Dynamik sozialer Kämpfe an. Der Druck ging vom Landesinneren aus, das schon die revolutionäre Erhebung maßgeblich bestimmt hatte. Da die Wirtschaftsversprechen auf Arbeit und Einkommen nicht eingehalten wurden, ging die Bevölkerung von Sidi Bouzid, Kasserine, Thala, Gafsa, El Kef und vieler anderer Städte wieder auf die Straße und griff Rathäuser und Gouverneurs-

sitze an. Ziel war zum Einen die Verjagung der „kleinen Ben Alis“, der lokalen Statthalter und der Despoten vor Ort. Zum Anderen richtete sich die Botschaft an Tunis.

Da aus der Hauptstadt keine entscheidenden Veränderungen kamen, brachen die Jugendlichen aus dem Landesinneren erneut nach Tunis auf – ganz wie in den Tagen vor der Flucht von Ben Ali. Eine Phase neuer Sit-Ins direkt vor dem Regierungssitz an der oberen Kasbah, der Altstadt von Tunis, begann. AnwohnerInnen unterstützten die angereisten Jugendlichen mit Decken und Essen. Der Regierungsvorplatz entwickelte sich zum berühmtesten Debatteplatz des Landes. Minister traten reihenweise zurück und die ersten beiden Übergangsregierungen fielen. Wer an der Erneuerung der Revolution maßgeblich teilhaben wollte, musste sich aus dem Milieu der eigenen Lokalkämpfe aufmachen und bei dem Kasbah-Sit-In mitdiskutieren. Immer wieder begann Polizei und Militär gegen die Bevölkerungen im Landesinneren und dann auch gegen die Sit-Ins in Tunis vorzugehen, immer wieder gab es Tote.

Mehr und mehr korrespondieren lokale Unruhen mit dem Geschehen in Tunis. Das jüngste Beispiel: Tunis, Platz vor dem Regierungssitz, 15. Juli 2011. Angelaufen ist die «Casbah-3», ein neuer Sitzstreik unzufriedener Jugendlicher vor allem aus dem Landesinneren. Polizei und Militär marschieren auf, sie schlagen zu, es gibt viele Verletzte. DemonstrantInnen flüchten in eine Moschee. Als die Polizei nach acht Stunden in der



↑ DAS HAUPTQUARTIER DER BEN ALI-PARTEI RCD IN TUNIS

Nacht dort eindringt, mit Tränengas und Schlagstöcken, wird das Innere der Moschee durch Wurfgeschosse beschädigt. Die Polizei habe Alkoholgetränke bei der Räumung beschlagnahmt. Anwesende Soldaten ziehen festgenommene Studenten sofort zum Armeedienst ein, führen sie ab und foltern sie. Journalisten erhalten Polizei-Prügel, ihre Gewerkschaft kündigt eine Klage gegen den Innenminister an. Interviewte DemonstrantInnen des aufgelösten Sit-Ins verorten sich links, aber die linken Parteien und die Gewerkschaftsspitze distanzieren sich von ihnen. Die Regierung stellt sie als gefährliche Islamisten dar.

Am Folgetag kommt es in Sidi Bouzid und an vielen anderen Orten zu schweren Ausschreitungen. In Sidi Bouzid im Landesinneren hatte die tunesische Revolution am 17. Dezember 2010 begonnen, und von dort stammten manche DemonstrantInnen des Sit-Ins «Kasbah-3». Nun schießt die Polizei erneut, ein 14-Jähriger stirbt in Sidi Bouzid. Die DemonstrantInnen errichten in der Nacht Barrikaden aus brennenden Reifen und verteidigen sich mit Molotov-Cocktails und Steinen. Sie zerstören den Fuhrpark des Rathauses, verbrennen Papiere aus dem Rathaus und zünden drei Militärtransporter an. Für die Folgenacht wird eine regionale Ausgangssperre verhängt. - Gleichzeitig beginnen Unruhen in Menzel Bourguiba, einem Städtchen mit 50.000 Seelen, 60 Kilometer vor Tunis: DemonstrantInnen zünden die Polizeistation an, stürmen Einkaufszentren, das Finanzamt und die nationale Krankenkasse und versuchen, im Gericht Feuer zu legen. Am 18. Juli ziehen Militär und Polizei große Kräfte in dem Städtchen zusammen. Gegen 22 Uhr beginnen sie mit Ausfällen in die Armenviertel. Es werden die größten Razzien, die das Städtchen je erlebt hat. Doch den Demonstrantinnen gelingt es, Barrikaden zu errichten und zeitweise wieder die Innenstadt einzunehmen. Während der Straßenkämpfe gehen Hochzeitsfeste auf den Dächern der Häuser weiter. Am Morgen werden nur noch zwei Militärfahrzeuge in der Innenstadt gesichtet. - In denselben Nächten kam es auch in der Cité EL Intilaka in Tunis und in den



↑ DIE FRANZÖSISCHE BOTSCHAFT IN TUNIS

Orten J'beniana, Kairouan, Sousse, Hammam Ghezaz, Sers, Negra, El Agba (La Manouba) Sidi Béchir, Regueb und weiteren Städten zu Unruhen.

STREIKS UND STRASSENBLOCKADEN

Von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, brach nach der Flucht Ben Alis eine unkoordinierte Streikwelle im gesamten Land aus. Die Belegschaften setzten oftmals auf dem Betriebsgelände die Chefs fest. Diese gehörten durchweg zum System Ben Ali, entweder als Parteifreunde oder als direkte Funktionsträger der kleptokratischen Wirtschaftsmacht. Ausländische Filialleiter, die in das System eingebunden waren, hatten sich aus dem Staub gemacht. Mancherorts montierten die ArbeiterInnen auf dem Werksgelände brauchbare Maschinen ab. Nach zwei, drei Wochen Stillstand kamen die neubesetzten Unternehmensleitungen wieder aus der Deckung, boten generelle Lohnerhöhungen um ca. 20 Prozent an und versuchten, mit neuen Managements die verlängerten Werkbänke Europas wieder in Stand zu setzen. In vielen Betrieben wurden diese Zusagen nicht eingehalten, und es kam jetzt zu weiteren Streiks. Insgesamt will es mit dem Neustart bis heute nicht so richtig klappen. Vor allem die betrieblich organisierten Niedriglohnsektoren der Textil- und Lederverarbeitung verzeichnen Einbrüche, während die Billiglohn-Ar-

beit in Klitschen und der Agrarexport wächst. Ende Juli setzten die UGTT-Gewerkschaften für 1,5 Millionen Beschäftigte des Privatsektors eine Lohnerhöhung von 5 Prozent für 2011 durch. Neue, unabhängige Gewerkschaften fordern wesentlich mehr, es gelang ihnen im August, die Verkehrsbetriebe der Hauptstadt Tunis lahmzulegen.

Zu den betriebsinternen Kämpfen kommen die Blockaden an den Werktoeren und auf den Durchgangsstraßen: Die umliegende Bevölkerung verlangt, dass Leute aus dem Umkreis eingestellt werden, und unterstützt die Lohnkämpfe. Arbeitslose, unterstützt von der gesamten lokalen Bevölkerung, besetzen zentrale Verkehrsbrücken und drohen sie zu sprengen, falls keine Einkommensperspektive angeboten wird. Berühmt wurde die Lahmlegung von British Gas in Sfax: drinnen wird gestreikt, von draußen blockieren die AnwohnerInnen und Hafenarbeiter die Zugänge, und die Versorgungslogistik ist zusammengebrochen.

Die Phosphatgebiete bei Gafsa, die über 2,6 Prozent des Bruttosozialprodukts erbringen, befanden sich 2008 in einem einsamen, politisch isolierten halbjährigen Aufstand. Nun beteiligt sich die Bevölkerung an den postrevolutionären Blockaden der Phosphatförderung und des -transports. Seit dem 4. Juli legen 32 Personen die Arbeit der Phosphatgesellschaft in Borj Akarema vollständig lahm. Die meisten von ihnen wurden als Anführer des 2008-Aufstands

zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ihre soziale Situation ist nach wie vor katastrophal. Allmählich schließt sich die Region rund um Gafsa den Blockaden an. Die Ausfuhr von Phosphatprodukten ist im laufenden Jahr um 50 Prozent zurückgegangen.

Die Straßenblockaden, die eine Art heftigen Wirtschafts- und sozialen Überlebenskampf signalisieren, überziehen seit den letzten Monaten das gesamte Land. In diesem Aspekt beginnt die anhaltende Sozialrevolte Tunesiens derjenigen Algeriens zu ähneln. Auch mag man an die Piqueter@s-Kämpfe in Argentinien denken, die dort nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft vor einem Jahrzehnt begannen.

MIGRATION, HANDEL

An der südtunesischen Küste, wo der Schmuggel nach Libyen versiegt ist und von wo die jungen Leute nach Lampedusa aufbrechen, kam es im April zum Aufstand. In der Hafenstadt Zarzis hatte die Polizei Leute verhaftet, die den Aufbruch der Schiffe mitorganisiert haben sollen. Die weitere Geschichte der 20.000 Boat-people aus Südtunesien ist bekannt: Auf Lampedusa wurde an ihnen ein Exempel europäischer Flüchtlings- und Migrationspolitik statuiert. Die tunesische Regierung weigerte sich bis Anfang April, sie zurückzunehmen. Die italienische Regierung ließ sie unter unsäglichen Umständen, unterversorgt und im internationalen Rampenlicht,

auf dem Eiland. Europa führte über Monate an ihnen vor, wie man mit der neuen Freiheit im Süden, als auch mit der Ausreise-Freiheit, umzugehen denkt. Inzwischen befinden sich die 20.000 tunesischen Lampedusa-Flüchtlinge mehrheitlich in Frankreich, zum Teil in dortigen Abschiebeknästen, zum Teil in besetzten und wieder geräumten Häusern, zum Teil aufgefangen von neuartigen Solidaritätsstrukturen, zum Teil kampieren sie vor den tunesischen Auslandsvertretungen in Paris und Marseille. Allein im April 2011 wurden an mittel- und südtunesischen Stränden laut tunesischer Regierung 58 angeschwemmte Tote gefunden.

Die tunesische Bevölkerung stand im letzten Jahrzehnt mit Europa und vor allem mit dem Nachbarland Libyen in einem lebhaften, zuweilen halbkländestinen Mobilitätsaustausch. LibyerInnen aus der Mittelschicht kamen – in gleichem Umfang wie EuropäerInnen – nach Tunesien, um Urlaub zu machen, einzukaufen und sich in medizinische Behandlung zu begeben. Die libysche und tunesische Armutsbevölkerung betrieb über die Grenze hinweg regen Kleinhandel. Der Schmuggel versorgte Tunesien mit zollfreien Elektrogeräten und Textilien aus der Türkei und aus China. Als Gaddafi ab dem 21. Februar 2011 seine Truppen in den Krieg gegen den Aufstand im eigenen Land schickte, begann die Flucht aus Libyen nach Südtunesien. Der IOM-Report zur libyschen Krise,

veröffentlicht am 10. Mai 2011, beziffert die libyschen Flüchtlinge in Tunesien auf knapp 150.000, die geflohenen DrittstaatlerInnen auf fast 178.000 und die rückgekehrten Tunesier auf über 36.000 – das sind zusammen 365.000 registrierte Geflohene. Vor allem die arme Bevölkerung der gesamten Südregion versorgt die Ankommenden mit Essen, organisiert die Unterkunft oder nimmt sie direkt bei sich auf. Aber die Lage bleibt widersprüchlich. Das Gaddafi-Lager kauft in den vergangenen Monaten Riesenbestände an (subventionierten) Lebensmitteln, Benzin und anderem in Südtunesien auf und hat Tunesien ein Exporthoch beschert. Die Kette vollbeladener LKWs Richtung Libyen reisst nicht ab. Auf der anderen Seite kommt es nun in Südtunesien zu Versorgungsengpässen und entsprechenden Protesten. Die kleinstädtische Lokalbevölkerung partizipiert kaum an den Exportgewinnen.

EINE NEUE KOLLEKTIVITÄT

Kurzum, seit Frühjahr 2011 befindet sich Tunesien in einem einzigartigen sozialen Aufbruch. Die Demonstrationen, Sit-Ins, Streiks, Unternehmensblockaden, Emigrationen und die Aufnahme der Flüchtlinge aus Libyen haben eine Schicht von neuen AktivistInnen hervorgebracht. Seitens des US-amerikanischen Think-Tanks Foreign Policy hieß es bereits, dass sich in Nordafrika und Nahost eine aktive „arme Mittelklasse“ herausgebildet hat, die die Aufstände



↑ PROTEST VOR DEM JUGEND- UND FAMILIENMINISTERIUM IN TUNIS

und Umwälzungen trägt. In der Tat gibt es unter ihnen viele arbeitslose HochschulabsolventInnen, und auch die Nutzung von Facebook spielt bekanntermaßen eine Rolle. Aber das Wort von der „armen Mittelklasse“ trifft nicht den Kern: Denn die jungen Leute entwickeln keinen entsprechenden Habitus. Sie agieren nicht als autonome Individuen oder als Lifestyle-Szenen wie die linken Gruppierungen in den westlichen Industriestaaten, sondern sind auf widersprüchlich aber enge Art mit Familie, Nachbarschaft und Stadtteil verbunden. Sie sind von den Armutsstrukturen geprägt und wirken auf diese zurück. Am ehesten könnte man von „organischen Intellektuellen“ sprechen, die Antonio Gramsci vor 80 Jahren im italienischen Mezzogiorno ausmachte und charakterisierte. Im Unterschied zu damals sind die heutigen AktivistInnen mobil und sehen sich in einem tendenziell transnationalen Verbund, der durch keine Partei, keinen Verein und keinen einheitlichen ideologischen Diskurs strukturiert ist. Sie sprechen vor allem mit den und zu den Menschen in ihrer sozialen Umgebung. Ihr Thema ist Würde und Gerechtigkeit im Lande wie auch im Verhältnis zu Europa, und ihre Anklage richtet sich gegen die Machthaber. Doch ein alternatives Regierungsprogramm haben sie nicht. Ihre Stärke ist, dass sie die soziale Kritik lebendig werden lassen und auch in Zukunft jede Regierung zu Fall bringen könnten.

WIDERSPRÜCHLICHES INTERNATIONALES KRISENMANAGEMENT

Ab Ende April 2011 ist zu beobachten, wie die tunesische Revolution zusammen mit der gesamten „arabischen Krise“ internationalisiert wird. IWF, G8, OSZE, Wirtschaftsgruppen und Think-Tank vor allem aus den südwesteuropäischen EU-Staaten bieten der Übergangsregierung Rat und Tat an. Die Nato soll angefragt haben, ob sie in Südtunesien eine Basis eröffnen kann. Es sind dieselben internationalen Agenturen und Instanzen, die bis zur Flucht von Ben Ali ein kohärentes Diktaturenprogramm am Südrand der EU vertraten und nach Kräften förderten. Im Ver-



↑ **GEDENKEN AN MOHAMMED BOU'AZIZI, DER SICH AM 17. DEZEMBER 2010 IN SIDI BOUZID VERBRANNT UND DAMIT DIE AUFSTÄNDE AUSLÖSTE**

gleich dazu nehmen sich die neuen Konzepte zur Eindämmung der Revolution widersprüchlich und bruchstückhaft aus. Die Empfehlungen reichen von wirtschaftsfreundlichen „Marshall-Plänen“ (IWF-Kredite aber erst nach den Oktober-Wahlen!) bis zu Maßhalteappellen, da die Löhne schneller stiegen als die Produktivität – so Ahmed Masood, Direktor der MENA-Abteilung des IWF. Die EU-Kommission profiliert sich in ihrem Strategiepapier „On Migration“ (4. Mai) mit ewiggestrigen Abschottungsparolen. Es wird deutlich, dass die Arabellion das gesamte südliche Gefüge der EU erschüttern wird und die „global player“ keine schnelle und umfassende Antwort parat haben.

Am 28. Juli verfügt Tunesien noch über kontinuierlich gehaltene 10,647 Mio. DT Devisenreserven, aber dennoch

stuft die Ratingagentur Standard and Poor's das Land am 29. Juli von „BBB stabil“ auf „BBB negativ“ herab.

Kurzfristig erreichen die internationalen Krisenmanager, dass die tunesische Übergangsregierung und die neue politische Klasse offen mit der algerischen Regierung, der Gaddafi-Regierung wie auch mit dem libyschen Übergangsrat zusammenarbeitet. Ein neuer regionaler Status Quo wird gesucht, in dem Anciens Regimes wie Übergangsregierungen zusammenarbeiten. Das alte Feindbild, die Islamisten, werden erneut als Schreckensgespenst an die Wand gemalt. Viele, die sich die ihnen zugeschriebenen Vorfälle im Detail angesehen haben, sprechen von so manchen „falschen Bärten“, von Agenten des alten Regimes, die in der radikalen Islamistszene mitmischen. Ein Gerücht geht um: Falls die Islamisten



↑ „TUNESIEN IST SCHÖN OHNE BEN ALI UND SEINE 40 RÄUBER“ – GRAFITTI

– gemeint ist die Ennahda, vergleichbar der türkischen AKP des Regierungschefs Erdogan - die anstehenden Wahlen zur Verfassungsversammlung gewinnt, würde die Armee putschen. Diese Kulisse ist in der Tat aus Algerien bekannt: Unter der Regie der Militärs stehen sich Islamisten und „aufgeklärte“ Modernisierer unversöhnlich gegenüber – während sie hinterrücks auf das Beste zusammenarbeiten. Die Schein-Polarisierung überlagert die offenen sozialen Proteste und Aufstände; sie zwingt zu falscher Lagerbildung, denn auf beiden Seiten ziehen die Militärs die Fäden. Unabhängige Sozialbewegungen werden unterdrückt.

HISTORISCHER KOMPROMISS UND ANHALTENDE UNRUHEN?

Die aktuelle Übergangsregierung galt im Mai schon als gescheitert. Sie hat keine flächendeckenden Sozialprogramme aufgelegt und nicht die politische Polizei wie verkündet zerschlagen. Diese kommt offensichtlich derzeit zum Einsatz. Wahrscheinlich schickt die Regierung bezahlte Schläger der politischen Polizei in die Unruhen hinein. Der soziale Protest soll diskreditiert und desorientiert werden. Als lokale Ordnungsmacht empfiehlt sich überall die Ennahda, die gemäßigte Islamisten-

partei.

Doch der soziale Druck wächst. Zunächst war die Übergangsregierung nicht von sich aus gegen die Lokaldespoten vorgegangen und hat die Ben-Ali-Clique nicht glaubhaft zur Rechenschaft gezogen. Lediglich die alte Regierungspartei „Rassemblement Constitutionnel Démocratique“ (RCD) wurde am 9. März 2011 verboten. Doch nun häufen sich Prozesse gegen Ben Ali und seine Familie. Ende Juli wird berichtet, dass zur versuchten blutigen Niederschlagung der Unruhen in Kasserine und Talla Ende Dezember 2010 bis zum 12. Januar 2011 ermittelt wird, die polizeilichen Spezialeinheiten richteten dort ein Blutbad an. Nun wurden 900 Augenzeugen vernommen, 300 Geschädigte sollen gehört werden. Es ist nicht sicher, ob es zu einem historischen Kompromiß kommen wird, zu einem Stillhalte-Abkommen: Eine neue politische Klasse darf an die Macht, aber die Wirtschaftsstruktur (jenseits des Besitzes der Ben-Ali-Clique) wird nicht angetastet und die staatlichen Verbrechen der Vergangenheit werden nicht aufgearbeitet. Die Bevölkerung der Banlieus von Tunis und der Städte des Landesinneren, die jungen Arbeitslosen und die Entlassenen, die MigrantInnen und Boat-people wurden nicht gefragt.

Die „unpolitischen“ Unruhen der Armen dürften weitergehen und zum wahren politischen Erbe der Revolution werden.

AUFRUF

Es ist überfällig, die soziale Revolution in Tunesien und den arabischen Ländern in Europa aktiv und offensiv aufzugreifen. Von den arabischen Revolutionen können wir nur lernen. Solidarität tut not. Je mehr der revolutionäre Aufbruch als „regionaler Krisenherd“ internationalisiert wird, desto mehr wird unser Beitrag gefragt sein, hier in den Metropolen. Ein enger Austausch ist im Entstehen. Im Sommer sollten wir nicht nach Tenerifa, sondern nach Tunis oder nach Kairo fahren. Und nach dem Sommer stehen dann hoffentlich globale Solidaritätskonferenzen zur arabischen Revolution an: In Tunis, Kairo, aber auch in Rom, Paris und Berlin!

Auf der Tagesordnung sollte schon heute die Aufhebung der Mittelmeer-Seeblockade von Frontex und Nato stehen. Sie haben für das Massensterben der Boat-People vor der tunesisch-libyschen Küste unmittelbare Verantwortung übernommen.

Dringlich ist des Weiteren eine Kampagne für die Abschaffung der Schengen-Visapflicht rund ums Mittelmeer. Die deutsche Bundesregierung hatte seit 1972 sukzessive die Visapflicht für die südlichen Mittelmeeranrainer eingeführt, andere europäische Staaten folgten. Aber erst mit Beginn der 1990er Jahre begann mit Schengen und der verkündeten „neuen Weltordnung“ die systematische Abschottung gegen den Süden. Für alle nach Norden flüchtenden und migrierenden AfrikanerInnen, die nicht das Geld für eine erfolgreiche Visabeschaffung haben, stellt das Mittelmeer inzwischen die schlimmste, lebensgefährliche Hürde dar. Die Visafreiheit rund ums Mittelmeer würde bedeuten, diese schroffe Grenzanlagen zu schleifen. Freie Fähren statt Frontex! ☉

↑ **HELMUT DIETRICH** arbeitet bei der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) in Berlin und hat von 2006 bis 2010 in Tunesien und Algerien gelebt.

MEHDI MABROUK

„Für eine Kooperation der Zivilgesellschaften beider Ufer des Mittelmeers!“

INTERVIEW ZU TRANSITION UND MIGRATION

MEHDI MABROUK ist Migrationsforscher in Tunis und Mitglied der „Instance suprême pour la réalisation des objectifs de la révolution, des réformes politiques et de la transition démocratique“ («Höchste Instanz für die Verwirklichung der Ziele der Revolution, politischer Reformen und des demokratischen Übergangs“ – Erklärung siehe unten). Wir lernten ihn Anfang April 2011 auf einer Konferenz in Berlin kennen und trafen ihn auf unserer Reise im Mai mehrfach in Tunis. Er gab uns wertvolle Informationen und Einschätzungen zur tunesischen Revolution, ihrer (Vor-)Geschichte und ihren Perspektiven. Auch zur Migration aus und über Tunesien und der Politik der EU gegenüber der provisorischen Regierung haben wir viel von ihm erfahren. Das folgende Interview haben wir im August 2011 per e-mail geführt.

1. ZUM TRANSITIONSPROZESS NACH DEM 14. JANUAR

Welche Rolle hat die „Höchste Instanz für die Verwirklichung der Ziele der Revolution, politischer Reformen und des demokratischen Übergangs“, welche anderen wichtigen Akteure für die Umsetzung der Revolution gibt es?

Mehdi Mabrouk: Drei Strukturen wurden geschaffen, um einen demokrati-

schen Übergang zu garantieren. Die erste ist die «Höchste Instanz für die Verwirklichung der Ziele der Revolution, politischer Reformen und des demokratischen Übergangs», die zweite die nationale Untersuchungskommission zur Korruption und missbräuchlichen Verwendung öffentlicher Gelder. Bei der dritten handelt es sich um die nationale Untersuchungskommission zu Machtmissbrauch und Gewaltanwendung von Polizei und Militär gegenüber DemonstrantInnen und Oppositionellen seit dem 17. Dezember 2010.

Sicher spielt die „Höchste Instanz“, die 160 Personen aus verschiedenen Organisationen und Gesellschaftsgruppen umfasst, die wichtigste Rolle, denn entsprechend dem Gesetz ist sie dafür zuständig, die Exekutive (die provisorische Regierung) zu kontrollieren, Gesetze zu erlassen (temporäre Legislative) und schließlich politische Reformen vorzuschlagen. Sicher spielen noch mehrere andere Akteure eine sehr wichtige Rolle für den Schutz der Revolution. Die wesentlichen sind die Vereinigungen, die Jugendlichen, die Gewerkschaften und die politischen Parteien.

Welche Bedeutung hat die Aufarbeitung der Ben Ali Diktatur für die neue tunesische Gesellschaft, welche Rolle muss Europa dabei spielen?

Die TunesierInnen sollten daraus eine wichtige Lehre ziehen: Wie fallen wir

nicht wieder in eine neue Diktatur zurück? Eine neue Verfassung und eine neue politische Kultur werden die Garanten eines solchen Bruchs bilden. Die Zivilgesellschaft, die während der Ben Ali-Ära völlig zerschlagen wurde, muss ihre Funktionen wieder erfüllen.

Welche Herausforderungen und Gefahren stellen sich in der aktuellen politischen Situation (bis zu den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung)?

Bis zum 24. Oktober, dem Datum der Wahlen, sind die wesentlichen Gefahren, die möglicherweise die Revolution bedrohen können, die folgenden: Erstens die Rückkehr der Ex-RCD-Leute (aufgelöste Partei Ben Alis) in der Form von Milizen. Zweitens die informellen, verborgenen Seilschaften aus alten, korrupten Kadern des Innenministeriums. Sie könnten eine bewusste Nachlässigkeit bei den Sicherheitsmaßnahmen gegenüber sozialer Kriminalität als Erpressungsstrategie verwenden, um Rufe nach einem „starken Staat“ zu fördern. Und schließlich der Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Können Sie ein paar Worte zur Arbeit des Tunesischen Forums für ökonomische und soziale Rechte sagen?

Nach der Revolution haben wir das tunesische Forum gegründet, dessen wesentliches Ziel die Schaffung einer

Struktur zur Debatte, zur Reflexion und zur Verteidigung von prekären und marginalisierten sozialen Schichten ist. Wir waren uns bewusst, dass es zwei Realitäten gibt: Die erste ist, dass die Revolution nicht kurzfristig alle sozialen Probleme der tunesischen Gesellschaft lösen kann, und die zweite ist, dass wir über den Protest hinausgehen müssen, die einzige Methode, die wir unter dem Regime der Diktatur hatten

2. BEDEUTUNG DES THEMAS MIGRATION

Welche Bedeutung hat das Thema Migration für die tunesische Gesellschaft und bezüglich des Verhältnisses EU-(Nord-)Afrika?

Seit der Unabhängigkeit hat Tunesien ein reiches Erbe bezüglich Migration. Im Lauf eines halben Jahrhunderts hatten die TunesierInnen wichtige Migrations-Traditionen. Sicher erlebte die tunesische Migration nach den „goldenen Zeiten“ (seit den 1960er Jahren bis 1974) heftige Krisen. Der Beginn der „illegalen“ Migration im Verlauf der 1990er Jahre hat die Migrationslandschaft völlig

umgekrempelt. Seitdem wird Migration nicht als Möglichkeit des sozialen Aufblühens und der Öffnung erlebt, sondern als ein mörderisches Abenteuer. Das Phänomen der Migration ist durch diese tiefgehende Dramatisierung schwer betroffen. Die Europäische Union scheint die Partnerschaft mit den Maghreb-Ländern auf die streng ökonomischen Aspekte zu reduzieren und dies in einer Sichtweise skandalöser Ungleichheit. Der zwischenmenschliche Austausch und insbesondere derjenige, der die Zirkulation der Arbeitskräfte ermöglicht, ist total unterbewertet, ja, ausradiert. Es handelt sich wirklich um eine erniedrigende Heuchelei.

Inwiefern gefährdet die aktuelle EU-Migrationspolitik die tunesische Revolution?

Die tief liegenden Gründe der tunesischen Revolution sind soziale: Die Arbeitslosigkeit und die prekäre Lage der Jugendlichen. MigrantInnen nicht zu akzeptieren, ist eine explizite und implizite Sanktion gegen die tunesische Revolution. Und das im Wissen, dass die EU den Diktator großzügig finanziert hat.

Auf der Konferenz in Berlin haben Sie von der Notwendigkeit eines "Bruchs der Kontinuität", vor allem in den bisherigen Beziehungen zwischen der EU und Tunesien, gesprochen - was bedeutet das genau, allgemein und bezogen auf Migration? Wie soll das neue Verhältnis aussehen?

Meiner Meinung nach müsste die Revolution unsere Beziehungen mit der Europäischen Union tiefgehend revidieren. Eine aufrichtige und kluge Diplomatie könnte die Situation verändern. Der Bedarf des europäischen Arbeitsmarkts an Arbeitskräften ist eine Realität. Unsere europäischen Partner davon zu überzeugen, dass wir ein günstiges Reservoir für ihren Arbeitskräftebedarf darstellen, ist eine Herausforderung.

3. KONKRETE CHANCEN UND ANSÄTZE FÜR EINE ANDERE MIGRATIONSPOLITIK TUNESIENS

In einem unserer Gespräche haben Sie gesagt, man darf die Machtverhältnisse nicht vergessen (die libysche Übergangsregierung hat z.B. jetzt schon ein Abkommen zur Mi-



↑ SOLDAT BEI DEMO VOR DEM HAUPTQUARTIER DER RCD IN TUNIS, 20. JANUAR 2011, FOTO: NASSER NOURI

grationskontrolle mit Italien abgeschlossen) - welche Spielräume sehen Sie für politische Veränderung?

Die provisorische Regierung Tunesiens hat Anfang April 2011 ein Abkommen mit der italienischen Regierung geschlossen. Ich persönlich denke immer noch, dass dieses Abkommen unter den gegebenen Bedingungen insgesamt betrachtet positiv ist. Sicher haben wir nicht das Ideal erreicht (die Legalisierung aller MigrantInnen und die Aufhebung des Visumssystems), aber wir konnten das Schlimmste verhindern: die systematische Abschiebung aller MigrantInnen oder eine militärische Eskalation auf dem Mittelmeer in einer Situation, wo unser Nachbarland Libyen im Bürgerkrieg ist. Ich bin mir bewusst, dass der Spielraum sehr gering ist, die Europäische Union zu einer radikalen Änderung ihrer Politik zu bewegen. Die Zivilgesellschaften beider Ufer des Mittelmeers könnten jedoch zusammen diese Politik modifizieren. Zwei Vorschläge können in diese Richtung gehen: Ausweitung des Quotensystems, damit die Mehrheit der europäischen Länder es einführt, und Diversifizierung der Formen der Arbeitskräftezirkulation (saisonale, temporäre Migration...).

Welche neuen Abkommen im Hinblick auf Migrationskontrolle wurden von der Übergangsregierung mit der EU sowie auf bilateraler Ebene mit europäischen Ländern getroffen? Sie sagten uns ja auch: Eigentlich sollte eine Übergangsregierung gar keine internationalen Abkommen unterschreiben!

Nach meinem Wissensstand ist das Abkommen mit der italienischen Regierung das einzige, das von der tunesischen Übergangsregierung betreffend Migration abgeschlossen wurde. Tunesien weigert sich, die Rolle des Gendarms zu spielen, der die europäischen Grenzen schützt, aber trotzdem sind wir bereit, mit unseren europäischen Nachbarn zusammen zu arbeiten. Eine gewählte und legitime Regierung kann diese Position nur bestätigen.

Sie sagten uns in Bezug auf die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen



↑ DEMONSTRATION VOR DEM HAUPTQUARTIER DER BEN ALI-PARTEI RCD IN TUNIS, 20. JANUAR 2011, FOTO: NASSER NOURI

für 25.000 tunesische Migranten, es sei ein Erfolg, dass Italien dafür diplomatischen Streit mit Frankreich riskiert hat. Ist das ein Beispiel, wie gemeinsam aus Tunesien und Europa Druck für eine andere Migrationspolitik aufgebaut werden kann?

Wie ich schon weiter oben gezeigt habe, kann eine kluge und konsequente Diplomatie, unterstützt durch eine in der Frage der MigrantInnen positiv engagierte Öffentlichkeit Ergebnisse erreichen, die zwar manchmal bescheiden, aber dennoch positiv sind.

4. ZUR KOOPERATION MIT EUROPÄISCHEN BEWEGUNGEN & AKTIVISTINNEN

Was sollten die europäischen Bewegungen dafür tun, dass eine andere Migrationspolitik und ein neues Verhältnis EU-(Nord-)Afrika möglich wird?

Damit eine andere Migrationspolitik und ein neues Verhältnis zwischen Afrika und der EU möglich wird, sollten wir zusammen daran arbeiten, > den an Sicherheit orientierten Heran-

gehensweisen, die die Rechte der MigrantInnen mit Füßen treten, ein Ende zu setzen,

> die Aufnahmebedingungen und die Integration von MigrantInnen zu verbessern, > eine ökonomische Partnerschaft voranzutreiben, die eine nachhaltige Entwicklung zum Ziel hat.

Wie könnte eine Kooperation zwischen AktivistInnen in Europa und Tunesien konkret aussehen?

Eine Kooperation auf dem Gebiet der Migration zwischen europäischen und afrikanischen AktivistInnen könnte einen Wissens-Austausch beinhalten, der erlaubt, know how zu vermitteln. An zweiter Stelle könnte diese Partnerschaft die potenziellen MigrantInnen dafür sensibilisieren, wie die Realität in einem ökonomisch sehr schwierigen Kontext aussieht, damit sie nicht zu viele Illusionen haben, aber all dies im Rahmen einer Kultur, die auf dem Grundrecht der Bewegungsfreiheit insistiert. ○

↑ Das Interview führten CONNI GUNSSER und MIRIAM EDDING.

ZIVILGESELLSCHAFT

„Von der Kultur des Protests zur Kultur des Aufbaus“

DAS TUNESISCHE FORUM FÜR ÖKONOMISCHE UND SOZIALE RECHTE

Welche Rolle gibt es für die Zivilgesellschaft nach der Revolution? Wie tragen ihre Strukturen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Individuen und vor allem zur Garantie ihrer ökonomischen und sozialen Rechte bei? Jeder auf seine Weise, sind die AkteurInnen der Zivilgesellschaft dabei, ihre Arbeit zu entwerfen, um eine Gesellschaft zu unterstützen, die immer noch am Brodeln, ja, aufgewühlt ist. Nach dem 14. Januar sind verschiedene Vereine und Foren entstanden.

Gemeinsam ist ihnen das Ziel, den sich in Aufruhr befindlichen BürgerInnen die Hand zu reichen, um die aktuelle Phase zu überwinden und eine bessere Zukunft aufzubauen, in der die politischen, ökonomischen und sozialen Rechte garantiert sind.

Das ist auch die Motivation des Tunesischen Forums für ökonomische und soziale Rechte, das von einer Gruppe von MenschenrechtsaktivistInnen, ÖkonominInnen, SoziologInnen und JuristInnen gegründet wurde. Ihr Credo ist der „Bürger“ (im Französischen: citoyen als Bürger im politischen Sinn im Gegensatz zu bourgeois im ökonomischen Sinn, d.Ü.), in seiner engeren Definition, und „das Individuum“ in einem erweiterten Sinn. Der Begriff Individuum verweist demnach auf eine Bedeutung, die das Universelle und damit auch die Universalität von Rechten für alle Bürger bzw. Individuen betont. Auf dieser Grundlage hat das Forum aktuell den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Flüchtlinge in Ras Jedir gelegt.

DIE FLÜCHTLINGE

Nach den dramatischen Ereignissen vor mehr als zwei Wochen, die zu Todesopfern führten, hat das Tunesische Forum für ökonomische und soziale Rechte eine Presseerklärung veröffentlicht, in der die Gewalt gegenüber den Flüchtlingen verurteilt und eine polizeiliche Untersuchung gefordert wird, um die Ursachen dieser Vorfälle herauszufinden. Es hat auch einen Aufruf an die tunesische Regierung veröffentlicht, in dem gefordert wird, die Sicherheit von Flüchtlingen gemäß den internationalen Normen und Konventionen, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, zu gewährleisten. Das Forum fordert darüber hinaus die internationalen Organisationen auf, die Flüchtlinge zu schützen und vor allem die Qualität der Dienstleistungen, die ihnen angeboten werden, zu verbessern. Gleichzeitig ruft es die europäischen Länder und die öffentliche Meinung dazu auf, die Einwanderungsgesetze zu überarbeiten, um den Reiseverkehr und die Bewegung von Individuen ebenso wie die Wahl des Landes, in dem sie sich aufhalten wollen, zu ermöglichen. (...)

HANDLUNGSFELDER

Die Handlungsfelder des Forums beschränken sich nicht auf diese Ebene. In seinem Arbeitsprogramm wird das Ziel formuliert, „die sozialen Schichten zu verteidigen, die zum Opfer der neoliberalen Politik geworden sind“, erklärt der Soziologieprofessor und einer der Gründer des Forums, Mehdi Mabrouk. „Die Zahl der Arbeitslosen ist von 500.000

auf 700.000 gestiegen. Unsere Rolle besteht darin, ihre Rechte zu verteidigen“, so der Soziologe weiter. Um das zu tun, ist das Forum dabei, Kontakte mit europäischen Partnern zu knüpfen, auch um von ihrem Know-how und ihrer logistischen Unterstützung zu profitieren.

Weiterhin hat das Tunesische Forum für die ökonomischen und sozialen Rechte drei Achsen für seine Arbeit entwickelt, immer mit dem Ziel, den Opfern von Arbeitslosigkeit, sozialem Ausschluss oder Ablehnung beizustehen. Auch die „illegalen“ Auswanderer sollen vom Forum unterstützt werden. Sie sind Thema des ersten Arbeitsschwerpunkts des Forums. „Eine Gruppe von AnwältInnen wird damit beauftragt, die Rechte von Auswanderern zu verteidigen“, erklärt der Soziologe. „Die AnwältInnen werden auch für eine Veränderung des Immigrationsgesetzes kämpfen, das nur eine Kopie des Gesetzes zum Kampf gegen den Terrorismus ist“, erläutert Mabrouk und fügt hinzu, „dass eine Sensibilisierungskampagne unternommen wird, um die sozio-ökonomischen Probleme in einer partizipativen Art und Weise zu behandeln“. Zusätzlich sollen Arbeitslose eine Unterstützung bekommen, um kleine Projekte aufzubauen. Sie werden an Ausbildungskursen teilnehmen können, die ihnen ermöglichen sollen, eigene Projekte zu gründen und vor allem von einer Kultur des Protests zu einer Kultur des Aufbaus überzugehen. ☉

↑ SANA FARHA, leicht gekürzte Übersetzung eines Artikels aus der tunesischen Zeitung „Le Temps“ vom 8.6.2011



↑ SOMALISCHE FRAU IM CAMP CHOUCHA AN DER LIBYSCHEN GRENZE, MIT UN-LEBENSMITTELRATIONSKARTE

INTERVIEW MIT ABDELJELIL BEDOUI

"Wir gewähren 200.000 Menschen Asyl"

19

KRITIK AUS TUNESIEN AN DER EU-FLÜCHTLINGSPOLITIK

Kritik an der Flüchtlingspolitik der EU-Staaten kommt auch aus Tunesien: Vor kurzem veröffentlichten Oppositionsgruppen ein Communiqué, das den Rassismus der EU-Staaten kritisiert. Zu den Verfassern gehört auch das »Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte«. Der Präsident des Forums, **ABDELJELIL BEDOUI**, war nach dem Sturz Ben Alis als beigeordneter Minister in die Übergangsregierung berufen worden, trat aber bald zurück, um gegen den Verbleib von Vertretern des alten Regime in der Regierung zu protestieren. Heute bemüht sich Bedoui um den Aufbau der Tunesischen Arbeitspartei.

Die EU zerstreitet sich derzeit über der Frage, wie mit den tunesischen Migranten umgegangen werden soll, die an der italienischen Küste landen. Alle Staaten haben dabei ein Inte-

resse gemein: Sie wollen die Migranten bloß nicht in ihrem Land haben. Können Sie das verstehen?

Nein. Wir sind in einer außergewöhnlichen Lage, und wir wünschen uns, dass unsere Partner unsere schwierigen Bedingungen wahrnehmen. Nach der Revolution funktioniert vieles in diesem Staat noch nicht, wir sind erst dabei, demokratische Institutionen aufzubauen. Die Lebensbedingungen in Tunesien sind sehr schwierig, viele Menschen haben keine Arbeit oder haben ihre Arbeit verloren, ihre nahe Zukunft sieht nicht vielversprechend aus. Also beschließen viele, ihr Land zu verlassen und anderswo Arbeit zu suchen – provisorisch. Ihre Absicht ist es, aus den Schwierigkeiten, die sie jetzt in ihrem Leben haben, einen Ausweg zu finden.

Wir haben nicht provoziert, dass diese Leute das Land verlassen. Viele von ihnen sind sehr jung, und Tunesien braucht diese Menschen und ihren Esprit. Wir wollen, dass die tunesischen Bürger hier bleiben, aber wir wissen, dass sich manche Menschen im Moment gezwungen sehen, sich anderswo nach besseren Lebensbedingungen umzusehen.

Nun sieht es nicht so aus, als wollten die europäischen Partner, von denen Sie sprachen, das einsehen – sie erwarten vielmehr, dass Tunesien die Menschen davon abhält, nach Europa zu gelangen.

Unser »Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte« kämpft für die Freizügigkeit. Unser Land hat internationale

Verträge über die freie Zirkulation von Waren und Dienstleistungen und Unternehmen abgeschlossen, wir haben mit der EU ein Assoziationsabkommen geschlossen, das den freien Handel beinhaltet. Wir verstehen nicht, warum die freie Zirkulation der Menschen davon ausgeschlossen wird. Wir fordern prinzipiell, dass auch den Menschen Freizügigkeit zugestanden wird. Zunächst aber fordern wir erst einmal, dass unsere Partner uns eine prosperierende Entwicklung wünschen und uns aufgrund unserer momentanen Schwierigkeiten mit Solidarität begegnen.

Haben Sie wirklich die Hoffnung, dass sich die EU gegenüber Tunesien solidarisch zeigt? Derzeit zeigen sich die EU-Staaten noch nicht einmal untereinander solidarisch, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht.

Offenbar. Wir dachten zwischendurch, dass die Italiener auf unsere Situation mit Verständnis reagieren würden, aber das Verhalten der italienischen und auch der französischen Regierung in den vergangenen Tagen beweist das Gegenteil. Statt mit einer solidarischen Einstellung begegnen sie der Situation mit Rassismus und Aggressivität. Die tunesische Öffentlichkeit betrachtet das nicht als Verhalten eines Partners, sondern als ein feindseliges Verhalten, das unserer Revolution schadet. Deshalb appellieren wir an unsere Partner in der europäi-

schen Zivilgesellschaft, dass sie mithelfen, diese Depression zu beenden und sich jenen entgegenstellen, die unsere junge Demokratie und unsere Phase des Übergangs sabotieren. Man muss sehen, dass unser Land trotz all seiner Schwierigkeiten selbst ein Land geworden ist, das Flüchtlingen Asyl gewährt, die vor dem Krieg in Libyen fliehen. Bis jetzt haben wir ungefähr 200 000 Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen, und der Flüchtlingsstrom geht weiter, jetzt gerade auch wegen der Bombardierung von Tripolis.

Was passiert mit den Flüchtlingen, die aus Libyen nach Tunesien kommen?

Glücklicherweise reagiert unsere Bevölkerung darauf nicht rassistisch, im Gegenteil, es gibt hier einen Elan der Solidarität, die Menschen organisieren Hilfe für die Flüchtlinge, sie besorgen Zelte, Decken, Matratzen, Medikamente, Ernährung. Sie helfen diesen Menschen, die von Elend und Krieg bedroht sind. Wir verlangen, dass sich andere ebenso verhalten.

In der EU befürchtet man, dass die Flüchtlinge aus Libyen, aber auch aus Somalia, Eritrea und anderen subsaharischen Ländern nach Europa weiterreisen werden. Wird von den tunesischen Autoritäten verlangt, dass sie die Flüchtlinge von der Wei-

terreise nach Europa abhalten?

Es gibt Kontrollen an den tunesischen Grenzen, auch wenn das für die Regierung nicht die allerhöchste Priorität hat. Wir tun, was wir können, mehr kann man von uns in der aktuellen Situation nicht verlangen. Außerdem kommen diese Menschen, die etwa aus Somalia, aus Eritrea, dem Sudan oder Darfur stammen, aus Ländern, die sich im Kriegszustand befinden. Man kann doch diese Leute nicht zurückschicken, und man kann sie auch nicht daran hindern, sich frei zu bewegen! Sie haben das Recht dazu, und auch das Recht, menschlich behandelt zu werden.

In der Vergangenheit hat die EU mit Gaddafi oder etwa auch mit dem Regime Ben Alis Verträge ausgehandelt, die vorsahen, dass diese Diktaturen die afrikanischen Flüchtlinge von Europa fernhalten. Die EU dürfte nun darauf hoffen, Tunesien weiterhin dazu bewegen zu können, die Flüchtlinge von der Reise übers Mittelmeer abzuhalten. Die Verträge, die es mit den Diktatoren gab, interessieren uns nicht mehr, das waren auch Verträge, die uns davon abhielten, frei zu leben. Solche Verträge sind hinfällig. Die Staaten der Europäischen Union müssen verstehen, dass wir jetzt eine Demokratie sind, und uns neue Perspektiven eröffnen für unsere Entwicklung, dann bleiben unsere Bürger auch hier.

Besteht nicht die Gefahr, dass die EU Tunesien und die anderen Länder der Region unter Druck setzt und sagt, es gebe keine Hilfen, wenn sie nicht ihre Bürger davon abhalten, nach Europa auszuwandern?

Wir brauchen keine Hilfe dabei, unsere Leute zurückzuhalten, wir brauchen Hilfe zur Entwicklung. Wenn es Hilfen für unsere wirtschaftliche Entwicklung gibt, die dazu beitragen, dass die Menschen hier bleiben, ist das willkommen. Hilfen, die dazu da sind, die Grenzen zu überwachen, unsere eigene Bewegungsfreiheit und die der Flüchtlinge einzuschränken, solche Hilfen brauchen wir nicht. ☉

↑ DANIEL STEINMAIER, Abdruck eines Interview aus der Jungle World Nr. 16, vom 21. April 2011



↑ DAS UNHCR-CAMP IN CHOUCHA AN DER LIBYSCHEN GRENZE



↑ „DIE TUNESISCHE FRAU IST FREI UND WIRD ES BLEIBEN“ – GRAFFITTI IN TUNIS

FEMINISMUS

„Nackt vor dem Staat“

DIE REVOLTEN HABEN DIE TRADITIONELLE GESCHLECHTERORDNUNG NICHT ÜBERALL DURCHBROCHEN

ALLE ZENTRALEN PLÄTZE in Tunis sind mit Stacheldraht und Panzern umzäunt. Soldaten sind überall in Stellung gebracht – so auch auf der Kasbah, wo im Frühling Menschenmassen protestierten und schließlich den Sturz des alten Regimes erreichten. Auf der Avenue Habib Bourgiba im Stadtzentrum, der Straße der Demonstrationen, sitzen viele Menschen in den unzähligen Straßencafés. Wo früher über Fußball diskutiert wurde, ist jetzt Politik das unerschöpfliche Gesprächsthema. Der Tenor ist deutlich: „Wir haben Ben Ali aus dem Land gejagt, es gibt kein Zurück. Nie mehr!“ Es ist eine kraftvolle, optimistische Stimmung der Veränderung. Dennoch mischt sich die Angst hinein, dass islamistische Strömungen politische Macht gewinnen könnten. Ende Oktober wird eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden. Gerade hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse werden die kommenden Monate entscheidend sein. Die Revolten wurden von Mädchen und Frauen angestoßen und getragen ebenso wie von

ihren männlichen Genossen. Während der Jasmin-Revolution wurden Frauen als gleichberechtigte Partnerinnen wahrgenommen und respektiert. Werden die TunesierInnen dies in ihren postrevolutionären Alltag integrieren können?

TUNESIEN GILT im arabischen Raum als das progressivste Land hinsichtlich der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Habib Bourgiba, der das 1956 gerade unabhängig gewordene Tunesien drei Jahrzehnte lang regierte, ist heute noch als Befreier der Frauen in Erinnerung. Gleich zu Beginn seiner autokratischen Herrschaft wurden viele Gesetze erlassen, die Frauenrechte stärkten, wie das Verbot von Polygamie und Verstoßung, die Einführung des Frauenwahlrechts, ein neues Scheidungsrecht, das Recht auf Bildung und auch die Legalisierung von Familienplanung. Bemerkenswert ist hierbei vor allem die Legalisierung der Abtreibung, die seit 1963 unter bestimmten Bedingungen und seit 1973 völlig straffrei ist. Als Teil

des Regierungsprogramms wurde die „Union Nationale des Femmes Tunisiennes“ als staatliche Frauenorganisation gegründet.

ALS IN DEN 70ER JAHREN eine autonome Frauenbewegung entstand, wurde diese vom Staat jedoch massiv behindert. Über Jahrzehnte herrschten in Tunesien rigide Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit, Bespitzelung und ein Klima des Misstrauens und der Kontrolle. Viele Menschen, die versuchten, sich dagegen aufzulehnen, wie die Frauen- und Menschenrechtskämpferin Sihem Bensedrine, erlebten Folter, Psychoterror und systematische Repression. Dennoch gelang es der „Tunesischen Vereinigung Demokratischer Frauen“ (ATFD), die 1989 aus der autonomen Frauenbewegung hervorging, im halb-öffentlichen Raum ihre Arbeit voranzutreiben. „Tout va bien“ - alles läuft gut, war als Position der Regierung in diesen Jahren hinsichtlich der Situation der tunesischen Frauen zu hören. Die tatsächliche strukturelle geschlechtsspe-

zifische Gewaltausübung und Arbeitslosigkeit wurden unsichtbar gemacht. Wenngleich die tunesische Regierung Frauen vergleichsweise weitreichende Rechte gewährte, war die Frau dennoch keine vollwertige Bürgerin vor dem Staate. In der alten Verfassung, die an islamisches Recht angelehnt ist, wurde sie als Mutter, Schwester, Tochter, Ehefrau adressiert. Geschiedene Frauen und Witwen hatten keinen von einem Mann völlig unabhängigen Status und folglich einen besonders schwierigen gesellschaftlichen Stand.

HALIMA JUINI, seit vielen Jahren aktives Mitglied der ATFD, erzählt, dass es seit dem Jahr 2000 eine Dynamik von Frauenkämpfen wie z.B. Besetzungen und Sitzblockaden gegen Fabrikschließungen von Textilarbeiterinnen gegeben hat, die medial völlig unterschlagen wurden. Schon im Winter 2008 hatte es Sit-ins gegeben, die von Frauen – vor allem von Witwen – begonnen und dann von den Gewerkschaften aufgegriffen wurden. Diese Frauenvereinigung kämpft gegen weibliche Prekarität und unterstützt Frauen, denen körperliche und seelische Verletzungen zugefügt werden. Neben häuslicher Gewaltausübung erleben viele Aktivistinnen aufgrund eigener Aktivitäten oder der ihrer Ehemänner staatliche Repression.

IM DEZEMBER LETZTEN JAHRES, nachdem die Unruhen gerade begonnen hatten, nahm die geschlechtsspezifische Gewalt neue Formen an. In einigen Städten wurden Frauen und Kinder von der Polizei per Megaphon als Nutten und Bastarde bezeichnet und aufgefordert, aus den Häusern zu kommen. Viele der Frauen, die als Bloggerinnen aktiv waren und bei den Revolten in den ersten Reihen standen, wurden am 14. Januar in traumatischer Weise auf ihren weiblichen Körper zurückgeworfen. Nach der Auflösung einer Demonstration waren viele Protestierende in umliegende Gebäude geflohen. Die Miliz des alten Regimes stürmte diese, um dann viele Mädchen und Frauen zu missbrauchen und zu vergewaltigen. Die ATFD reagierte damit, die Türen ihres Hauses immer geöffnet zu lassen. Es

wurde zu einem Schutzraum und Treffpunkt, um sich auszuruhen oder Informationen auszutauschen.

IM FRÜHLING 2011 fanden dann erstmals Demonstrationen statt, bei denen es explizit um die Anerkennung der Rechte von Frauen ging. Was bereits erreicht wurde, ist mehr als bemerkenswert. Für die Wahllisten zur verfassungsgebenden Versammlung aller Parteien Ende Juli gilt die paritätische Regelung nach Geschlecht. Das bedeutet: die Hälfte aller aufgestellten Personen ist weiblich. Die Durchsetzung der paritätischen Wahllisten war harte und zähe Lobbyarbeit, die weiter andauert. In der aktuellen Übergangsregierung werden zwei Ministerien von Frauen geleitet – das Frauen- und das Kulturministerium.

VON FEMINISTISCHER SEITE sind jedoch manchmal, und auch eher leise, kritische Betrachtungsweisen zu hören. „Was unter Bourgiba und Ben Ali als Emanzipation verkauft wurde, war Instrumentalisierung und ideologische Propaganda! Das Individuum war nackt vor dem Staat“, meint Souhir Driss. Die Philosophin ist neben ihrem feministischen Engagement Mitglied einer der neu gegründeten Parteien und kämpft für den Schuldenerlass Tunesiens bei den Industrienationen. Ihre Prognose hinsichtlich des feministischen Kampfes sieht nicht sehr optimistisch aus. Laut Driss fand nie eine wirkliche Entwicklung statt, sondern lediglich eine von oben verordnete Bevölkerungskontrolle in den weiblichen Körper hinein. Es sei keine echte Modernisierung, die aus der Bevölkerung kam und von den Individuen verinnerlicht wurde, weswegen sie sehr zerbrechlich sei, befürchtet Driss. Aus diesem Grund könnten diese Errungenschaften in der Ablehnung des alten Regimes einfach wieder in Frage gestellt werden.

WÄHREND DER REVOLTEN wurde auch nicht überall die traditionelle Geschlechterordnung durchbrochen. In Sidi Bouzid, in der kargen Bergregion im Inneren des Landes hatte schon im Dezember die Revolution begonnen, als sich der diplomierte Gemüsehändler Bouâzizi aus

Verzweiflung selbst anzündete. Die Straßenschlachten breiteten sich von dort aus über das ganze Land aus. „Natürlich haben die Frauen mitgemacht!“ Mohamed berichtet wie sie Essen gebracht, Steine gesammelt und zum Werfen bereitgelegt haben. Sein Freund nickt und erzählt, dass die Mütter ihre Söhne hinausgeschickt hätten mit den Worten „Geh und kämpfe! Mache, dass dieses Land besser wird.“

Und dann gibt es wiederum junge Frauen, die Gesichter der tunesischen Revolution geworden sind, welche die Frauenfrage nicht unbedingt als allererstes und häufig auch gar nicht thematisieren. So auch Lina Ben Mhenni, die gerade ein Buch geschrieben hat, in dem sie zur Vernetzung aufruft. Doch die Präsenz und das Engagement der Kämpferinnen hat viele Frauen beeindruckt, ermutigt und ihnen Hoffnung für einen Wandel der Geschlechterverhältnisse gegeben.

ALS ZIELE FÜR DIE VERFASSUNG formuliert Juini die Verankerung der absoluten Gleichstellung von Frauen und Männern, ein Gesetz gegen Vergewaltigung und die Anerkennung der UN-Konvention zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung gegen Frauen. Außerdem arbeitet die ATFD mit einer Organisation zusammen, die sich für eine Änderung des Strafrechts hinsichtlich sexueller Orientierung einsetzt. Auch Driss hat schlussendlich doch noch eine zukunftsgerichtete Vision, in der Tunesien einen eigenen Weg geht, sowohl hinsichtlich politischer als auch identitärer Kategorien. „Wir müssen über neue Bündnisse und Strategien nachdenken. Universalismus hat etwas Autoritäres. Es geht um den lokalen Blick.“ Für eine dauerhafte Veränderung der Geschlechterverhältnisse wird auch eine wirkliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen des Laizismus zentral sein. Die Revolution hat begonnen. Dieser Aufbruch birgt großes Potential. Bleibt zu hoffen, dass die Botschaft des Graffiti umgesetzt wird. ○

↑ **ALICE ROMBACH** ist Soziologin und lebt in Leipzig. Nachdruck aus malmoe Nr. 55, 21.7.2011



↑ REVOLUTIONÄRE PAROLEN IN SIDI BOUZID

SIDI BOUZID

Wo die Revolution begann

IM ÄRMSTEN TEIL DES LANDES WARTEN DIE MENSCHEN AUF VERÄNDERUNGEN

23

„Das ist nicht der erste Besuch, wir haben viel Besuch gekriegt, es freut uns, dass viele Leute kommen und unsere Geschichte hören wollen!“ So begrüßen uns sechs bis acht junge Männer, als wir am 21. Mai 2011 in Sidi Bouzid, einer Kleinstadt im Landesinneren Tunesiens, 265 km entfernt von Tunis, aus unserem Kleinbus steigen. Bis zum 17. Dezember 2010, als sich hier der 26-jährige Mohamed Bouâzizi, der als ambulanter Obst- und Gemüseverkäufer arbeitete und von den Behörden schikaniert wurde, vor dem Sitz des Gouverneurs mit Benzin übergoss und anzündete, redete niemand über diesen Ort.

Inzwischen wurde Sidi Bouzid nicht nur in Tunesien, sondern rund um die Welt bekannt. Im Internet sind zahlreiche Einträge zu finden, denn der Suizid dieses jungen Mannes, der Anfang Januar 2011 in einem Krankenhaus in Tunis an seinen Verbrennungen starb, wurde zum Auslöser von massenhaften Protesten, zuerst

in der Region, dann im ganzen Land, und sie führten am 14. Januar 2011 zum Sturz der Regierung Ben Alis.

Die Jugendlichen in Sidi Bouzid sind stolz darauf, erzählen uns voller Selbstbewusstsein, was hier geschah, und führen uns zu den Orten der Proteste, die mit Wandparolen bemalt sind: „Give me freedom“, „Restez debout les Tunisiens, tout le monde est fier de vous“ (Bleibt aufrecht, Tunesier, die ganze Welt ist stolz auf euch), „Stand up for your rights“, „Go ahead – don't give up“ steht da z.B. in großen roten Lettern, international verständlich, neben einigen arabischen Parolen (siehe Fotos).

WARUM BEGANN DER AUFSTAND HIER?

Selbstverbrennungen wie die des Mohamed Bouâzizi gab es bereits in den Monaten zuvor, auch in anderen Regionen Tunesiens und in vielen arabischen Ländern. Dabei ist Suizid in der islamischen

Religion eher ein Tabu. Die zunehmende Zahl an Selbsttötungen insbesondere von Jugendlichen wird von WissenschaftlerInnen als letztes Mittel der Individuen vor dem Zugriff des staatlichen Apparats in einer Gesellschaft ohne Solidarität erklärt. Aber warum führte gerade die Selbstverbrennung Bouâzizis zur Revolte? Antworten darauf gibt es sicher viele – und einige wurden in den Gesprächen mit den Jugendlichen von Sidi Bouzid deutlich.

Ein wesentliches Merkmal der tunesischen Revolution ist, dass der Aufstand in einer vom Weltmarkt abgehängten und im Gegensatz zur relativ wohlhabenden Küstenregion von der Zentralregierung immer vernachlässigten Region des Landes begann. Der reichhaltige Obst- und Gemüseanbau in der Gegend bringt den Menschen nur ein miserables Einkommen. Industrie gibt es kaum, und selbst die bedeutende Phosphatförderung bei der Stadt Gafsa erbringt keine



↑ **DIPLOME AN DER UNI-WAND**

nennenswerten Einkünfte mehr. In Gafsa kam es bereits 2008 zum Aufstand, als der Phosphatabbau auf halbautomatisierte Maschinen umgestellt wurde und bei Neueinstellungen keine ortsansässigen Jugendlichen berücksichtigt wurden. Alle wichtigen Posten in Industrie und Verwaltung waren bis zum 14. Januar 2011 vom Ben Ali-Clan besetzt. Selbst Kleinkredite und Lizenzen für selbständige Tätigkeiten, z.B. den Obst- und Gemüseverkauf, erhielt man nur mit Beziehungen zu diesem Clan und/oder mit reichlich Bestechungsgeld.

Mohamed Bouâzizi war die Lizenz zum Gemüsehandel verweigert worden, er versuchte aber trotzdem, mit einem Karren seine Waren zu verkaufen und wurde deshalb ständig von den Behörden gejagt, mehrfach mit Bußgeldern und einmal sogar mit Gefängnis bestraft. Am 17. Dezember 2010 wehrte er sich verbal gegen die Beschlagnahme seiner Wiegegewichte und wurde dafür von einer Frau des Ordnungsamts in aller Öffentlichkeit gehohlet. Eine solche zusätzliche Schmach wollte der junge Mann nicht auf sich sitzen lassen und ging ins Gebäude des Gouverneurs, um sich zu beschweren. Aber dort wurde er wie ein Hund wieder vor die Tür gesetzt. Daraufhin kaufte er sich Benzin und

drohte vor dem Gouverneursgebäude, sich anzuzünden. Die Jugendlichen, die uns das erzählen, meinen, Bouâzizi habe sich nicht wirklich umbringen wollen. „Niemand hat gedacht, dass er es ernst meint, die Leute um ihn herum lachten, sie sagten, also ja, mach das, wie du willst. Und dann hat er es doch gemacht. Er läuft auf die Straße, und eine Frau hat mit ihrem Mantel versucht ihn zu löschen.“ Sein Onkel, der zufällig vorbeikam, rief seinen Bruder an, und der alarmierte den einzigen Krankenwagen der Region. Bouâzizi wurde mit Verbrennungen dritten Grades ins Krankenhaus nach Sfax gebracht und von dort in eine Spezialklinik nach Tunis verlegt. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer.

Nicht nur in den Schikanen der Behörden gegenüber Mohamed Bouâzizi sehen die Jugendlichen das, was auch sie täglich erleben. Wie viele Jugendliche der Region ging Bouâzizi, obwohl er aus einer armen Familie stammte und sein Vater früh starb, zur höheren Schule, verließ sie aber trotz guter Leistungen kurz vor dem Abitur, weil er seine Familie finanziell unterstützen musste und dazu wohl auch mit einem Hochschulabschluss keine bessere Chance gehabt hätte. „Sidi Bouzid ist bekannt dafür, dass die Jugendlichen in der Schule und an der Uni erfolgreich sind, aber dann keine Arbeit kriegen“, sagt einer der jungen Männer und zeigt uns die zahlreichen Kopien von Diplomen, die am Eingang des Gouverneurssitzes kleben (siehe Foto). Statistiken, die lange von der Ben Ali-Re-

gierung gefälscht, aber vor kurzem aus einer gewerkschaftlichen Studie veröffentlicht wurden, belegen das: Während die älteren BewohnerInnen der Region überwiegend AnalphabetInnen sind, macht die junge Generation zur Hälfte Abitur und nimmt zu über 30 % ein Studium auf. Der Frauenanteil der Studierenden ist höher als in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit unter den HochschulabsolventInnen, insbesondere unter den jungen Frauen, ist sehr viel höher als die allgemeine Arbeitslosigkeit und fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt (bei den Männern 25 % gegenüber 13,4 %, bei den Frauen 44,7 % gegenüber 27,5 % - siehe Tabellen). Die Jugendlichen, mit denen wir reden, erläutern das so: „Viele von uns waren an der Uni und sind fertig mit dem Studium oder haben Fachhochschulabschlüsse. Aber wenn du aus Sidi kommst, kriegst du nichts, selbst wenn du die besten Noten hast. Das ist Rassismus, auch wenn man Geld hat, kann man hier nicht investieren, das geht nur woanders.“

Kein Wunder, dass auch die Auswanderung für viele dieser jungen Leute eine Option ist. Ein naheliegender Weg zu Arbeit und Einkommen hat viele nach Libyen geführt – und seit dem Krieg dort wieder zurück nach Tunesien. Auch ein großer Teil der boat people, die versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen, stammt aus dieser Region. Die Jugendlichen hier sind mobil, aber zugleich stark an ihre Herkunftsorte gebunden, und sie fühlen sich verpflichtet, zum Über-

SIDI BOUZID UND REGION

ARBEITSLOSE HOHSCHULABSOLVENTINNEN

	JUNGE MÄNNER	JUNGE FRAUEN
SIDI BOUZID	25,0%	44,7%
GANZ TUNESIEN	13,4%	27,5%

ARMUT

	ARME FAMILIEN	ARME EINWOHNER	ARMUTS-QUOTE
DISTRIKT TUNIS	5.164	30.918	1,4
NORDOST	6.673	37.920	2,7
NORDWEST	6.458	37.736	3,1
ZENTRAL-WEST	26.898	174.911	12,8

leben ihrer Familien beizutragen.

Die jungen Männer, die wir in Sidi Bouzid trafen, erklären ihre Benachteiligung und auch ihren Aufstand aus der Geschichte der Region: „Wir waren hier immer revolutionär, und deswegen wurden wir von der Regierung gehasst, die Regierung in Tunesien konzentriert sich nur auf die Küste. Zum Beispiel in der Zeit der Besetzung durch Frankreich kamen die ersten bewaffneten Guerilla-Gruppen gegen Frankreich aus Sidi Bouzid. Das wurde aber nie zum Thema gemacht, niemand sprach darüber, genauso ist es nun mit der Revolution. Manche sagen, der 17. Januar, aber wir sagen, der 14. Dezember ist der Anfang gewesen!“

WIE DIE REVOLTE BEGANN UND DIE BEVÖLKERUNG SICH ORGANISIERTE

Die Jugendlichen und auch der größte Teil der älteren Bevölkerung erkannten sich in Mohamed Bouâzizi wieder: „Alle kennen sich hier nach diesem Fall, die meisten von uns haben die gleichen Probleme wie Bouâzizi. Am Freitag (17. Dezember 2010) war es noch eine kleinere Menge, die protestierte, nur seine Familie, aber am Samstag war Markt und es kamen viele Menschen von außerhalb. Es gab spontane Versammlungen auf der Straße. Viel Polizei rückte von außerhalb an, wir haben Steine in der



↑ „BEGEGNUNG IN SIDI BOUZID



↑ REVOLUTIONÄRE PAROLEN IN SIDI BOUZID

Hand gehabt, und nachts sind viele Polizisten in die Stadt gekommen.“

Die Polizei ging massiv gegen die Proteste vor: „Eingangs- und Ausgangskontrollen, Straßensperren, dann ging's los, auf den Straßen überall Polizei, sie haben sich auf die Häuser gestürzt, schossen mit Tränengas, das man für Tiere benutzt zum Betäuben, und mit Molotov-Cocktails“. Viele Jugendliche wurden verletzt und verhaftet. Aber das führte nur zu einer weiteren Ausbreitung der Revolte. Die Jugendlichen erzählen, wie sie und nach und nach die gesamte Bevölkerung sich gegen die Polizei zu wehren begannen: „Und dann haben wir uns organisiert, in jedem Teil der Stadt, auch mit Pausen, Wechseln. Und einen Tag gemeinsam. Tagsüber war nichts los und nachts haben wir losgeschlagen. Die Polizei war verwirrt, tagsüber war Sidi Bouzid nett und gastfreundlich zur Polizei und nachts ging's los! Die Jugendlichen haben Polizeiautos und die Motorräder der Polizei kaputt gemacht. Zehn- und Zwölfjährige versteckten sich in einem kleinen Weg, jedes Kind auf einer Seite mit einem Seil, und wenn ein Polizist auf einem Motorrad kam, dann zogen sie es hoch, damit er stürzte. Die Polizei wurde müde, die Polizisten fingen an zu weinen, manche hatten ihre Schuhe 20 Tage nicht ausgezogen. Sie hatten immer gedacht, wenn sie Waffen benutzen, kommen die Leute zur Ruhe, aber das

war nicht so!“

Stattdessen breiteten sich die Proteste auf die umliegenden Kleinstädte und Dörfer und dann auch im ganzen Land aus. Wir fragen, welche Rolle dabei und bei der Durchbrechung der staatlich verhängten Nachrichtensperre das Internet spielte (4 Mio. von knapp über 10 Mio. TunesierInnen haben Anschluss ans Internet, die Hälfte von ihnen ist Mitglied bei facebook). „Die Infoverbreitung lief auf facebook und außerhalb, manche haben Computer, manche nicht. Die tunesischen Medien haben zuerst gar nichts berichtet, Al Jazeera, France 24, BBC, haben eine große Rolle gespielt. Die Reaktion von den hiesigen Medien war, Stimmung zu machen, dass Terroristen in Sidi Bouzid wären.“

Statt sich aufgrund solcher Behauptungen von den Protestierenden zu distanzieren, stellte sich in Sidi Bouzid auch ein Teil der Gewerkschaft UGTT, deren Spitze Teil des Regimes war, hinter ihre Forderungen, vor allem die nach Freilassung aller Festgenommenen und einer neuen regionalen Entwicklungs- und Beschäftigungspolitik. Es kam zu weiteren dramatischen Vorfällen: Am 22. Dezember 2010 stieg der 24jährige Houcine Neji in Sidi Bouzid auf einen Strommast und starb durch einen Stromschlag. Vorher rief er der Menge zu: „Kein Elend mehr! Keine Arbeitslosigkeit mehr!“ Am Trauerzug zur Bestattung von Mohamed



↑ JUGENDLICHE SINGEN IHR REVOLUTIONSLIED

Bouâzizi am 5. Januar 2011 beteiligten sich 5.000 Personen. Die Polizei hinderte die Demonstration am Gang durch die Stadt und zu dem Ort der Selbstverbrennung und griff sie mit Tränengasgranaten an. Die DemonstrantInnen setzten das Gebäude der Regierungspartei in Brand – laut Aussagen der Jugendlichen das einzige in Sidi Bouzid zerstörte Gebäude.

Auf unsere Frage, ob auch Frauen an den Aktionen beteiligt waren, erklären die Jungs: „Ja, auf jeden Fall. Sie haben das Essen zubereitet. Und Steine gesammelt und vorbereitet. Und die Mütter haben zu ihren Söhnen gesagt, geh raus und kämpfe, mach dass dieses Land besser wird!“

WAS HAT SICH VERÄNDERT SEIT DER REVOLUTION?

Wurde es wirklich besser, auch in Sidi Bouzid? Zumindest eins hat sich verändert, sagen die Jugendlichen: „Vor der Revolution war es so, wenn ich z.B. nach Sousse gehe und sage, wo ich herkomme, dann ernte ich einen Blick und alle sagen abschätzig hhm... Aber jetzt nach der Revolution, jetzt gibt es einen Hit: Unser Revolutionslied (die Jungs singen es uns vor) - es ist auch auf facebook zu finden, und das ganze Land kennt es.“

Für die Jugendlichen ist klar, dass sie bereit sind, weiter aktiv zu bleiben.

„Die Polizei hat immer noch Angst, es gibt Respekt, deswegen haben wir überhaupt keine Angst, die Polizei sagt zur Zeit nichts.“ Ein Teil der festgenommenen Jugendlichen wurde schon vor dem 14. Januar freigelassen, aber im Mai 2011 gab es neue Verhaftungen.

Und was wurde aus den Forderungen nach Arbeit und sozialen Verbesserungen? Noch Ende Dezember wurden von der Regierungspartei RCD regionale Entwicklungsprojekte im Wert von ca. 7,5 Mio. Euro versprochen. Das größte deutsche Unternehmen in Tunesien, der Autzulieferer Leoni, kündigte an, in Sidi Bouzid ein neues Werk zu eröffnen. Gewerkschafts- und regierungnahe Kreise propagierten Infrastrukturprojekte in der Region Sidi Bouzid. Es sollen Schwimmbäder im Olympiaformat gebaut und Ländereien für weitere Bauprojekte erschlossen werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen HochschulabsolventInnen zu Verwaltungsposten verhelfen. VertreterInnen der Jugend und der Familien der Märtyrer der Revolution wurden auch in die „Höchste Instanz für die Verwirklichung der Ziele der Revolution, politischer Reformen und des demokratischen Übergangs“, das wichtigste Gremium zur Kontrolle der Übergangsregierung, aufgenommen.

Von all dem hatten die Jugendlichen, mit denen wir redeten, wenig mitbekommen: „Bis jetzt ist niemand von der

Regierung aus Tunis hier her gekommen, im Gegenteil, es gibt eine hohe Polizeipräsenz und ganz viele Knäste. Sidi ist immer noch unterdrückt, wie früher und jetzt immer noch.“

Und weil sich bisher fast nichts geändert hat, gingen Mitte Juli nicht nur in Tunis und anderen Großstädten, sondern auch in Sidi Bouzid wieder zahlreiche Menschen auf die Straße. Die Polizei griff ein und ein 14-jähriger Junge wurde - angeblich von einem Querschläger - getötet. Die Jungs hatten uns im Mai erzählt: „In den kleinen Orten außerhalb von Sidi Bouzid sind viele Menschen gestorben bei den Protesten im Dezember und Januar, in Sidi Bouzid niemand.“ Leider stimmt das jetzt nicht mehr. Aber es ist zu hoffen, dass die Jugendlichen in Sidi Bouzid sich dadurch nicht entmutigen lassen. ☉

↑ **CONNI GUNSSER** ist im Flüchtlingsrat Hamburg und im Netzwerk Afrique-Europe-Interact aktiv. **ALICE ROMBACH** ist Soziologin und lebt in Leipzig

Quellen:

- ☉ Bouamoud, Bouâzizi ou l'étincelle qui a destitué Ben Ali, Tunesien, März 2011
- ☉ Helmut Dietrich, Die tunesische Revolte als Fanal. Kommentar und Chronik, Sozialgeschichte Online 5/2011, S.164 ff

Sonstige Artikel

- ☉ <http://www.freitag.de/politik/1103-zwei-leben-eines-mannes-in-sidi-bouzid>
- ☉ http://blogs.taz.de/arabesken/2010/12/26/worueber_nicht_berichtet_wird_elendsaufstand_in_tunesischer_kleinstadt/
- ☉ <http://de.danielpipes.org/9704/mohammed-bouazizi-persoennlichkeit-der-geschichte>
- ☉ <http://english.aljazeera.net/indepth/features/2011/01/2011126121815985483.html>
- ☉ <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-12120228>

Videos

- ☉ <http://www.tagesschau.de/ausland/tunesien398.html>
- ☉ <http://prekaer.info/index.php/neuigkeiten/sozial/5993-tunesien-aufstand-in-sidi-bouzid-nach-der-selbstverbrennung-eines-jungen-arbeitslosen-akademikers-.html>

BEN GUERDANE

Zwischen Revolution und Migration



➤ DIE HAUPTSTRASSE VON BEN GUERDANE

EINE KLEINE STADT AN DER LIBYSCHEN GRENZE IST EIN BRENNPUNKT VIELFÄLTIGER AUSEINANDERSETZUNGEN

In den Planungen unserer Reisegruppe tauchte die südtunesische Kleinstadt mit ihren 80.000 EinwohnerInnen zunächst allenfalls als unbedeutende Durchgangsstation auf. Ben Guerdane war für uns ein nichts sagender Ort zwischen Zarzis, der kleinen Hafenstadt, von der aus die ersten 5000 tunesischen Migranten Anfang des Jahres mit ihren Booten gestartet waren, und Choucha mit den Flüchtlingslagern an der libyschen Grenze. Erst in einem längeren Gespräch mit einem lokalen Gewerkschafter⁽¹⁾ wurde uns klar, dass Ben Guerdane eine durchaus bedeutende Rolle zukommt. Mehr noch: in besonderer Weise kreuzen und vermischen sich hier revolutionäre wie migrationspolitische Entwicklungen.

Bereits im August 2010 kam es in dieser Grenzstadt zu einem 10-tägigen lokalen Aufstand, von unserem Gesprächspartner nicht zufällig als „Petite Révolution“ bezeichnet. Von hier aus startete allerdings im Mai 2011 auch ein Autokonvoi von 200 - 300 Anwohnern, der zum tödlichen Pogrom gegen protestierende Flüchtlinge und MigrantInnen in Choucha wurde. Zu beidem finden sich unten einige weitere zusammenfassende Informationen, doch zunächst etwas ausführlicher die beeindruckende Phase zwischen Dezember 2010 und März 2011. Ben Guerdane

war eine der ersten Städte, in der nach der Selbstverbrennung von Mohamed Bouâzizi in Sidi Bouzid im Dezember eine Solidaritätsdemonstration stattfand, organisiert von der Gewerkschaft UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail). Laut Presse demonstrierten am 26. Dezember über 800 Arbeitslose und drohten mit weiteren Aktionen, wenn sich ihre soziale Lage nicht verbessere. Im Januar, als sich die Situation in Kasserine zuspitzte, nachdem auf Protestierende geschossen worden war, kam es zu weiteren Protesten in Ben Guerdane, am 10. Januar beteiligen sich 2000 Personen an einem Sit-in. „Wir wollten uns auf das Parteigebäude beschränken, doch die Jugendlichen ließen auch die Polizeistation in Flammen aufgehen.“ Am 14. Januar, als Ben Ali verschwinden musste, gab es in Ben Guerdane keine Polizei und keine Behörden mehr.

Wie in vielen anderen südtunesischen Städten bildeten sich spontan Komitees zur Selbstorganisation, in Ben Guerdane fand auf dem Marktplatz eine Vollversammlung statt. 15 vertrauenswürdige Personen wurden gewählt - heute befinden sich 50 Leute im Revolutionskomitee. Einige Tage später arbeiteten die Behörden wieder, auch die Polizei bezog ein neues Gebäude, allerdings konnte zuvor das Komitee entscheiden, wer zu gehen hatte. Diejenigen, die als hartgesottene

Verfechter des alten Regimes bekannt waren, wurden entlassen.

Vier Busse fuhren im Februar aus Ben Guerdane in die Hauptstadt, um sich an den (später erfolgreichen) Kasbah-Protesten gegen die Ghannouchi-Übergangsregierung zu beteiligen. Als die Busse am 19. Februar zurückkamen, trafen sie auf die ersten Libyenflüchtlinge: zunächst vor allem tunesische WanderarbeiterInnen, dann in einer zweiten Welle ArbeitsmigrantInnen aus Ägypten, Bangladesh, China, der Türkei oder den Philippinen. Sie alle brachten sich vor dem ausweitenden Bürgerkrieg in Sicherheit. Ab dem 25. Februar kamen täglich bis zu 13.000 Menschen an der Grenze an, oft ohne jegliche Habe und ohne Geld. In diesen Tagen kam es zu einer unglaublichen Solidaritätswelle der lokalen tunesischen Bevölkerung mit allen, die aus Libyen fliehen mußten. In Ben Guerdane wurden zunächst große Zelte aufgestellt, als dies nicht mehr reichte, dienten öffentliche Gebäude zur Unterbringung, Privatquartiere und Hotelzimmer wurden zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurden Unmengen Lebensmittel und Kleider gespendet, Menschen aus der Umgebung brachten Essen in den Kofferräumen ihrer Autos, aus ganz Tunesien kamen Hilfskonvois an. „Diese Tage waren wie ein großes Festival, in dem Befreiung und Solidarität zusam-



↑ DIE GRENZE IST NAH

menkamen“, formuliert unser Bekannter. Und: „Mit der Revolution haben die Menschen die Angst verloren, sonst wäre das nie möglich gewesen.“ Auf unserer Reise trafen wir niemanden, der sich für das Gaddafi-Regime ausgesprochen hätte, auch in der Grenzgegend galt die überwiegende Solidarität den Rebellen bzw. Gaddafi-GegnerInnen. Die Hoffnung war überall spürbar, dass sich der arabische Frühling fortsetzt, dass auch in Libyen die Despotie ein Ende finden möge.

Ende Februar bis Anfang März spitzte sich die Situation an der Grenze weiter zu, für kurze Zeit – und das war das einzige Mal! – blockierte das tunesische Militär den Grenzübergang mangels Aufnahmekapazitäten. Es gab genug Essensspenden, aber die Unterbringungsmöglichkeiten in der Region waren erschöpft. Als dann die Lebensmittel direkt zur Grenze gebracht wurden, kam es zu dramatischen Szenen im Streit um Essen. „Wo ist die Welt, um zu helfen?“ fragte sich unser Bekannter und gab zu, dass er damals weinen musste. Über Wochen hatte die anwohnende Bevölkerung spontan und selbstorganisiert, koordiniert vom Revolutionskomitee, alle erdenkliche Hilfe geleistet. Wann endlich würden die großen NGOs und Hilfsorganisationen eintreffen, die doch über so viel Geld und Strukturen verfügen? Ende Februar war es endlich so weit, nach und nach wurden vier große Lager an der Grenze zu Libyen eingerichtet. Umso größer war die Entrüstung, als dann Kleiderspenden und Lebensmitteln verschwanden, die von der Bevölkerung für

die Menschen in diesen Camps gesammelt worden waren ⁽²⁾.

**VORSPIEL:
DIE „PETITE RÉVOLUTION“**

Proteste, Demonstrationen, abgebrannte Polizeiautos und Barrikaden ... „Am 9. August 2010 brach in der Region Ben Guerdane ein mehrwöchiger lokaler Aufstand aus. Ben Guerdane liegt an der Grenze zu Libyen, und die Region lebt vom Schmuggel aus dem Nachbarland. Auslöser des Aufstands war die Schließung des libyschen Grenzübergangs. Einige Monate zuvor hatte Libyen bereits Maßnahmen zur Einschränkung des Grenzverkehrs eingeführt: Durchreisende mussten mindestens 1.000 US-Dollar mit sich führen und pro Fahrzeug eine Grenzpassagegebühr von 80 Euro entrichten. Die Unruhen flauten ab, nachdem sich die tunesische und die libysche Regierung Ende Oktober 2010 auf die Aufhebung der Reisebeschränkungen einigten.“ ⁽³⁾ Zur Zeit dieses Aufstands bestand eine völlige Pressezensur, alle diesbezüglichen Nachrichten wurden unterdrückt, allein über illegale Radiosender und vereinzelt über internationale Medien konnten Informationen verbreitet werden. Die letztlich erfolgreichen Proteste im August waren ein Warnschuss für das Ben Ali-Regime, mit Repression allein konnte jedenfalls keine Ruhe erzwungen werden.

**NACHSPIEL:
POGROMARTIGER ÜBERFALL**

Als wir im Mai unseren Bekannten fragten, warum mehrere Tausend subsaharische Flüchtlinge in Wüstenzelten festsitzen, während große Teile der libyschen Flüchtlinge solidarische Aufnahme finden ⁽⁴⁾, kam recht schnell das Argument der kulturellen Differenz. Im Februar galt die Solidarität zunächst allen, die über die Grenze kamen. Doch die Geflohenen wurden zum größten Teil in ihre Herkunftsländer ausgeflogen, es blieben ansonsten vor allem LibyerInnen, denen als arabische Schwestern und Brüder die Solidarität weiter sicher war. Anders mit den subsaharischen Flüchtlingen, die in Choucha festsitzen: sie erschienen uns, als wir im Mai dort ankamen, eher gedul-

det. Rassismus gegen die subsaharische Migration war und ist in vielen arabischen Ländern tägliche Realität, in Tunesien wurde er durch die Revolution offenbar zunächst in den Hintergrund gedrängt. Als in den Tagen unseres Besuchs aufgebrachte Flüchtlinge und MigrantInnen aus Protest gegen ihre Unterbringung die zentrale Handelsstraße blockierten, wurde dies zum Auslöser eines schlimmen Pogroms ⁽⁵⁾. Dass angesichts der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung des informellen Grenzhandels für Ben Guerdane eine Blockade der Straße auf Ablehnung stieß, war nachvollziehbar und hatte ja auch die „Petite Révolution“ im August ausgelöst. Das konnte aber weder Begründung und noch weniger Rechtfertigung für den pogromartigen Überfall sein, der im Mai folgte und in dessen Verlauf mehrere Flüchtlinge getötet, ihr letztes Hab und Gut systematisch geplündert und die Zeltstadt des UNHCR weitgehend niedergebrannt wurde. ☹

↑ **HAGEN KOPP** ist bei kein mensch ist illegal in Hanau sowie im Netzwerk Welcome to Europe aktiv.

Quellen

- 1) Interview mit Houceine Betthaieb, der als Lehrer, Gewerkschafter und als Mitglied des Revolutionskomitees in der südtunesischen Stadt Ben Guardane arbeitet.
- 2) Vergleiche auch das Interview mit Benefolus auf Seite 38 zur vermuteten Korruption bei einigen großen Hilfsorganisationen.
- 3) Helmut Dietrich, Die tunesische Revolte als Fanal. Kommentar und Chronik (17. Dezember 2010–14. Januar 2011). In: Sozial.Geschichte Online 5 (2011), S. 164–205 [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-26925/Sozial_Geschichte_Online_5_2011.pdf]
- 4) Die meisten libyschen Flüchtlinge wurden in dieser Zeit schon in der Region um Tatuine aufgenommen, zum Teil ebenfalls in großen Lagern.
- 5) Siehe Artikel zu Choucha und weiteres Material und Filmclips bei www.afrique-europe-interact.net

MIGRATION

Die Grenzen Europas

DIE REAKTION DER EUROPÄISCHEN UNION AUF DIE DEMOKRATISCHEN REVOLUTIONEN IN NORDAFRIKA

„Mit dem Sturz von Ben Ali befreite sich nicht nur eine ganze Gesellschaft, sondern hörte auch die europäische Grenze im Mittelmeer für einen Moment auf zu existieren. Die europäische Politik der Externalisierung der Grenze verlor einen ihrer autokratischen Partner, auf den sie zur Umsetzung dieser Politik angewiesen war.“¹

Die Revolution in Tunesien beendete die Herrschaft des Präsidenten Ben Ali und seiner Partei RCD, die in 23 Jahren an der Macht einen der effektivsten Polizeistaaten Nordafrikas aufgebaut hatten. Sie wirkte als Katalysator für den Wunsch nach tief greifender Veränderung im ganzen arabischen Raum. Im Februar, kurz nach dem Sturz Ben Alis, schrieb

ein marokkanischer Aktivist: „Seit die Proteste in Tunesien begonnen haben, halten wir alle – Demokraten, Jugendliche, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen – den Atem an. Auch wir leben in einer Diktatur, auch bei uns reißen sich fünf Prozent der Bevölkerung die Reichtümer des Landes unter den Nagel. Auch wir wollen unsere Rechte und wir wollen in Würde leben können. Die Tunesier leben nicht auf dem Mars, sie leben hier, direkt neben uns, sie sind unsere Nachbarn!“²

Für kurze Zeit fragte sich auch Europa beschämt nach der eigenen Verantwortung für die Langlebigkeit der kleptokratischen und autoritären Herrschaftsquellen. So bemerkte der EU-Kommissar

für Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik, Stefan Fuele, in einer bemerkenswert selbstkritischen Rede Ende Februar: „Die Massen in den Straßen von Tunis, Kairo und anderswo haben im Geiste unserer gemeinsamen Werte gekämpft. Mit ihnen müssen wir heute zusammen arbeiten und nicht mit Diktatoren, die unter der Missachtung von Menschenleben das Blut ihrer eigenen Leute vergießen.“³ Jahrelang waren den Regierenden in Europa das Versprechen von Kooperation im „Krieg gegen den Terror“, verlässliche Bündnispartner bei der Etablierung neoliberaler Wirtschaftsbeziehungen und die Zusicherung des ungehinderten Zugriffs auf die Erdölreserven ungleich wichtiger als Demo-



↑ ANGEKOMMENE BOOTSFLÜCHTLINGE AUF LAMPEDUSA (ITALIEN)

kratie und Menschenrechte. Weiterhin wurde die mit Zuckerbrot und Peitsche durchgesetzte Kooperation bei der Abwehr von Migranten in den letzten Jahren zu einer der zentralen Interessensphären der EU in Bezug auf seine nordafrikanischen Nachbarn.

**LIEBER SCHENGEN
IN FRAGE STELLEN
ALS SOLIDARITÄT ZEIGEN?**

Doch der mit vielen Toten bezahlte Versuch der Demokratisierung auf der einen Seite des Mittelmeers erfährt nach der kurzen Phase kritischer Selbstreflexion keine solidarische Antwort auf der europäischen Seite. Besonders deutlich werden die alten, nur von eigenen Interessen geleiteten Reflexe beim Thema Migration: Die Flucht von circa 35.000 jungen Tunesiern nach Lampedusa kurz nach dem Fall der Ben Ali-Diktatur löste einen beispiellosen Konflikt aus – erst zwischen Italien und Frankreich, dann innerhalb der gesamten EU. Italien reagierte auf die Ankunft der Tunesier mit einer Art Trick, um das Dublin II-Regelwerk zu umgehen, das die Zuständigkeit für das Asylverfahren innerhalb der EU regelt und faktisch die Aufnahme von Flüchtlingen den Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen aufbürdet. Es stellte den Tunesiern Visa aus, die diese zu einem Großteil nutz-

ten, um nach Frankreich weiterzureisen. Frankreich wiederum schloss daraufhin kurzfristig seine Grenze nach Italien. Die Flucht einer überschaubaren Zahl von tunesischen Jugendlichen nahm die rechtspopulistische Dänische Volkspartei zum Anlass, um ihre Forderung nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen durchzusetzen. Dänemark handelte sich damit einen veritablen Streit mit der EU-Kommission ein. Die Abschaffung der innereuropäischen Grenzen ist ein Grundpfeiler des europäischen Einigungsprozesses und die Infragestellung des Schengenabkommens durch die xenophoben Reaktionen einiger Mitgliedstaaten daher keine Kleinigkeit.

Sie berührt das Fundament des europäischen Selbstverständnisses. Nach dem Motto „lieber Schengen in Frage stellen als Solidarität zeigen“ werden von rechtspopulistischen Parteien bis weit in das konservative Spektrum hinein zunehmend EU-Ressentiments und rassistische Tendenzen in der Bevölkerung gemeinsam bedient und verstärkt. Das Unbehagen an den vielfältigen Auswirkungen der Globalisierung und den neoliberalen sozialen Verwerfungen wird wieder einmal, aber in bisher unbekannt autodestruktiver Weise, über nationalistische Reflexe gegenüber Migranten kanalisiert.

Statt des notwendigen Bruchs mit der alten Politik, autokratische Herrscher

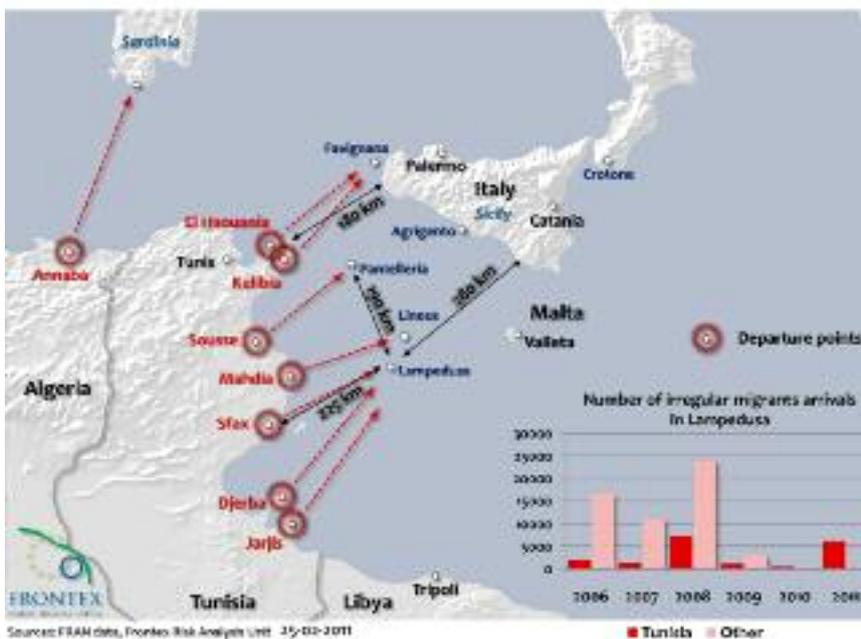
gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung mit viel Geld zu Wachhunden der EU-Grenzen aufzurüsten, reagierte die EU mit einer Verschärfung des Grenzregimes. Auf den Verlust seiner Verbündeten bei der Abschottung der Außengrenzen antwortete Europa also mit der Infragestellung einer zentralen europäischen Errungenschaft: dem Wegfall der EU-Binnengrenzen.

**DIE MILITARISIERUNG DER
AUSSENGRENZE BLEIBT BESTEHEN**

In der gleichen Logik war die Reinstallation des alten Wachhundsystems eine der ersten Maßnahmen, mit denen einzelne europäische Staaten sowie etliche EU-Gremien auf die Revolutionen reagierten. Die Operation Hermes der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist schon seit Ende Februar 2011 vor Tunesiens Küsten aktiv, um die durch den Wegfall der Ben Ali-Polizei entstandene Lücke bei der Grenzkontrolle zu schließen. Anfang April meldete sich der Generaldirektor von Frontex, Ilkka Laitinen, zu Wort und forderte ein informelles Arbeitsabkommen mit Tunesien, um Grenzkontrollen und Rückführungen zu erleichtern.

Laitinens Wunsch fand rasch Gehör; am 24. Mai erhielt Frontex das Mandat, nicht nur mit Tunesien, sondern auch mit Ägypten und Marokko ein Arbeitsabkommen zu schließen. In diesem Abkommen soll es um einen strategischen Informationsaustausch, um die Erstellung von Risikoanalysen und um die Kooperation in den Bereichen Fortbildung, Forschung und Entwicklung bei der Verhinderung von Migration gehen.

Auf dem EU-Gipfel Ende Juni legten die europäischen Regierungen noch einmal nach, um Frontex bei der Abwehr von MigrantInnen effektiver zu machen: Frontex soll seine „operativen Kapazitäten“ steigern und kann nun auch eigene Technik anschaffen, statt sie wie bisher von den nationalen Regierungen anzufordern. Die Mitarbeiterzahl von Frontex, die bisher circa 300 Beschäftigte in der Zentrale in Warschau betrug, mit zusätzlichen nationalen Grenzbeamten bei Einsätzen, wird erhöht. Die Datenschutzbestimmungen wurden dahingehend geändert, dass die Agentur in Zukunft das



↑ WISSENSPRODUKTION A LA FRONTEX. FOTO: FRONTEX

erste Mal Daten weitergeben darf, z.B. an Europol. Kritische Mitglieder des EU-Parlaments konnten zwar erreichen, dass der Posten eines Menschenrechtsbeauftragten eingeführt wird, anders als von ihnen gefordert wird dies aber kein unabhängiger, externer Posten sein, sondern er wird innerhalb der Agentur angesiedelt – also eine Feigenblattfunktion erfüllen. Die wichtigste Neuerung ist allerdings, dass eine wesentliche Zielvorgabe verändert wurde: Frontex soll sich von einer koordinierenden Institution, die von Mitgliedstaaten angefordert wird und deren „Bemühungen“ mit „Intelligence“ (also Wissensproduktion über z.B. Migrationsrouten) und technischer Hilfe unterstützt, hin zu einer führenden und selbstständig agierenden Agentur entwickeln.

Dies war sicherlich zum Teil auch schon bisher der Fall. Aber die Neuerung, dass Frontex nun offiziell den Mitgliedstaaten Einsätze vorschlagen kann und nicht erst tätig werden darf, wenn ein Staat seine Hilfe anfordert, zeigt die Richtung, in die sich die Agentur entwickeln will und soll: Hin zu einer zwar staatlich beauftragten aber faktisch eigenständig agierenden und noch weniger als bisher durch Parlamente kontrollierbaren Superagentur, die – wie schon erwähnt – auch eigenständig Verhandlungen mit nicht-europäischen Regierungen führen kann.

HETZERISCHEN DISKURSEN FOLGEN RECHTSWIDRIGE TATEN – DIE ROLLE ITALIENS

Italien eröffnete den Reigen von Regierungen, die in Tunesien vorstellig wurden, um für die Wiedereinsetzung der alten Ordnung zu sorgen. Allerdings stießen der italienische Innenminister Maroni – der wegen der Tunesien-Flüchtlinge vor italienischer und europäischer Presse das Bild von einem „Exodus biblischen Ausmaßes“ an die Wand malte – und sein Außenministerkollege Frattini bei ihrem ersten Besuch nicht auf dieselben willigen Partner wie zuvor. Die tunesische Übergangsregierung verhandelte hart und erreichte immerhin eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis für die ersten 25.000 Tunesier, die über Lampedusa



↑ GRENZSCHÜTZER IM EINSATZ

nach Italien gelangt waren. Sie weigerte sich, der Entsendung italienischer Patrouillenschiffe in tunesische Hoheitsgewässer zuzustimmen. Erst nach dem Besuch von Berlusconi persönlich musste Tunesien im April einlenken und die von der Bevölkerung gehassten Kontrollen seiner Küsten wieder herstellen. Italien stellte dafür 100 Millionen Euro sowie vier Küstenschiffe und Fahrzeuge zur Grenzkontrolle zur Verfügung. Als Gegenleistung wurden Wiederaufbaukredite in Höhe von 150 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

In Tunesien ist off the records zu hören, dass auch dieses Abkommen nur zu Stande kam, da Italien in Missachtung der Rechte eines souveränen Staates Hubschrauber entlang der tunesischen Küsten fliegen ließ, die mit Kameras Aufnahmen von den Booten der Flüchtenden machte und mit diesem Beweis über die völlige Abwesenheit von Grenzkontrollen die tunesische Regierung unter Druck setzte. „Wir müssen realistisch sein: Wenn Italien einen Streit mit Frankreich riskiert, um die Flüchtlinge aus Tunesien loszuwerden – welche Chancen haben wir da? Die Machtverhältnisse sind ziemlich eindeutig“, kommentierte der Migrationsforscher Mehdi Mabrouk das Verhandlungsergebnis. Auch mit dem libyschen Übergangsrat hat Italien am 17. Juni 2011 ein Abkommen zur

Verhinderung illegaler Migration geschlossen. Innenminister Maroni wollte sogar erreichen, dass Natokriegsschiffe die Boote der Flüchtlinge kontrollieren sollen – eine Forderung, die von der NATO zwar indigniert zurückgewiesen wurde, aber das Weltbild nicht nur einiger italienischer Politiker gut auf den Punkt bringt: Flüchtlinge sind als quasi feindliche Heere zu betrachten, die mit militärischen Mitteln bekämpft und zurückgeschlagen werden müssen

EUROPA AN SEINEN GRENZEN?

Nach dem Streit zwischen Frankreich und Italien starteten Berlusconi und Sarkozy eine gemeinsame Initiative, um die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen innerhalb der EU unter bestimmten Bedingungen zu ermöglichen. Statt das seit längerem in der Kritik stehende Dublin II-Abkommen in Frage zu stellen, das die Aufnahme von Flüchtlingen überwiegend an die Länder mit EU-Außengrenzen delegiert, beschloss der Europäische Rat auf dem EU-Gipfel am 23. Juni, die zeitweilige Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Notsituationen zuzulassen. Dies war zwar auch bisher schon möglich – zum Beispiel bei Fußballspielen oder Regierungsgipfeln, um Hooligans oder DemonstrantInnen zurückzuweisen, die Ausnahmeregelungen wurden nun aber explizit auf „starken

Migrationsdruck“ erweitert.

Die Unangemessenheit der europäischen Reaktion wird angesichts der Zahl der Menschen, die im Zuge der Umbrüche im arabischen Raum ihre Länder verlassen mussten oder wollten, besonders deutlich. Der Krieg in Libyen und die Nato-Intervention haben die Situation extrem verschärft, insgesamt sind laut Schätzungen der IOM (International Organisation for Migration) mehr als eine Million Menschen auf der Flucht aus Libyen 5. Allein eine halbe Million davon nach Tunesien. Das kleine Land mit nur 10 Millionen Einwohnern ist damit zum Hauptaufnahmeland geworden.

Die tunesische Bevölkerung hat auf die Flüchtlinge aus dem Nachbarland Libyen mit einer für hiesige Verhältnisse unvorstellbaren Solidarität reagiert. Seit dem Ausbruch der Kämpfe in Libyen hat Tunesien die Grenze immer offen gehalten und tunesische Familien haben einen Großteil der libyschen Flüchtlinge in ihren eigenen Häusern untergebracht und gastfreundlich aufgenommen. Diese enorme Gastfreundschaft bezieht sich zwar nur auf die libyschen „Brüder und Schwestern“, die jenseits nationalstaatlicher Zuschreibungen quasi als Verwandte wahrgenommen werden und gleichzeitig viel Solidarität erfahren, weil auch sie ihren autokratischen Herrscher verjagen wollen. Keine oder deutlich weniger Solidarität erfahren die subsaharischen Flüchtlinge.

APPELLE AN EUROPA BLEIBEN VERGEBLICH

Auch in arabischen Ländern gibt es Rassismus gegenüber Schwarzen (siehe diese Broschüre). In Bezug auf die libyschen Flüchtlinge ist das Verhalten sowohl der tunesischen Regierung als auch der Bewohner in den Grenzgebieten zu Libyen beispiellos – und dies in einer für Tunesien wirtschaftlich äußerst schwierigen Situation. Mehrere internationale Hilfsorganisationen haben bisher ohne Erfolg an Europa appelliert, Tunesien in dieser Lage nicht allein zu lassen. „Einer der Widersprüche der westlichen Politik ist es, dass während sie bereit sind, Bomber zu schicken, um die Zivilbevölkerung zu schützen, sich die europäischen Regierungen gleichzeitig weigern,

die Flüchtlinge aus diesem Land aufzunehmen“ zitiert die Washington Times einen Vertreter von Human Rights Watch 6.

WELTWEIT WERDEN ÜBER 80 PROZENT DER FLÜCHTLINGE VON ENTWICKLUNGSLÄNDERN AUFGENOMMEN.

Neben Tunesien sind auch Länder wie Niger (70.000 Flüchtlinge) oder Tschad (30.000 Flüchtlinge), die zu den ärmsten der Welt gehören, zu Aufnahmeländern für die Libyen-Flüchtlinge geworden. Im Vergleich dazu sind geradezu lächerlich wenige Menschen in Europa angekommen: Um die 50.000 Nordafrika-Flüchtlinge sind seit März auf Lampedusa gelandet, aus Malta werden circa 1.500 Flüchtlinge gemeldet, viele von ihnen sind subsaharische MigrantInnen, die im Krieg in Libyen zwischen die Fronten geraten sind. Diese Zahlen werden schnell veraltet sein, werfen aber ein Licht darauf, dass in Europa die Reaktionen in Bezug auf MigrantInnen völlig unverhältnismäßig, um nicht zu sagen ver-rückt sind. Deutschland hat sich übrigens bisher ausschließlich dazu bereit erklärt, 150 Flüchtlinge aus Malta aufzunehmen.

Seit Anfang des Jahres sind nach Schätzungen 2000 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch ertrunken, sich vor dem Krieg in Libyen in Sicherheit zu bringen, und die EU ist weiterhin weder gewillt, mehr Menschen aufzunehmen, noch die Situation an den Außengrenzen zu verändern, um die Tode zu verhindern. „Besorgt sollten wir nicht sein, weil Menschen zu uns kommen wollen. Besorgt sollten wir sein, weil Menschen im Mittelmeer sterben. Wir sollten uns immer vor Augen halten, dass nicht Europa den Großteil der Flüchtlinge und Migranten aufnimmt, sondern arme Staaten in Afrika“, appellierte der Präsident des Deutschen Caritasverbandes Dr. Peter Neher angesichts der steigenden Todeszahlen im Mittelmeer und forderte eine andere Zuwanderungspolitik 7. In Tunesien, das innerhalb weniger Monate seinen Diktator verjagt und eine halbe Million Flüchtlinge aufgenommen hat, stößt die europäische Haltung auf noch mehr Unverständnis:

“Ich bin weder Italiener noch Franzose, ich weiß nicht wirklich, woher solches Verhalten kommt – ob das Hass ist oder Angst, aber eins weiß ich sicher: Menschlichkeit darf sich nicht so verhalten.“ 8○

↑ **MIRIAM EDDING** arbeitet für die Stiftung :do in Hamburg

Quellen

- 1) Paolo Cuttitta, Helmut Dietrich, Bernd Kasperek, Marc Speer, Vassilis Tsianos, „Die Grenze demokratisieren!“ in: Kritische Justiz, 2011, Heft 3, Nomos Verlagsgesellschaft, September 2011
- 2) Auch in Marokko hat sich eine Protestbewegung, die Bewegung des 20. Februar, formiert. Um keinen Anlass für Repression zu bieten, zitiere ich die Email eines mir bekannten Aktivisten anonym.
- 3) Stefan Fuele in: Leigh Phillips, „Europe ‘should have backed demonstrators not dictators,’ commissioner says“, euobserver.com vom 1. März 2011
- 4) Mehdi Mabrouk ist Mitglied der „Höchsten Instanz für die Verwirklichung der Ziele der Revolution, der politischen Reform und des demokratischen Übergangs“ und Professor an der Universität Tunis, Zitat stammt aus einer Gesprächsaufzeichnung während einer Delegation nach Tunesien im Mai 2011
- 5) IOM Response to the Libyan Crisis, External Situation Report, June 2011, <http://www.iom.int/jahia/jsp/index.jsp>
- 6) Daniel Williams von Human Rights Watch in der Washington Times vom 15. Juni 2011
- 7) Dr. Peter Neher, Presseerklärung von Caritas International anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts, 29.6.2011 in Berlin
- 8) Interview mit Ben Youssef Karim von der tunesischen Hilfsorganisation BENEVO-LUS, siehe diese Broschüre

DETENTION CENTRES

Europäisches Migrationsregime in Tunesien

DIE LAGER DES TÜRSTEHERS BEN ALI

Ein Ziel unserer Delegationsreise nach Tunesien war es, Wissen über die Zusammenarbeit des Ben Ali-Regime mit der EU zu generieren. Dies erscheint uns dabei besonders wichtig, da es die Diktatur in Tunesien – im Vergleich mit anderen nordafrikanischen Staaten – vermocht hatte, kaum Informationen darüber nach außen dringen zu lassen. Teil unserer Bemühungen war eine Bestandsaufnahme der Mechanismen der Migrationskontrolle in Tunesien. Glücklicherweise gibt es schon einige Arbeiten aus dem Bereich der kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung, die sich insbesondere mit der italienisch-tunesischen Kooperation auseinandergesetzt haben.¹ Der Fokus der Forschung lag aber eher auf Libyen. Im Gegensatz zum libyschen Diktator Gaddafi, der die klandestine Migration als Unterpfand für immer neue Verhandlungen über materielle und finanzielle Zuwendungen der EU nutzte und daher als unberechenbar galt, erscheint die Kooperation mit dem tunesischen Regime im Rückblick als wesentlich verlässlicher.

Im Zentrum unseres Interesses vor Ort stand die Internierungsinfrastruktur. Dies entspricht unserer üblichen Praxis der Investigation an den Außengrenzen:

detention centres gehören zu den greifbarsten Orten, an denen sich Grenzregime und Migration unmittelbar begegnen und an denen die Skrupellosigkeit der bei der Migrationskontrolle angewandten Methoden direkt sichtbar wird.

Des Weiteren gab es in Europa in den Jahren 2003 und 2004 populistische Vorstöße von Innenministern, in Nordafrika eine Infrastruktur der Migrationskontrolle aufzubauen, die das Überqueren des Mittelmeers unterbinden sollte. Diese Pläne wurden zwar offiziell begraben, doch gibt es keinen Zweifel, dass sie im Stillen und in etwas modifizierter Form weiterverfolgt wurden.

So berichtet etwa das Global Detention Project in Genf² von bis zu 13 detention centres in Tunesien³. Auch Migreurop verzeichnet in seiner Karte der Lager in und um Europa neun geschlossene detention centres in Tunesien⁴, die sowohl Erstaufnahme- als auch Abschiebungsfunktionen erfüllen.

SUCHE VOR ORT

In Tunis angekommen, machten wir uns also auf die Suche nach den detention centres. Doch schon nach den ersten Gesprächen wurde uns klar, dass dies nicht einfach werden würde. Unter Ben Ali war

die irreguläre Migration kein Thema, über das geredet wurde. Die neu geschaffenen Institutionen der Revolution haben sich bisher nur der Bedingungen in den regulären Gefängnissen angenommen, und Inspektionen durch nicht-tunesische NGOs haben nur vereinzelt stattgefunden. Erschwerend kommt dazu, dass die detention centres dem Innenministerium unterstehen und nicht, wie die Gefängnisse, dem Justizministerium. Allein deswegen sind sie noch unzugänglicher. Einer unserer Gesprächspartner fasste es sehr gut zusammen: „Ihr seid zweifelsohne an einem sehr wichtigen Thema dran, und auch die tunesische Zivilgesellschaft wird sich damit befassen müssen. Die Bedingungen in den detention centres sind in der Tat unvorstellbar, doch nun, in der unmittelbaren Zeit nach der Revolution, gibt es noch dringendere Fragen.“

So zogen wir mit den spärlichen Informationen los, die wir hatten: in Al Ouardia solle es ein detention centre für TransitmigrantInnen geben. Nachdem dies der einzige Name war, der in diesem Zusammenhang auftauchte, und wir gehört hatten, dass es aufgrund der schnellen Abschiebungen nur ein, maximal zwei detention centres gebe, nahmen wir an, dass Al Ouardia in der Tat diese zentralisierte Internierungsinfrastruktur sein könnte. Die Spur führte uns letztendlich nach Bouchoucha, wo wir aber nur auf eine große Polizeistation stießen. Dass es in Tunesien tatsächlich dreizehn detention centres geben soll, schien uns immer zweifelhafter.

Später hörten wir, dass die Polizeistation in Bouchoucha über einen großen



↑ WER ES NICHT NACH ITALIEN SCHAFFT, DEM DROHT IN TUNESIEN HAFT

Haftbereich verfüge, der auch für TransitmigrantInnen genutzt werde, etwa nach Razzien. Dort würden sie aber nur kurzzeitig festgehalten, um dann innerhalb einer Woche wieder über die Landgrenze nach Libyen oder Algerien abgeschoben zu werden.

TURNING POINTS

Während der zunächst ergebnislosen Suche nach der Architektur der Migrationskontrolle tauchte jedoch immer wieder die International Organisation for Migration (IOM) auf. Die IOM, eine intergouvernementale, weltweit tätige Organisation mit einem Projektbudget von rund einer Mrd. US-Dollar pro Jahr, präsentiert sich offiziell als Wahrerin der Interessen aller an der Migration Beteiligten (also der Entsende- und Aufnahmestaaten sowie der MigrantInnen selber) und pflegt dazu den Diskurs und die Praxis des so genannten migration management. Dieser Diskurs basiert auf der Annahme, dass Migration ein bestehendes soziales Phänomen ist, das sich nicht nur nicht unterbinden lässt, sondern dessen Unterbindung sogar negative wirtschaftliche Konsequenzen hätte. In diesem Sinne sei Migration zu managen, um die Gewinne für alle Beteiligten zu maximieren. Die IOM vertritt also eher eine weiche, sozialtechnologische Herangehensweise an die Migration, und weniger die vor allem in Europa gängige Regierungs-Perspektive, die Migration vor allem unter Aspekten der Sicherheit und der Kontrolle verhandelt. So zumindest die Theorie – in der Praxis ist die IOM im Wesentlichen daran beteiligt, Projekte für Nationalstaaten umzusetzen, und so gilt wie immer: Wer zahlt, schafft an.

Die IOM kam 2001 das erste Mal nach Tunesien und eröffnete dort das erste Regionalbüro in Nordafrika. Es überrascht nicht, dass die Mehrzahl der MitarbeiterInnen des tunesischen IOM-Büros wohl italienische StaatsbürgerInnen waren. Denn wenn unsere vorläufigen Rekonstruktionen korrekt sind, war der Hauptauftrag der IOM die "Verbesserung" der tunesischen Internierungsinfrastruktur, wofür der italienische Staat zahlte. Doch hier kollidierte der neoliberale outsourcing-Ansatz mit der old

school-Autokratie Ben Alis. Seiner Auffassung nach waren Gefängnisse und detention centres staatliche Infrastruktur, und keine Intergouvernementale Organisation (IGO) sollte auch nur einen Blick in sie werfen können. 2004 verließ die IOM dann konsequenterweise Tunesien und zog nach Tripolis, Libyen. Sie kam erst 2008 nach Tunesien zurück, diesmal jedoch mit dem Auftrag, Projekte zur "freiwilligen Rückkehr" durchzuführen. Die IOM hat noch weitergehende Projekte des migration management im Portfolio, der Gesprächspartner einer anderen IGO beschrieb diese jedoch als nur auf dem Papier existent.

Doch 2004 ist nicht nur wegen des Rückzugs der IOM aus Tunesien ein ereignisreiches Jahr. Denn das Scheitern der IOM markiert keineswegs ein Scheitern der restriktiven europäischen Migrationspolitik. In diesem Jahr tritt Malta dem Schengenraum bei, und die Europäische Union intensiviert den Druck auf die Staaten in Nordafrika, die Migration im Mittelmeerraum effektiver zu unterbinden. Die Einbindung Tunesiens in das europäische Migrationsregime wird festgeschrieben⁵. In Tunesien wird ein strenges Anti-Migrationsgesetz erlassen, welches die unauthorisierte Ausreise von TunesierInnen mit hohen Haft- und Geldstrafen sanktioniert. Dadurch kommt die von Tunesien ausgehende Migration zwar nicht zum Stillstand, doch die Routen verlagern sich vermehrt nach Libyen.

MOBILITÄTSPARTNERSCHAFTEN

Diese kurze, unvollständige, symptomatische Rekonstruktion des euro-tunesischen Migrationsregimes soll jedoch nicht den Schluß nahelegen, dass der weichere Ansatz des migration management gescheitert ist und die EU lediglich auf die harte Kontrollpolitik der Grenzen und Internierung setzt. Auf der Ebene der Europäischen Kommission ist um das Jahr 2005 herum, zur Zeit der Ereignisse in Ceuta und Melilla, ein Umdenken zu erkennen: Zäune und Mauern können keine stabile Migrationspolitik garantieren. So sind in der EU vermehrt weiche Konzepte wie Mobilitätspartnerschaften und zirkuläre Migration in der Diskussion, die

eine fortgesetzte Einbindung der EU-Anrainerstaaten in die Migrationskontrolle durch eine gesteuerte, temporäre Migration aus diesen Ländern garantieren sollen. Die Revolution in Tunesien hat diese Entwicklung beschleunigt: laut der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage (BT-Drs. 17/6212) soll die Mobilitätspartnerschaft mit Tunesien verstärkt vorangetrieben werden.

Doch keineswegs beinhalten die neuen, weichen Migrationspolitiken die Anerkennung eines Rechtes auf Migration. Sie machen vielmehr aus der Not des Scheiterns einer reinen Abschottungspolitik die Tugend einer selektiven Einwanderung, die sich nur an den Bedürfnissen der europäischen Arbeitsmärkte orientiert. Die Rechte und Subjektivitäten der MigrantInnen bleiben negiert und ausgeblendet. Auch in Zukunft wird es darum gehen, die europäische Migrationspolitik zu beobachten und zu kritisieren. ○

↑ **BERND KASPAREK** ist Mathematiker und Kulturanthropologe aus München und aktiv im Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung sowie bei welcome to europe.

Quellen

- 1) Beispielsweise die Beiträge von Cuttitta, Boubakri und Cossu in Cuttitta, Paolo/Vassallo Paleologo, Fulvio (Hrsg.) (2006): *Migrazioni, frontiere, diritti*. Napoli: Edizioni scientifiche italiane
- 2) Das Global Detention Projekt untersucht die weltweite Rolle von Internierung als staatliche Reaktion auf Migration und unterhält dazu auch eine Datenbak über detention centres: <http://www.globaldetentionproject.org>
- 3) Tunesia Detention Profile: <http://www.globaldetentionproject.org/de/countries/africa/tunisia/introduction.html>
- 4) Migreurop 2009: "The encampment" in Europe and around the Mediterranean Sea. Online: http://www.migreurop.org/IMG/pdf/L_Europe_des_camps_2009.pdf
- 5) Vgl. Boubakri, Hassen (2006): *La Tunisia nel contesto euro-maghebino. Controllo dei movimenti migratori e diritti dei migranti*. In: Cuttitta/ Vassallo Paleologo (2006)

JUSTIZ IN ITALIEN

Lebensretter vor Gericht

SEIT JAHREN DROHT ZWEI TUNESISCHEN FISCHERN EINE LANGE HAFTSTRAFE, WEIL SIE 44 BOOTSFLÜCHTLINGE VOR DEM ERTRINKEN RETTETEN

Der Freispruch überraschte Elias Bierdel. Eine "echte Sensation" sei es, dass er und der Cap Anamur-Kapitän Stefan Schmitt am 7. Oktober 2009 den Gerichtssaal im sizilianischen Agrigento als freie Menschen verlassen konnten. Bierdel hatte aus "politischen Gründen" mit einer Strafe gerechnet. Und wäre es nach der Staatsanwaltschaft gegangen, dann hätten die Cap Anamur-Leute tatsächlich wegen "Beihilfe zur illegalen Einwanderung in einem besonders schweren Fall" die nächsten vier Jahre im Gefängnis verbracht.

Doch so richtig freuen konnten sich die beiden nicht. Denn im allgemeinen Jubel ging etwas unter, dass vor demselben Gericht ein fast gleich gelagerter Fall anhängig war. Und für die beiden Angeklagten, die anders als Bierdel und Schmitt keinen "Prominentenbonus" (Pro Asyl) genossen, sah es schlecht aus. Nur sieben Wochen später fällten die Richter in Agrigento auch in ihrem Fall ein Urteil: Die tunesischen Kapitäne Abdelbasseet Zenzeri und Abdelkarim Bayouth, die 44 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken bewahrt hatten, wurden in erster Instanz zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt.

Es ist nur ein Katzensprung zu den Bettenburgen von Monastir. Doch kaum einer der vielen ausländischen Badegäste, die an Tunesiens Strände kommen, verirrt sich je nach Teboulbah. Das Städtchen an der Ostküste hat nicht ganz das Zeug zum Touristenidyll, vielleicht ist das auch sein Glück. Abdelbasseet Zenzeri jedenfalls will hier

bleiben. Neulich wurde seine vierte Tochter geboren, kurz davor hat er sein Haus fertig gebaut und seit sieben Monaten hat der Fischer mit kurzen braunen Locken und einem ordentlich in Form gebrachten Bart auch endlich wieder ein Schiff, die „Habib Allah“, wengleich er dies noch einige Jahre lang abbezahlen muss. Wenn Zenzeri nicht fürchten müsste, in knapp vier Monaten nach einer Berufungsverhandlung in Palermo erneut zu einer Haftstrafe verurteilt zu werden, dann wäre seine Welt wohl wieder in Ordnung.

NUR LAMPEDUSA LAG NAHE GENUG

Im Mai 2011 sitzt Zenzeri, Ende dreißig, in einer hellbraunen Lederjacke in einem Teehaus an der Hauptstraße von Teboulbah und gibt wieder einmal einer Gruppe von Ausländern Interviews, neugierig beäugt von all den Männern die rundum in der Nachmittagssonne vor kleinen Teegläsern sitzen oder an kaputten Mofas herumschrauben. Wie Schmitt ist auch Zenzeri Kapitän, genau wie Schmitt hat auch er mit sechs weiteren tunesischen Fischern eine Gruppe schiffbrüchiger Afrikaner auf hoher See gerettet. Und genau wie der Cap Anamur-Besatzung soll auch Zenzeri dafür bestraft werden.

Am 8. August 2007 waren die Fischer um Zenzeri auf ein kaputtes Schlauchboot mit 44 Insassen aus dem Sudan, Eritrea, Äthiopien, Marokko, Togo und der Elfenbeinküste gestoßen. Das Boot trieb manövrierunfähig, bei schwerer See in maltesischen Hoheitsgewässern. Darin saßen auch zwei Kinder, eines von ihnen behindert, und zwei schwangere Frauen.

"Sie mussten so schnell wie möglich an Land. Es gab keine andere Möglichkeit", sagt Zenzeri. Die „Mohamed Ed Hedi“ und die „Morthada“, ihre beiden Boote, setzten "SOS" ab und nahmen Kurs auf das 40 Seemeilen entfernte Lampedusa. "Das war der nächste Hafen, nach Malta oder zurück nach Tunesien zu fahren, das hätte keinen Sinn gemacht."

Die von den Fischern informierten tunesischen Behörden schickten Faxe nach Rom und Malta. Mit Angaben der Koordinaten wiesen sie darauf hin, dass die zwei Boote 44 Schiffbrüchige gerettet hatten und diese teils ärztliche Hilfe brauchten. Da alle verfügbaren tunesischen Einheiten zu weit entfernt waren, baten sie die Nachbarländer "geeignete Maßnahmen einzuleiten".

Die italienische Küstenwache interpretierte dies auf ihre Weise. Sie schickte eine Patrouille.

Was dann geschah, schilderte Zenzeri später so: "Nach etwa eineinhalb Stunden kam die Guardia. Sie wollten die Menschen von unseren Booten auf's große Schiff holen, aber es ging nicht, weil das Meer fürchterlich war. Dann haben sie uns gesagt, dass wir ihnen folgen sollen. Etwa 17 Meilen vor Lampedusa kam ein Kriegsschiff. Sie schickten einen Arzt. Ein schwer krankes, behindertes Baby wurde ihm übergeben, aber er hat es wieder zurückgegeben, schon nach einer Minute, ich konnte es kaum fassen. Da war eine hochschwangere Frau, die fast am Sterben war. Als versucht wurde, diese Frau zu übergeben, wurde sie zurückgeschoben. Ich habe mich noch nie so schlecht gefühlt. Das Schiff der Guardia sagte uns, wir sollten ihnen fol-



↑ ABDELBASSEET ZENZERI MIT SEINER FAMILIE...

gen. Da bekam ich das Gefühl, dass da etwas nicht stimmt, ein ganz komisches Gefühl. Als wir die 12 -Seemeilen- Zone vor Lampedusa erreicht hatten, habe ich gestoppt. Ich sagte, dass da etwas läuft, was ich nicht verstehe. Dann kamen drei Schnellboote von der italienischen Seite und haben uns die ganze Zeit umkreist. Auf einem stand 'Ambulance', und man sagte uns, wir sollten Richtung Lampedusa weiterfahren. Daraufhin habe ich die Maschinen angeworfen, jetzt hatte ich eine klare Order, jetzt konnte ich fahren. Kurz vor Lampedusa sagten sie: jetzt haben wir euch."

FÜNF WOCHEN IM GEFÄNGNIS

Vertreter der italienischen Marine ihrerseits sagten später vor Gericht, dass Zenzeri und Bayouth "im Zick-Zack-Kurs" gefahren seien, um zu verhindern, dass die Küstenwache bei ihnen an Bord kommen konnte. Sie hätten sich geweigert, dem Befehl zur Umkehr Folge zu leisten.

Alle, die Zenzeri in den letzten Jahren besucht und darüber geschrieben haben, berichten das Gleiche: Dass ihn noch mehr als der Verlust seines Schiffes schmerzt, dass man ihn vor Gericht als Lügner bezeichnet hat.

Was an Land geschah, ist unstrittig: Die Tunesier wurden unter dem Vorwurf der "Beihilfe zur illegalen Einreise mit Profitzweck" verhaftet, ihre Boote festgesetzt. Ein "Ärzte ohne Grenzen"-Team untersuchte die geretteten Afrikaner, danach kamen sie in ein Internierungs-

lager. Die zwei Kinder wurden mit der Mutter und einer der schwangeren Frauen zur Behandlung nach Palermo geflogen. Fast fünf Wochen mussten die Fischer im Gefängnis bleiben.

Die Behörden suchten nach belastenden Indizien. Auf einem der Boote wurde ein Satellitentelefon gefunden. Die Fischer bestehen darauf, dass die Schlepper es den Afrikanern gegeben hatte, bevor sie diese auf dem Schlauchboot allein ließen. Hinzu kam, dass weder auf der „Mohamed Ed Hedi“ noch auf der „Morthada“ Netze oder Fang zu finden waren. Zeugen erklärten weshalb: Die Boote waren in einer Gruppe unterwegs, die Fischfang „a ciancio“ betrieben. Dabei handelt es sich um eine Art Treibjagd zur See. Mit starken Leuchten scheuchen kleinere Boote Sardinenschwärme auf und treiben sie so den eigentlichen Fangbooten zu. Es nützte nichts. Am 8. September berichtete die Tageszeitung "Il Giornale", dass es sich bei den Fischern um "Menschenhändler" handele.

„2 Wochen war ich komplett ohne Nachricht, ich wusste nicht, was passiert war," sagte seine Frau später zu Unterstützern. "Ich war damals schwanger mit meiner dritten Tochter und sehr in Sorge." Sie habe bei allen nachgefragt, die Fischer am Hafen hätten ihr erzählt, dass ihr Mann in Italien im Gefängnis ist, und dass es "sehr schwer werden wird, da wieder raus zu kommen." Der Bürgermeister habe gemutmaßt, es könne "zehn Jahre dauern".

Er irrte er sich. Am 10. September

kamen fünf der Fischer wieder auf freien Fuß. Sie durften nach Teboulbah zurückkehren. Die beiden Kapitäne wurden bei Padres des Combonianer-Ordens in Liccata auf Sizilien unter Hausarrest gestellt. Erst als eine Gruppe von 111 EU-Parlamentariern eine Petition für ihre Freilassung unterzeichnet hatte, wurden auch sie zwei Wochen später vorerst wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Schiffe „Mohamed Ed Hedi“ und „Morthada“, Grundlage der Existenz der Fischer, gaben die Behörden jedoch nicht wieder heraus.

"ICH BIN RUINIERT, MEINE FAMILIE IST ENTEHRT."

"Ich wurde beschuldigt, dass ich die Leute aus Libyen geholt und sie die ganze Zeit an Bord gehabt hätte," erinnerte Zenzeri sich später. Was folgte, war eine jahrelange, zermürbende Auseinandersetzung mit den italienischen Behörden. Auch die Lizenzen zur Hochseefischerei wurden beschlagnahmt und nicht erneuert. Jahrelang waren die sieben arbeitslos. Die Staatsanwaltschaft klagte sie schließlich wegen einfacher "Beihilfe zur illegalen Einreise" an – der Vorwurf der Profitabsicht wurde fallen gelassen.

Dennoch forderte die Staatsanwaltschaft drakonische Strafen: Drei Jahre Haft und 440.000 Euro Geldstrafe. Im Prozess vertrat der damals diensthabende Kommandant der italienischen Küstenwache die Auffassung, die Migranten seien nicht in Lebensgefahr gewesen. Deshalb habe es sich nicht um eine Rettungsaktion gehandelt. Es sei die Pflicht der Küstenwache gewesen, die Einfahrt in italienische Gewässer zu verhindern. Um die Tunesier zu entlasten, wollten ihre Anwälte die geretteten Afrikaner als Zeugen vorladen lassen. Doch dies gestaltete sich als schwierig, denn die hatten meist keine Aufenthaltserlaubnis. Am Ende durften zwei der 44 aussagen

2009, kurz vor dem Ende des ersten Prozesses hatte ihn ein Reporter der "Zeit" den damals arbeits- und bootslosen Zenzeri besucht. "Ich bin ruiniert, meine Familie ist entehrt", hatte er da gesagt. Einer Vertreterin der Hilfsorganisation Borderline Europe vertraute er an, sich "aufgehängt" zu haben, wenn es nicht

die Familie, die Kinder, gegeben hätte. Am Anfang nach seiner Rückkehr nach Tunesien habe man ihn hochgelobt, doch dann sei das Interesse schnell erloschen. „Die haben nur wissen wollen, was ich in Italien erzählt habe, das war alles.“ Alles habe er verkaufen müssen, sogar den Schmuck seiner Frau, um leben zu können. "Ich habe keine Arbeit und kann meine Kinder nicht ernähren. Ich lebe von Krediten und vom Betteln."

Der Prozess verlief indes überraschend. In seinem Schlussplädoyer sagte der Staatsanwalt: „Eine Sache ist ganz sicher zu Tage getreten: in einem festgelegten Punkt des Mittelmeers, zwischen der tunesischen und der lampedusani-schen Küste, haben zwei Fischerboote eine Gruppe von Migranten gerettet, die aus Libyen kommend versuchten, das Meer zu überqueren und an unsere Küsten zu gelangen. Das, so glaube ich, ist eine Tatsache, die sich durch die Aussage der zwei Migranten im Laufe des Verfahrens klar ergeben haben. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, dass es sich um ein in Havarie befindliches Schlauchboot handelte.“

„WIDERSTAND GEGEN KÜSTENWACHE UND EIN KRIEGSSCHIFF“

Der Vorwurf der Menschenhandlung war damit vom Tisch. Dennoch wollte man die Tunesier nicht davonkommen lassen. Denn „El Hedi“ und der „Morthada“ hätten sich den Befehlen, nicht in die nationalen Gewässer einzufahren und ihre Fahrt nicht nach Lampedusa fortzusetzen, widersetzt, sagte der



↑ ...UND IM HAFEN VON TEBOULBA

Staatsanwalt. Den Aussagen der Marine zufolge hätten sie "brüske Manöver" gefahren, den Kurs teils "um mehr als 10 Grad geändert" und so die Einheiten der Küstenwache daran gehindert, längsseits zu gehen. Die Marineschiffe seien dadurch ihrerseits gezwungen gewesen, "plötzlichen und gefährliche Manöver" zu fahren, um eine Kollision zu vermeiden. "All dies stelle "Widerstand gegen Schiffe der Küstenwache, Kriegsschiffe und die Staatsgewalt" dar. Die Staatsanwaltschaft forderte schließlich auch hierfür eine Bestrafung.

Am 17. November 2009 fällte das Gericht in Agrigento sein Urteil. Die Mannschaft und die zwei Kapitäne wurden der Beihilfe zur illegalen Einreise für unschuldig, erklärt. Die Mannschaft wurde von dem Vorwurf freigesprochen, Widerstand und Gewalt gegen ein Kriegsschiff und gegen die Staatsgewalt geleistet zu haben. Nicht so die Kapitäne Zenzeri und Bayoudh. Sie wurden wegen Widerstand und Gewalt gegen ein Kriegsschiff und gegen die Staatsgewalt zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft sowie zur Zahlung der Prozesskosten verurteilt.

Vier Monate später legten ihre italienischen Verteidiger Berufung ein.

Ein Jahr später, im April 2011, lud die Heinrich Böll Stiftung die beiden Kapitäne nach Berlin ein. "Grenzen der EU, Grenzen der Menschenrechte" hieß die Konferenz. Zenzeri kam mit Mohamed Amine Bayoudh, dem Sohn des bereits etwas älteren Abdelkarim Bayoudh. Der Sohn war einer der Besatzungsmitglieder der "Morthada". Vor hunderten Gästen schilderten sie ihren Fall. Ihr italienischer Anwalt gab Interviews, im Gegensatz zur Cap Anamur war ihr Fall in Deutschland nur wenigen bekannt. Bayoudh nutzte die Gelegenheit, in Europa zu bleiben. "Am Tag nach der Konferenz wollte er morgens ins Internetcafé. Dann war er weg," erzählt Zenzeri. Erst am nächsten Morgen kam die SMS: "Ich bin in Paris." Am Anfang war Zenzeri wütend, heute kann er Bayoudh verstehen. Zenzeri blieb das Problem, das Untertauchen seines Freundes der Stiftung zu erklären. "Die haben okay reagiert. Alle waren ganz froh, dass ihm nichts passiert ist," sagt er.

ERFOLGREICH EIN EXEMPEL STATUIERT

Vor seinem Haus in Teboulbah sitzt eine Gruppe von Jugendlichen. Es überrascht sie nicht, dass er Ausländer im Schlepptau hat, jeder hier weiß, was er getan hat. Sein Haus liegt hinter einer weißen Mauer und im Gegensatz zu der engen Gasse ist es recht geräumig. Den Bau hatten er und seine Frau vor der Rettungsaktion begonnen. Die Haft, die lange Arbeitslosigkeit, die Kosten für neue Boot haben ihn finanziell fast ruiniert. Doch seitdem er sich das Geld für das neue Schiff leisten und wieder fischen kann, haben sie wieder eine Perspektive. Von umgerechnet 250 Euro im Monat müssen er und seine Familie nach Abzug aller Kosten leben. "Aber das ist okay", sagt Zenzeri. Im Wohnzimmer steht ein großer Fernseher und etwas Goldnippes, es gibt ein Gästeklo, die älteste Tochter spielt mit einem Handy, Zenzeris Frau bringt Birnensaft. Im Gegensatz zu seinem ledigen Kollegen war Europa keine Option für ihn.

Er ist erleichtert, dass mit dem Sturz Ben Alis auch der örtliche Polizeikommandant untergetaucht ist. Als Angeklagten hatte das alte Regime ihn stets im Auge. Nun kann er sich wieder freier bewegen. Ob eine neue Regierung ihn ausliefern würde ist offen, sehr wahrscheinlich ist es nicht.

Ihm sei klar, dass an ihm erfolgreich ein Exempel statuiert wurde. "Alle hier wissen, was mir passiert ist. Natürlich haben die Leute Angst davor, in die Situation zu kommen, Schiffbrüchigen zu begegnen." Dies gelte auch für ihn. Was dann geschehen würden, sei für ihn klar: "Ich würde es wieder machen. Alles andere könnte ich niemals verantworten."

Ende September will das Appellationsgericht Palermo sein endgültiges Urteil gegen Abdelbaset Zenzeri und Abdelkarim Bayoudh sprechen. ○

↑ **CHRISTIAN JAKOB** ist Redakteur der „tageszeitung“. Er lebt in Bremen. Der Text ist ein Auszug aus dem von der taz herausgegebenen Band „Europa macht dicht“, der im Oktober im Frankfurter Westend-Verlag erscheint.

INTERVIEW MIT BEN YOUSSEF KARIM

„Die Erde kennt keine Grenzen“

DIE HILFSORGANISATION BENEVOLUS SAMMELT FÜR LIBYEN-FLÜCHTLINGE

Drei Zelte stehen am Rand der Avenue Mohammed V, einen Steinwurf entfernt von der libyschen Botschaft. 300 Meter weiter die demolierte, leer stehende RCD Zentrale, bewacht von Soldaten. Vor den Zelten sortieren einige Freiwillige Reis, Konservendosen und Medikamente. BENEVOLUS heißt die Assoziation, die sich gleich in den ersten Tagen nach Ausbruch der Aufstände in Libyen gegründet hat, um praktische Hilfe zu organisieren. Seitdem sammelt sie Spenden und organisiert den Transport in die tunesisch-libysche Grenzregion. **BEN YOUSSEF KARIM**, ein Arzt, der nach seiner Arbeit im Krankenhaus viel Zeit in und um die Zelte verbringt, hat sich Zeit genommen, um uns die Arbeit von BENEVOLUS zu erklären.

Wie habt ihr angefangen?

Das war gleich in den ersten Tagen nach den Aufständen in Libyen, so am 18./19. Februar. Viele von uns haben sich erst auf den Demonstrationen vor der libyschen Botschaft kennen gelernt. Wir haben abends diskutiert und wollten mehr tun als nur zu demonstrieren. Also haben wir spontan einen Spendenaufruf geschrieben und verbreitet. Zunächst für Medikamente und Lebensmittel. Schon seit langem kommen LibyerInnen aus gesundheitlichen Gründen nach Tunesien, weil das Gesundheitssystem dort so schlecht ist. Deshalb haben wir zunächst nach Medikamenten und allem was heilt gefragt. Die Reaktion der tunesischen Bevölkerung war unerwartet gut. Es ist schwer zu sagen, wie viele Menschen hier in den letzten Monaten waren, aber es waren sehr viele! Manche bringen einfach ein Paket Nudeln vorbei, weil sie selbst nicht viel mehr haben,

Wohlhabendere spenden oft auch große Mengen. Die Solidarität ist unbeschreiblich! Medikamente, Nahrung, Transportmittel, manche haben uns ihre Mithilfe angeboten, Ärzte sind runter gefahren um vor Ort zu helfen. In dieser Stimmung haben wir uns dann als Vereinigung gegründet. Im Sinne der „bonne volonté“, der Menschlichkeit, der Humanität - die wir sofort zu beweisen hatten. Diese erste Kampagne hat so zwei bis drei Wochen gedauert und war wirklich spontan aus der Situation heraus entstanden. Danach haben wir eine kleine Verschnaufpause eingelegt und Bilanz gezogen.

Und wie ist die ausgefallen?

Also zunächst hatten wir uns nur vorgenommen, die Spenden zu sammeln um sie dann den großen Organisationen zu übergeben, in der Hoffnung, dass sie dort gut aufgehoben sind. Wir hatten ja mit der Abwicklung einer solchen Kampagne keinerlei Erfahrung. Aber leider mussten wir feststellen, dass es viel Schwund gab. Wir haben LKW-Ladungen voll Spenden losgeschickt und vor Ort standen die Leute dann Stunden lang vor halb leeren Depots und haben später bei uns nachgefragt, wo denn die Sachen seien. Ich will jetzt gar nicht so in die Details gehen, auch weil wir nicht wirklich Beweise haben, aber während der Unterbrechung nach der ersten Phase haben wir dann überlegt, wie wir für die Sicherheit und die Zuverlässigkeit der Lieferungen sorgen können. Es wurde uns klar, dass wir uns besser organisieren müssen, und dabei haben sich für uns als Hauptprinzipien Zuver-

lässigkeit, Transparenz, und Glaubwürdigkeit herauskristallisiert. Diese werden wir bis aufs Blut verteidigen! Ohne diese Prinzipien läuft nichts mehr. Inzwischen sind wir ganz gut aufgestellt, jede/r hat sein/ ihr Aufgabengebiet, aber uns eint eine recht breite Plattform. Wir haben die Spontaneität und das Informelle der ersten Zeit gemocht, aber aus den eben genannten Gründen war es dann doch irgendwann notwendig, einen Verein zu gründen.

Und wie ging es dann weiter?

Die zweite Welle, begann so Mitte März damit, dass die Rebellen die Kontrolle über den Grenzübergang zurück erobert haben und die Grenze wieder für alle offen war. Davor hatten Gaddafis Truppen die Grenzen für eine Weile abgeriegelt. Während der ersten Zeit waren noch keine Flüchtlingscamps aufgebaut und die Spenden gingen an alle. Ägypter, Chinesen, Bangladeshi, AfrikanerInnen, aber inzwischen sind es überwiegend libysche Familien. Jeden Tag kommen um die 1000 Menschen über die Grenzen. Und die meisten bleiben am liebsten in der Grenzregion, um schnell wieder zurück zu können. Dies bringt uns ein wenig in Schwierigkeiten, weil die Kapazitäten dort gering sind. Doch die Menschen in der Grenzregion haben mit unglaublicher Gutherzigkeit und Menschlichkeit die Flüchtlinge aufgenommen, ihre Häuser geöffnet, obwohl sie selbst oft in finanziellen Schwierigkeiten sind. „Wir können ihnen unsere Häuser öffnen, ihnen Unterkunft anbieten, aber bitte helft uns mit Nahrung und der Versorgung“, haben sie uns gesagt. Diese zweite Welle ist

immer noch getragen von großer Spontaneität, wir sind aber inzwischen ein wenig besser angepasst und auf die Bedürfnisse eingestellt.

Wie wurden die Flüchtlinge denn verteilt?

Es wurden Zonen eingerichtet. Und immer wenn eine Zone voll war, sind neue Gegenden mit einbezogen worden. Tataouine, Zarzis, Djerba bis rauf nach Gabès. Und später sind dann die Flüchtlingscamps eingerichtet worden. Untergebracht wurde je nach lokaler Infrastruktur: wo es Hotels gab wegen des Tourismus in Hotels, sonst in Sporthallen, Gemeindehäusern und viel in Privathäusern. Wo es nichts gab, da wurden eben Zelte aufgestellt.

Die Bedürfnisse in den unterschiedlichen Gegenden variieren. In Privat-

häusern gibt es oft Decken und Matten, aber es fehlt an Nahrung, Hygieneartikeln und Medikamenten, manchmal auch Kleidung. Auf dem Land ist es anders als in den Städten und wieder anders als in den Camps. Wir verteilen die Spenden entsprechend der Bedürfnisse.

Die Gastfreundschaft der TunesierInnen, ist sie größer geworden im Laufe der Revolution?

Ja sicherlich ist sie mit der Revolution größer geworden, aber sie existiert schon seit langem. Sie ist in die tunesische Kultur eingeschrieben. Ein existenzieller Teil unserer Kultur ist die Gastfreundschaft. Auch die Touristen, die kommen, sind ja irgendwie Flüchtlinge. Mit der gleichen Gastfreundschaft mit der wir Touristen begrüßen, haben wir auch die libyschen Flüchtlinge auf-

genommen, die dies gerade so nötig brauchten.

Was denkst du über die Aufnahme der TunesierInnen in Italien und Frankreich?

Ach, mein Metier ist die Humanitäre Hilfe, nicht die Politik, insofern will ich mich eigentlich gar nicht so groß darüber auslassen. Ich bin weder Italiener noch Franzose, ich weiß nicht wirklich, woher solches Verhalten kommt; ob das Hass ist oder Angst, ich weiß es nicht. Aber eins weiß ich sicher: Menschlichkeit darf sich nicht so verhalten! Kein Mensch darf einen anderen, woher er auch stammt, welcher Religion er auch angehört und welche Hautfarbe er auch hat, so behandeln! Und es gibt kein Gesetz, weder von Gott noch von Menschen gemacht, was erlauben kann, dass Menschen so miteinander umgehen. Ganz egal ob jemand in Schwierigkeiten ist oder nicht. Die Erde ist für die Menschen da! Nirgendwo steht, dass sie nur für die Schwarzen oder für die Europäer oder nur für die Araber ist, jeder hat das Recht sich frei zu bewegen, wohin er will!

Es gibt Menschen die nach Norden reisen, um dort zu arbeiten, andere wollen sich die Zeit vertreiben oder wollen sich die Länder anschauen. Wieder andere fliehen aus Angst vor dem Tod und Krieg – alle Gründe sind legitim um sich zu bewegen. Wann immer man will und wohin man will! Das ist ein menschliches Grundrecht was bedingungslos respektiert werden muss. Und es gilt, ganz egal wie menschlich sich sonst benimmt. Dies ist das einzige Gesetz, was die Menschen regieren sollte! Und ich sage bewusst nicht die Länder, weil es sind wir, die Menschen, die die Grenzen gemacht haben - wir Menschen, die Politiker, aber es ist doch einfach die Erde. Im Laufe der Zeit haben sich zwar die Abstände zwischen den Kontinenten verändert, aber es ist die Erde geblieben. Und es sind wir, die die Landkarten mit den Grenzen zeichnen. Die Erde kennt keine Grenzen. ☉

↑ MICHEL HACKERT ist aktiv bei „Afrique Europe Interact“. Er lebt in Berlin.



↑ EINE BENEVOLUS AKTIVISTIN IN TUNIS GIBT EIN INTERVIEW

BÜRGERKRIEG

Flucht vor Gaddafi

ZU GAST BEI EINER LIBYSCHEN FAMILIE IN BEN GUERDANE

Im südtunesischen Ben Guerdane wollten wir uns mit einer aus Libyen geflohenen Familie treffen. Über Stunden hinweg war unklar, ob das Treffen zustande kommen würde oder nicht. Die vorgeschlagenen Orte und die Bedingungen wechselten halbstündlich. Zunächst hieß es keine Fotos und Filmaufnahmen, dann war unklar, ob wir uns überhaupt sehen könnten und schließlich waren wegen der Anwesenheit von Frauen mit Rücksicht auf die Tradition nur weibliche Besucherinnen erlaubt.

Diese Angst und Unsicherheit ist immer noch deutlich zu spüren, als wir uns schließlich doch in einer Wohnung, nicht weit vom Marktplatz, auf dem Teppich niederlassen. Eine Frau sitzt an die Wand gelehnt, um sie herum spielen zwei Kleinkinder und ein Säugling schläft. Die Stimmung ist angespannt, als Ibrahim*, der Familienvater, uns erneut erklärt, dass die Gesichter der Familie nirgendwo abgebildet werden dürfen. Wenn diese Photos nach Libyen kämen, würde dies seine Familie dort und möglicherweise auch hier in Tunesien in Gefahr bringen. Dann beginnt er seine Geschichte zu erzählen.

DIE FLUCHT

Ibrahim ist Händler, der in Libyen mehrere Geschäfte besaß, und seine Frau Hamida* unterrichtete an einer staatlichen Schule Arabisch. Sie kommen aus einer Stadt im Westen Libyens, etwa 50 km von der tunesischen Grenze entfernt, und gehören zur Volksgruppe der Berber, die es in beiden Ländern gibt. Der Familienvater ist seit drei Wochen

in Tunesien. Er hatte sich an Demonstrationen gegen Gaddafi beteiligt, bis die Situation immer unerträglicher wurde. Pro-Gaddafi-Anhänger wurden auf die Protestierenden angesetzt und schlugen diese zusammen. Es wurde für ihn und seine Familie unmöglich, ohne Angst das Haus zu verlassen. Das Regime führte eine Liste mit den Namen derjenigen, die bei Demonstrationen anwesend waren. Als dann begonnen wurde, gezielt nach bestimmten Männern zu fahnden, fiel Ibrahim seine Entscheidung. Der Vorwurf oppositioneller Tätigkeit zwang ihn zur Flucht. Er fuhr ohne seine Familie mit einem Boot los, sein Pass war nicht mit an Bord. Diesen Weg der Illegalität hatte er gewählt, um den libyschen Milizen zu entgehen, die in immer mehr Häuser eindringen. Auf dem Boot waren 17 Männer – davon vier von ihnen Deserteure (des Militärs). Sie hatten alle Angst vor dem Meer. Ibrahim kannte niemanden in Tunesien, als er in einem Hafen in der Nähe von Choucha ankam.

Die Gruppe wurde in das Camp Choucha gebracht, wo sie fünf oder sechs Tage blieb und schließlich von dort aus nach Ben Guerdane kam. Nach nur einem Tag im Camp hatte er schon Kontakte in die Stadt gehabt, erklärt Ibrahim. Ein libysches Komitee gegen Gaddafi holt libysche Flüchtlinge aus dem Camp und unterstützt diese auch finanziell. Dieses Komitee ist auch in 33 Städten in Libyen aktiv - unabhängig davon, ob der Ort momentan in den Händen Gaddafis oder Rebellen ist.

Ibrahim und die mit ihm gekommenen Flüchtlinge wurden zunächst für eine

Nacht bei einer Familie untergebracht und bekamen anschließend private Wohnungen vermittelt.

Zehn Tage nach Ibrahims Ankunft in Tunesien konnte seine Familie mit einem Taxi inklusive der Pässe und anderer Dokumente problemlos nachkommen. Der Flüchtling Ibrahim spricht davon, welche Gastfreundschaft, die sie in Tunesien erleben. Die schöne Atmosphäre, jeden Tag gebe es gemeinsames Essen und Kaffeetrinken – diese Gemeinsamkeiten, es sei fast wie in Libyen. Seine Frau, die Kinder und er könnten sich frei auf der Straße bewegen, einkaufen gehen – eigentlich ein ganz normales Leben führen. Sogar Verwandte aus Libyen waren schon zu Besuch da.

Plötzlich wird Ibrahim wütend, als ihm wieder einfällt, wie Gaddafi auch bis nach Tunesien hinein versucht die Atmosphäre zu vergiften, indem er Leute anwirbt und dafür bezahlt, Oppositionelle zu verfolgen. Er besinnt sich kurz und fährt fort.

DIE SITUATION IN LIBYEN

Die Stimmung in Libyen ist gespannt, auf den Straßen sind Militärfahrzeuge – es gibt nur „dafür oder dagegen“. „Es wird von dir der permanente der Beweis deiner Gaddafi-Treue gefordert, sonst kannst du in diesem Land nicht überleben“, erklärt Ibrahim. Auch die Frauen sind am Kampf beteiligt – ohne dabei die Tradition zu verletzen. Sie gehen nicht auf die Straße und führen Krieg, haben aber Waffen zu ihrer Verteidigung zu Hause.

Die gesamte Bevölkerung des Ortes, an dem diese Familie in Libyen lebte, ist



↑ **BEN GUARDENE IST EIN ZENTRUM DES ILLEGALEN GRENZHANDELS**

gegen den Despoten. Dennoch hatten sich viele aus Verzweiflung im Fernsehen gezeigt und behauptet, sie seien auf der Seite Gaddafis. Viele der BewohnerInnen sind BerberInnen wie sie. Aufgrund dessen werden sie in Libyen besonders diskriminiert. Sprachliche und kulturelle Heterogenität widerspricht dem Gaddafi-Dogma. Ibrahim macht es an einem Beispiel deutlich: „Wenn ein Polizist in einen Laden kommt und zwei Menschen unterhalten sich in einer anderen Sprache als Arabisch, heißt es sofort, sie würden schlecht über Gaddafi sprechen. Südlich von Tripolis leben viele Berber – vielleicht haben sie immer im Grenzgebiet gelebt, weil sie wussten, dass es irgendwann losgehen wird“, vermutet Ibrahim. Als die Familie Libyen verließ, hinterließ sie dort ein Haus mit all ihren Sachen. Inzwischen sind sie sich sicher, dass es von Gaddafi-Milizen geplündert und zerstört worden ist.

Auf die Frage nach der sozialen und ökonomischen Situation in Libyen beschreibt Ibrahim das absurde System Gaddafis. Der libyschen Bevölkerung wird Tag für Tag, Jahr für Jahr, gebetsmühlenartig eingetrichtert, dass sie die

Krone der Schöpfung sei und alle Welt auf sie schaue. Gleichzeitig wird ihr – mit Ausnahme einiger Privilegierter, die im Ausland studieren - Bildung völlig vorenthalten. Die Mehrheit der Bevölkerung hat nur die Grundschule besucht und keinen Beruf gelernt. Denn Arbeiten auszuführen sei in dieser Logik „den anderen“ zugeordnet. Die ca. 6 Millionen LibyerInnen bräuchten nicht zu arbeiten, da ja etwa 1,5-2 Millionen MigrantInnen fast sämtliche Arbeit verrichten – sowohl die schwere körperliche als auch die qualifizierte.

PERSPEKTIVEN?

Für Ibrahim ist es nur entscheidend, dass Gaddafi verschwindet. Wer dann käme, sei erst einmal unwichtig. Es seien diejenigen, die von Gaddafi wirtschaftlich profitieren, die ihn an der Macht hielten. Diejenigen, die bei seinem Sturz ihre Geschäfte verlieren würden. „Gaddafi ist ein Psychopath, der Lügen erzählt, aber nur bis hierher. Die Menschen hören auf ihm zu glauben. Vielleicht ist er am Ende auch gar kein Libyer?“ Wenn nun die NATO kommt und Bomben wirft, macht es die Lage

nicht einfacher. Gefragt nach Formen des subtilen Widerstandes wie Witzen, Theater oder Literatur, brechen Ibrahim und Hamida in heftiges Gelächter aus. „Allein der Gedanke in deinem Kopf, wäre schon zu viel!“

Über Hoffnungen und Zukunft zu sprechen, ruft bei Ibrahim und Hamida ein Zögern hervor. Ibrahim fasst es in vorsichtige Worte: „Nun, wir sind gläubige Menschen, und wir haben die Hoffnung, dass Gaddafi gestürzt wird, inshallah. Aber niemand weiß, wie lange das dauern wird...“. Ihr Wunsch ist es, in einer Demokratie zu leben, wie in Europa, ja wie in Deutschland. In einem Land, in dem Menschenrechte zählen. Eigentlich wollen sie nur zur Ruhe kommen und erzählen, wie es vor dem Krieg war und dass sie diesen Frieden wieder haben wollen.○

↑ **CONNI GUNSSER** ist im Flüchtlingsrat Hamburg und im Netzwerk Afrique-Europe-Interact aktiv. **ALICE ROMBACH** ist Soziologin und lebt in Leipzig

* Name geändert



↑ FLÜCHTLINGE HABEN SICH IN EINEM ZELT, DAS DER UNHCR ALS DEPOT NUTZT, EINGERICHTET

LAGER

Warten im Nichts

DIE FLÜCHTLINGE IM LAGER CHOUCHA HABEN NUR WENIG HOFFNUNG

„Wir haben hier jetzt 45° im Schatten, die Hitze ist unbeschreiblich, dazu oft Sandstürme.“ Emmanuell aus dem Kongo, den wir im Mai in Choucha kennengelernt hatten, klingt erschöpft, als wir ihn Mitte August wieder einmal anrufen. Die Handyverbindung ist nicht gut, aber wir können verstehen, was das größte Problem bleibt: das schier hoffnungslose Warten im Nichts, das allenfalls durch ein paar Gerüchte aufgewirbelt wird. „Es heißt, Ende des Monats könnten 200 Personen nach Norwegen ausgeflogen werden. Aber Konkretes erfahren wir nicht.“

Laut aktuellen Informationen des UNHCR (Stand 9. August) befinden sich noch 3200 Flüchtlinge im Wüstenlager Choucha, weitere 600 Zusagen für Resettlement (Neuansiedlung/Übernahme) gebe es momentan, davon 400 aus Nor-

wegen. Keine weiteren Zusagen aus der EU, keine einzige Flüchtlingsaufnahme aus Deutschland. „Wir müssen geduldig sein und hoffen,“ tröstet sich Abubakar, der als Vertriebener aus dem Bürgerkriegsland Somalia zumindest eine kleine Chance hat. Viele andere haben längst aufgegeben, weil ihr Antrag auf einen Flüchtlingsstatus vom UNHCR abgelehnt wurde oder die Befragung erst für Oktober terminiert wurde. Hunderte haben das Lager in den letzten Wochen verlassen, weitere planen es: zurück nach Libyen, mit der Absicht, einen Platz auf einem der überfüllten Boote Richtung Lampedusa zu ergattern. Das bleibt hochriskant, aber in der anhaltenden Bürgerkriegssituation zumindest relativ billig.

Der Appell „Voices from Choucha“, der Ende Mai veröffentlicht und mittlerweile von über 2000 Personen unterzeichnet

wurde (siehe folgende Seite), hat insofern an Aktualität nichts verloren. Die sofortige Aufnahme von Flüchtlingen aus Choucha wäre dringend geboten, von der EU ist aber offensichtlich nichts zu erwarten. Im Gegenteil: das Sterbenlassen auf See erscheint als kalkulierte Abschreckungsstrategie des europäischen Grenzregimes, Frontex wird mit noch mehr Geld und erweiterten Zuständigkeiten hochgerüstet. Bleibt zu hoffen und alles dafür zu tun, dass mit den „Schiffen der Solidarität“ (siehe Seite 55/56) eine transnationale praktische Initiative in Gang kommt, um verstärkten öffentlichen Druck gegen die unmenschliche EU-Migrationspolitik zu entfachen. ☉

↑ MICHEL HACKERT ist aktiv bei „Afrique Europe Interact“. HAGEN KOPP ist bei „Welcome to Europe“ organisiert.

Mai 2011: Protest und pogromartige Übergriffe in Choucha

Das Flüchtlingslager Choucha wurde als eines von vier Zeltcamps an der Grenze zu Libyen am 21. Februar vom UNHCR eröffnet. Ende Februar kamen täglich bis zu 13.000 Menschen hier an, im Choucha-Camp lebten damals bis zu 20.000 Menschen, vorwiegend aus Subsahara- und Ostafrika. Wir waren Mitte Mai als Reisegruppe zunächst nur drei Tage in dieser Region und führten Interviews mit einigen der dort feststeckenden Flüchtlinge und MigrantInnen. Wir fragten nach ihren Erfahrungen in Libyen und jetzt hier im UNHCR-Camp, in dem sich im Mai noch ca. 5000 Menschen befanden. Dabei tauschten wir auch einige Telefonnummern aus, um in Kontakt zu bleiben. Als wir gerade wieder in Tunis zurück waren, kam der erste Notanruf: Feuer war ausgebrochen im Lager, vier Menschen waren gestorben, die Stimmung war aufgebracht. Sofort fuhren einzelne aus unserer Gruppe wieder nach Choucha, führten erneut Inter-

views und dokumentierten die Proteste, mit denen die Betroffenen auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam machen wollten und ihre Aufnahme in Europa forderten. Dabei wurde auch mehrfach die Verbindungsstraße zum nahegelegenen Grenzübergang blockiert. Während wir versuchten, diesen berechtigten Protesten eine erste Öffentlichkeit in Deutschland und Europa zu verschaffen, eskalierte die Situation am nächsten Morgen, als mehrere hundert Anwohner aus der Nachbarstadt Ben Guerdane das Lager angriffen. Anlass für diese pogromartigen Übergriffe waren die Straßenblockaden, denn die gesamte Region lebt überwiegend vom Verkauf importierter Waren aus Libyen. Mitglieder unserer Delegation standen während der Ereignisse in Telefonkontakt mit BewohnerInnen des Camps und führten am folgenden Tag noch einmal über 60 Interviews. Aus diesen geht übereinstimmend hervor, dass entgegen an-

ders lautender Berichte das Militär mit Tränengas und Maschinengewehrsalven auf die sich selbst verteidigenden Flüchtlinge geschossen und damit die Übergriffe mit anschließender Plünderung und Inbrandsetzung des Zeltlagers unterstützt hat. Mindestens zwei Menschen wurden zu Tode geprügelt, viele Verletzte mussten in Krankenhäuser transportiert werden, auch dort konnten wir nochmals Interviews machen.

Das Forum für ökonomische und soziale Rechte in Tunis fordert eine Untersuchung dieser Vorfälle.

In verschiedenen Videoclips und Filmen, in Pressemitteilungen und Berichten sind die Zustände in Choucha, die Proteste der Flüchtlinge und MigrantInnen sowie die pogromartigen Übergriffe ausführlich dokumentiert.

Alle Materialien bzw. Links finden sich auf der Webseite von www.afrique-europe-interact.net im Blog zu Tunesien. ○



↑ PROTEST IM LAGER



↑ WÜSTENZELTLAGER CHOUCHA



↑ BLOCKADE DER DURCHGANGSSTRASSE



↑ INTERVIEWS MIT MIGRANTINNEN

AUFRUF

Voices from Choucha: Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen!

ONLINE UNTERSCHREIBEN AUF WWW.MEDICO.DE/CHOUCHA-APPELL

"Wir wollen hier weg! Europa muss helfen!" Die Forderungen auf den Pappschildern der Flüchtlinge und MigrantInnen an der tunesisch-libyischen Grenze sind eindeutig – und zwingend: 5000 Menschen warten seit Wochen und Monaten unter unerträglichen Bedingungen in dem Lager des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) in Choucha. Sie alle konnten dem eskalierenden Bürgerkrieg in Libyen entkommen.

Viele waren dort als ArbeitsmigrantInnen beschäftigt, andere hatten Zuflucht vor den Kriegs- und Krisenzonen im subsaharischen Afrika gesucht. Überlebende von gekenterten Flüchtlingsbooten begegnen in Choucha denjenigen, die sich aus Verzweiflung und allen Gefahren zum Trotz wieder Richtung libyscher Grenze auf den Weg machen, um die gefährliche Überfahrt nach Europa zu wagen.

Als vier Flüchtlinge aus Eritrea am 21. Mai 2011 bei einem Feuer in der improvisierten Zeltstadt starben, kam es zu spontanen Protesten und Straßenblockaden. Das tunesische Militär reagierte mit Tränengas, Anwohner überfielen das Lager. Mindestens zwei Flüchtlinge wurden erschlagen, viele trugen schwere Verletzungen davon.

Die Flüchtlinge in Choucha hoffen und hoffen auf Hilfe und Unterstützung durch den UNHCR, der in den letzten Wochen u.a. die europäischen Staaten mehrfach um die Aufnahme von zumindest 6000 Flüchtlingen aus Libyen gebeten hatte. Vergeblich. Vielmehr wird die europäische Grenzschutzagentur

Frontex verstärkt in Stellung gebracht und die neuen demokratischen Regierungen in Nordafrika werden mit Geldangeboten gelockt, damit sie auch in Zukunft die Wachhunde vor Europas Grenzen bleiben.

Die Situation in Choucha muss im Kontext der Vorverlagerung des europäischen Grenzregimes nach Nordafrika gesehen werden. In der Abwehr von Flüchtlingen und MigrantInnen haben die europäischen Staaten jahrelang schamlos mit den Despoten des Maghreb zusammengearbeitet, insbesondere mit Ben Ali in Tunesien und Gaddafi in Libyen. Nun wird zwar der demokratische Wandel begrüßt, aber all jenen die Hilfe verweigert, die in den tunesischen Flüchtlingslagern strandeten und für die es kein Zurück mehr gibt.

Die Stimmen von Choucha stehen für das verzweifelte Aufbegehren gegen eine Politik der flagranten Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich tagtäglich an vielen Brennpunkten der europäischen Außengrenzen abspielen. Ein Bruch mit dieser Politik ist notwendig, um das Sterben auf See und in der Wüste zu beenden.

Die Demokratiebewegungen in Nordafrika bieten die Chance für einen Neuanfang. Statt tödlicher Ausgrenzung und der Beschwörung grotesker Bedrohungsszenarien muss Offenheit und Solidarität die Zukunft des mediterranen Raumes prägen. Es braucht Brücken statt Mauern für ein neues afrikanisch-europäisches Verhältnis, damit Europa ein Raum wirklicher Freiheit, allgemeiner Sicherheit und der gleichen Rechte für Alle wird.

- ⊕ **Die Aufnahme von Flüchtlingen aus Choucha in Europa würde in diesem Sinne ein erstes, nicht nur symbolisches Zeichen setzen. Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf europäischer Ebene, in Bund, Ländern und Gemeinden auf,**
- ⊕ **Soforthilfmaßnahmen zur Flüchtlingsaufnahme zu ergreifen und die Flüchtlinge aus Choucha und den anderen vorübergehenden Flüchtlingslagern in Europa aufzunehmen.**
- ⊕ **Humanitäre Unterstützung jener Subsahara-MigrantInnen zu leisten, welche bereits aus Libyen bzw. Tunesien ausgeflogen wurden. Z.B. sind allein in Mali seit Beginn des Libyen-Kriegs über 10.000 Flüchtlinge angekommen.**
- ⊕ **Die bisherige Abschottungspolitik an den Außengrenzen zugunsten einer humanen und freizügigen Asyl- und Einwanderungspolitik aufzugeben, die im Einklang mit den Rechten von Flüchtlingen und MigrantInnen steht.**
- ⊕ **Die demokratischen Aufbrüche in Nordafrika ernsthaft zu unterstützen und sie als eine Chance zu einer veränderten Nachbarschaftspolitik zu begreifen.**

↑ PRO ASYL, MEDICO INTERNATIONAL, BORDERLINE EUROPE, AFRIQUE-EUROPE-INTERACT, WELCOME TO EUROPE, 31. MAI 2011



↑ PER BOOT RICHTUNG ITALIEN

FLUCHT AUS LIBYEN

Odyssee im Mittelmeer

TROTZ EINES SCHIFFBRUCHS VERSUCHTE EIN GHANAER ERNEUT, NACH ITALIEN ZU GELANGEN – MIT ERFOLG

Wir trafen Paul und seinen Freund Mamuda bei unserem ersten Besuch im Flüchtlingslager Choucha an der tunesisch-libyschen Grenze am 18. Mai 2011. Beide kommen aus Ghana, hatten aber schon vier bzw. sechs Jahre in Libyen gelebt.

Sie arbeiteten dort bei einer Ölfirma, Paul in einem Restaurant, zuletzt als dessen Chef, Mamuda als Maurer. Ihr Aufenthalt war legal und ihre Jobs waren relativ gut bezahlt, so dass sie Geld an ihre Familien in Ghana schicken konnten. Paul konnte sogar seine Frau aus Ghana nachholen, und sie wurde vor kurzem schwanger.

Paul und seine Frau lebten in Tripolis in einem überwiegend von Militärangehörigen bewohnten Stadtviertel, einer sogenannten residence area. Die Probleme begannen mit dem Krieg, als auch dieses

Viertel zunehmend von der NATO bombardiert wurde. Paul wollte eigentlich nicht weg aus Libyen, aber seine schwangere Frau bekam Angst vor dem eskalierenden Krieg. So beschlossen sie, per Boot nach Italien zu fahren. Sie starteten Anfang Mai von Libyen aus mit vier Fischerbooten. Pauls Frau war in einem Boot, das früher losfuhr als das von Paul und Mamuda. Sie schaffte es, nach Italien zu gelangen und meldete sich von dort bei Paul.

DER ERSTE VERSUCH, VON LIBYEN PER BOOT NACH EUROPA ZU KOMMEN...

Das Boot von Paul und Mamuda, das mit ca. 570 Menschen verschiedener Nationalitäten, darunter zwei schwangere Frauen und zwei kleine Kinder, völlig überladen war, hatte Probleme mit

dem Kompass, als sie sich Italien näherten. Sie trafen auf ein großes, graues Militärschiff mit französischer und italienischer Flagge. Um auf sich aufmerksam zu machen, schrien und winkten sie zuerst – vergeblich. Dann rammten sie das Schiff, und aufgrund der rauen See gingen vier Flüchtlinge über Bord und ertranken. Jemand von der Besatzung des grauen Schiffs – Männer in Militäruniform – fragte, was ihr Problem sei, worauf sie erklärten, dass sie Probleme mit ihrem Kompass hätten.

Die Leute auf dem Kriegsschiff sagten, sie könnten ihnen nicht helfen, aber Italien sei nicht weit, und sie sollten in die ihnen gewiesene Richtung fahren. Aber ohne funktionierenden Kompass konnte das Fischerboot nicht nach Italien gelangen. Während sie weiter auf dem

Meer herumirrten, trafen sie auf einen Öltanker, baten dort um Hilfe und gaben der Besatzung ihren Kompass, um ihn richtig einzustellen. Auch die Besatzung dieses Schiffs half den Flüchtlingen nicht, sondern sagte ihnen, sie sollten nach Tunesien zurückkehren.

Schließlich wurden sie von der tunesischen Küstenwache gerettet und ins Lager Choucha gebracht, wo sie ein paar Tage vor unserem Besuch ankamen. Sie wurden interviewt, vermutlich von MitarbeiterInnen des UNHCR- und/oder des Roten Halbmonds, und die tunesische Armee sagte ihnen angeblich, dass die französische Regierung sie nach Frankreich oder Italien bringen werde, was aber nicht geschah. Stattdessen hieß es irgendwann, dass sie in ihre Herkunftsländer abgeschoben würden.

... ENDETE IM LAGER CHOUCHA

Bei der Ankunft im Lager Choucha wird allen Flüchtlingen von der tunesischen Armee oder der IOM (International Organisation for Migration) der Pass abgenommen. Anfangs geschah das mit der Begründung, dass die IOM die Rückführungen in ihre Herkunftsländer organisieren müsse und die Pässe dafür brauche. Bei den meisten Flüchtlingen, die im Mai noch im Camp waren, ging es aber gar nicht darum, denn ein großer

Teil von ihnen kann wegen (Bürger-) Krieg, politischer Verfolgung oder aus anderen Gründen gar nicht zurück in ihr Herkunftsland. Selbst der UNHCR-Vertreter vor Ort gab zu, dass das Einbehalten der Pässe vor allem dazu dient, die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge einzuschränken, d.h. zu verhindern, dass sie weiter ins Landesinnere Tunesiens einreisen oder auf eigene Faust versuchen, nach Europa zu gelangen. Es wurde aber behauptet, dass diejenigen, die nicht den Schutz des UNHCR in Anspruch nehmen wollten, ihren Pass zurückbekommen und sich aus dem Lager entfernen könnten. Paul und Mamuda versuchten das bei verschiedenen Stellen – ohne Erfolg.

ZURÜCK NACH LIBYEN

Wir brachten die Paul und Mamuda auf ihren Wunsch an die libysche Grenze, da sie es im Lager unerträglich fanden und lieber in Libyen oder auf dem Meer sterben wollten als im Lager dahin zu vegetieren oder abgeschoben zu werden. Aber beim ersten Versuch wurden sie ohne Pass von den libyschen Grenzwachtern wieder zurück ins Lager Choucha geschickt. Beim zweiten Versuch schafften sie es dann auf andere Weise, wieder nach Libyen einzureisen und wollten dort eventuell noch einmal ver-

suchen, per Boot nach Italien zu gelangen. Paul versprach mir, mich anzurufen, wenn er in Italien sei.

Etwas eine Woche später erreichte ich Paul noch telefonisch in Libyen. Dort eskalierte der Krieg immer mehr, und Paul sah keinen anderen Weg als dies Land auf dem Seeweg Richtung Europa zu verlassen. Dann hörte ich lange Zeit gar nichts von Paul und fürchtete schon, er sei unter Bomben oder auf dem Meer gestorben. Aber am 15. Juni 2011 erhielt ich einen Anruf von Paul – aus Bari in Italien! Er berichtete mir – zuerst per Handy, dann per e-mail, wozu er ohne Pass in Italien in Internet-Cafés keinen Zugang bekommt, so dass es nur über Leute mit Papieren möglich ist -, dass er in Tripolis einen Freund traf, der ihm eine zweite Bootsreise finanzierte, denn er selbst hatte kein Geld mehr. Mit Leuten, die schon ein eigenes Boot gefunden hatten, verließ er am 26. Mai 2011 Libyen und sie erreichten am 28. Mai Lampedusa.

DER ZWEITE VERSUCH

Von seiner Bootsreise nach Italien hat Paul Fotos und Videos aufgenommen. Sie waren 347 Menschen an Bord des kleinen Schiffes. Am ersten Abend trafen sie in tunesischen Gewässern ein Fischerboot und baten die Besatzung, ihren Kompass richtig einzustellen, aber das wurde ihnen verweigert. Bis zum nächsten Morgen irrten sie auf dem Mittelmeer herum. „Mit der Hilfe Gottes trafen wir einen Delphin, der uns in zwei Stunden in italienische Gewässer führte“, schreibt Paul in seiner mail. Dann fuhren sie noch fünf Stunden allein weiter, bis sie einen Fischer trafen und ihn fragten, wo sie seien, denn sie hatten Probleme in ihrem Boot: Der Treibstoff ging zu Ende, und die Kurbelwelle war gebrochen. Der Fischer sagte, sie seien in italienischen Küstengewässern und es sei 18 Uhr abends, sie sollten warten, da das Boot nicht mehr fahrtüchtig sei. Er rief die Seenotrettung in Italien an, und eine Rettungsmannschaft kam innerhalb von zwei Stunden von Lampedusa, nahm die boat people mit auf diese Insel und brachte sie dort in das Lager für „illegale Migranten“, wie Paul schreibt.



↑ AUF DEM MITTELMEER



↑ BOOT MIT 347 MENSCHEN

IN ITALIEN – ABER WIE WEITER?

Am 31. Mai wurde Paul von dort zusammen mit anderen Flüchtlingen nach Taranto /Manduria gebracht, wo er fast drei Wochen in einem Lager verbrachte. Von dort wurden sie am 13. Juni 2011 nach Bari/Apulien verlegt, wo Paul und andere Flüchtlinge jetzt in einem (wohl ziemlich heruntergekommenen) Hotel wohnen. Seine Frau konnte er bisher nicht ausfindig machen, und Rechtsanwältinnen, deren Telefonnummern ich ihm schickte, konnte er noch nicht erreichen oder tref-

fen. Es sei nicht klar, wie es mit seinem Aufenthalt weitergehe und er suche dringend Unterstützung. Vermutlich ist er einer von Tausenden, die in Italien angekommen sind und denen die Abschiebung droht. Dass er eine schwangere Frau in Italien hat, dass er seit Jahren in Libyen und nicht mehr in seinem Herkunftsland lebte, welche Odyssee und was für Strapazen er hinter sich hat – all das interessiert die europäischen Behörden nicht. Aber vielleicht ein paar Menschen, die seine Geschichte lesen?

P.S.: Pauls Geschichte bis zur Ankunft im Lager Choucha haben wir auch mit der Kamera aufgenommen. Das Video ist unter <http://vimeo.com/25494317> und auf www.proasyl.de anzusehen. ©

↑ **CONNI GUNSSER** ist im Flüchtlingsrat Hamburg und im Netzwerk Afrique-Europe-Interact aktiv.

ITALIEN

Auf der anderen Seite

NOTSTANDSPOLITIK ALS ANTWORT AUF FLÜCHTLING AUS NORDAFRIKA

Biblischer Exodus, das waren die Worte des italienischen Innenministers Maroni, als im Februar 2011 die ersten 5000 Flüchtlinge aus Tunesien auf Lampedusa ankamen. Im Juli sind es gerade einmal um die 50.000 Flüchtlinge, die das Eiland erreicht haben, mehr als die Hälfte von ihnen sind Migranten und Flüchtlinge, die Libyen aufgrund des Krieges, an dem sich Italien beteiligt, verlassen mussten. Doch die Ankunft der Tunesier gab Gelegenheit, erneut mit einer Notstandsgesetzgebung zu reagieren: Ein Erlass folgte dem nächsten, um die „emergenza“, den Notstand, zu begründen und damit Tür und Tor für Rechtsbrüche zu öffnen. Der Notstand erlaubt es, europäische Richtlinien auszusetzen (z.B. die Rückführungsrichtlinie, die eine grundsätzliche Verhaftung und kollektive Abschiebung erst einmal nicht zulässt), der Zugang zu allen Flüchtlingseinrichtungen wird am 1. April für die Presse und Organisationen, die nicht explizit im Erlass benannt sind, verboten. Ein Dekret aus dem Monat April 2011 besagt, es herrsche Notstand in Nordafrika (!) – Italien erlaubt sich, zu bestimmen, wo es welche Krisen auf der Welt gibt.

DER GESCHÜRTE NOTSTAND

Im März und April 2011 verfolgte die Regierung die Strategie, den Notstand künstlich zu schüren, um Unterstützung aus der Europäischen Union zu erhalten. Alle ankommenden Tunesier wurden auf Lampedusa festgehalten und somit ein Notstand auf der Insel provoziert: 6000 Flüchtlinge ohne Unterkunft und Versorgung, nicht einmal 6000 Einwoh-

nerInnen auf einer Insel, auf die alle Lebensmittel und Wasser gebracht werden müssen. Doch die EU ließ sich nicht erpressen. Italiens Regierung änderte ihre Strategie. Anfang April wurde in einem weiteren Ministerialerlass festgelegt: Wer bis zum 5. April eingereist ist, kann Aufenthaltspapiere für 6 Monate beantragen, diese sind in ganz Europa gültig. Ein Aufschrei geht durch die Länder. Frankreich macht seine Grenzen faktisch dicht, denn dahin möchten viele der oftmals frankophonen Tunesier weiterreisen. Absurde Situationen entstehen.

PAPIERE UND ABSCHIEBUNGEN

Tunesier werden mit dem „permesso“ für 6 Monate aus den blitzartig entstandenen Auffanglagern entlassen, in die man sie letztendlich geschafft hatte, doch niemand fühlt sich verantwortlich für ihre Weiterreise. Einerseits will die italienische Regierung die Migranten loswerden, doch dann lässt man sie keine Züge besteigen. Die Situation eskaliert an den sizilianischen Bahnhöfen, wo sich immer mehr Tunesier einfinden, die ohne Geld keine Chance auf Weiterreise haben. Die Kommunen sorgen nicht für Unterkünfte, tagelang campieren die Migranten in Wartesälen und auf den Bahnsteigen. Für jede einzelne Gruppe muss die Weiterfahrt von Flüchtlingsorganisationen und AktivistInnen vor Ort erkämpft werden. Meist erhalten sie dann nur Tickets bis Rom, wo der Kampf erneut losgeht.

Am 30. April treffen wir Mohamed, einen jungen Tunesier, der eigentlich in Italien bleiben wollte. Nach mehreren

Tagen auf dem Bahnhof von Trapani, Sizilien, glückt es endlich, Tickets gen Norden zu besorgen. Mohamed fährt nach Modena in Mittelitalien. Doch er begreift, dass er hier wenig Chancen hat, also schließt er sich einer Gruppe von Tunesiern an, die nach Nizza fahren wollen. An der Grenze kontrolliert man sie nicht, erst in Nizza werden sie aus dem Zug geholt und für drei Tage auf eine Polizeistation verbracht. Dann geleitet die französische Polizei sie zurück an die italienische Grenze. Italienische Kollegen übernehmen und bringen die Gruppe nach Rom. Auf dem Flughafen lässt man die inzwischen völlig eingeschüchterte Gruppe Papiere unterzeichnen, die sie nicht verstehen, drückt ihnen 200 Euro in die Hand und setzt sie in ein Flugzeug nach Tunis.

Als wir Mohamed in Tunesien wieder treffen, kann er sich immer noch nicht erklären, was da vor sich ging. Wir haben inzwischen begriffen: Man hat die Gruppe die freiwillige Ausreise unterzeichnen lassen, als Beweis dafür gab es 200 Euro, niemand kann sich im Nachhinein beschweren. Doch Mohamed hatte einen „permesso“, er wollte nicht zurück. Nun denkt er daran, wieder ein Boot zu besteigen und es erneut zu versuchen. Doch das ist gefährlich.

KEINE ERLAUBNISSE MEHR

Inzwischen gibt es keine Aufenthaltserlaubnisse mehr. Die neue Regierungsstrategie ist, tunesische Flüchtlinge zu isolieren und möglichst lange auf Lampedusa festzuhalten, bis man sie in Abschiebungshaft verlegen oder aber direkt abschieben kann. Der tunesische

Konsul in Palermo bestätigt fast jeden, und so fliegen sie, oftmals nach wochenlanger illegaler Haft auf Lampedusa oder in einer Haftanstalt, zurück nach Tunis. Die Haftzeiten auf Lampedusa werden nicht von einem Richter bestätigt – das Auffanglager auf Lampedusa ist rechtlich auch gar keine Abschiebungshaftanstalt – das Festhalten der tunesischen Migranten, und mit ihnen aller maghrebischer Migranten, ist rechtswidrig. Was also bleibt? Die meisten tunesischen Flüchtlinge stellen inzwischen einen Asylantrag. Oder äußern zumindest den Wunsch, dies tun zu wollen. UNHCR und ARCI (eine Organisation, die Zugang zum Lager hat) setzen sie auf Listen und übergeben diese der Ausländerbehörde. Diese jedoch stellt als erstes eine Zurückschiebungsverfügung aus, damit werden auch potentielle Asylsuchende in Abschiebungshaft überführt. Als es Anfang Juli zu einem Haftprüfungstermin in der neuen Notstandsabschiebungshaftanstalt Chinisia auf Sizilien kommt, heißt es lapidar, der UNHCR könne die Listen der potentiellen Antragsteller nicht an den Richter faxen. Sie sollten einen neuen Antrag stellen – und damit weiterhin in Haft

verbleiben.

ITALIEN ALS MODELLPROJEKT

Auch die Flüchtlinge, die sich aus Libyen auf den Weg nach Italien machen, haben derzeit massive Probleme, ihre Rechte durchzusetzen. Viele von ihnen werden auf Sizilien in das neu eröffnete Großlager Mineo gesperrt, 2000 Plätze, mitten in der Landschaft, Busfahrten in die nächste, 10 Kilometer entfernte Stadt kosten Geld. Die Asylkommission tagt so selten, dass es Jahre dauern wird, bis die Anträge behandelt werden. Besonders schlimm ist die Situation für die Flüchtlinge, die aus anderen Zentren Italiens in dieses neue „Modellprojekt Europa“, wie es der damals zuständige Migrationskommissar bei der Eröffnung nannte, verlegt werden. So hatten sie z.B. schon ein Jahr auf ihren Bescheid in einem anderen Zentrum gewartet, nun geht in Mineo alles von vorne los. Die Wut, aber auch die Depressionen steigen. Es gab mehrere Selbstmordversuche. Straßenblockaden, Feuer und andere Formen der Proteste nehmen zu.

Besonders schlimm trifft diese ganze chaotische Neuregelung die unbegleiteten Minderjährigen. Wochenlang werden

auch sie auf Lampedusa festgehalten, da es angeblich keine Einrichtungen für sie gibt. So ist der Zivilschutz, der das Migrationsmanagement in ganz Italien übernommen hat, auf alle möglichen Unterstützergruppen zugegangen: „Wollt ihr nicht ein paar aufnehmen? Es gibt auch gutes Geld.“ Ein neuer Erlass auch hier, und der besagt, dass man mit einem unbegleiteten minderjährigen Flüchtling 80 Euro am Tag verdienen kann. Gutes, schnelles Geld, keine Transparenz, keine Überwachung. Was derzeit in Italien passiert, kann nur als absolute Rechtlosigkeit bezeichnet werden. Könnte man den Flüchtlingen einen besseren europäischen Staat empfehlen, der sie aufnehmen, man täte gut daran. ○

↑ **JUDITH GLEITZE** ist Mitarbeiterin von Borderline Europe auf Sizilien. Borderline hat vom 11. bis 25. Juni eine weitere Reise nach Tunesien unternommen und dazu den Bericht "Flüchtlinge, Fischer, Abgeschobene – eine Recherchefahrt durch Tunesien in Zeiten des libyschen Krieges" veröffentlicht. Er ist unter folgendem Link zu finden: http://www.borderline-europe.de/downloads/2011_07_Fluechtlinge_Fischer_Abgeschobene.pdf



↑ **HANDSCHLAG MIT DEM DIKTATOR: SILVIO BERLUSCONI UND MUAMMAR AL-GADDAFI**

FRANKREICH

Schengen außer Kraft gesetzt

TUNESISCHE MIGRATION IN PARIS UND MARSEILLE

Seit Februar 2011 sind zwischen 25.000 und 35.000 tunesische Staatsbürger über das Mittelmeer nach Italien gekommen. Die Umbrüche in Nordafrika lösten Migrationsbewegungen aus, die zum Teil mit den politischen Umwälzungen zusammenhängen, aber vor allem, weil der erhebliche polizeiliche Verfolgungsdruck, der zuvor auf „illegalen Auswanderungskandidaten“ lastete – der Versuch zu außergesetzlicher Migration oder sogar die Diskussion darüber konnte unter Ben 'Ali im Gefängnis enden - nach der Revolution zeitweilig nachgelassen hatte. Viele junge Tunesier in den Küstenstädten wie Zarzis, die bis dahin die ablegereiten Boote ständig aus der Nähe beobachten, aber von einem Abstecher auf die Nordseite des Mittelmeers höchstens träumen konnten, nutzten die Gelegenheit. Bevor sich das (nur kurze Zeit geöffnete) Zeitfenster nach wenigen Wochen wieder schloss, wagten sie den Versuch einer Überfahrt.

Anfang April 2011 hatte die Berlusconi-Regierung in Italien alle Tunesier, die vor dem Stichtag 05. April eingereist waren, mit sechs Monate gültigen, befristeten Aufenthaltstiteln ausgestattet. Hintergedanke dabei war, einerseits schnell zu einer Vereinbarung mit der tunesischen Übergangsregierung über eine zukünftige Migrationskontrolle zu kommen, andererseits aber das vermeintliche „Problem“ innerhalb der EU an Nachbarländer weiterzureichen.

Insgesamt 3.500 der neu zuwandernden Tunesier sollen in den darauf folgenden Tagen und Wochen von Italien aus nach Frankreich gelangt sein. Von

Anfang an wurden diese Migrationsbewegungen in der französischen Debatte als immense Bedrohung beschworen. Die konservative Tageszeitung Le Figaro sprach von einem raz-de-marée (einer Flutwelle oder Sturmflut), und die rechts-extreme Politikerin Marine Le Pen - seit Januar 2011 Parteichefin des Front National, als Nachfolgerin ihres Vaters Jean-Marie Le Pen - beschwor eine „Invasion“. Am 25. Februar des Jahres forderte sie wörtlich, die französische und italienische Marine sollten die Boote der Migranten „in internationale Gewässer zurückschicken“. Dies bedeutete nicht anders als die Forderung, die Menschen auf den Flüchtlingsschiffen ertrinken zu lassen. Später, und infolge der durch ihre Sprüche hervorgerufenen Reaktionen, versuchte Le Pen diesen Eindruck von Brutalität zu korrigieren: Ihre Forderung sei mitempfinden „inhuman“, vielmehr fordere sie, die Marine der europäischen Mittelmeerlande solle die Migrantenboote in Empfang nehmen und bis an die Küsten Nordafrikas „zurück begleiten“. Als Echo auf Marine Le Pen forderte eine Abgeordnete der konservativen Regierungspartei UMP, Chantal Brunel, kurz darauf wörtlich: „Auf ihre Boote setzen und zurückschicken!“ Premierminister François Fillon distanzierte sich jedoch angesichts wachsender Proteste von ihren „unglücklichen“ Äußerungen.

Trotz allem gelang es einer kleineren Anzahl von über Lampedusa auf den europäischen Kontinent eingereisten tunesischen Migranten, nach Frankreich und bis in dessen Hauptstadt zu gelangen. In Paris versammelten sich ab Ende April zwischen 200 und 500 tunesische Neu-

zuwanderer im Parc de la Villette, dem futuristisch gestalteten Ausflug- und Ausstellungspark im Pariser Nordosten. Viele von ihnen schliefen dort unter freiem Himmel, oder wachten, weil sie aus Angst vor der Polizei nicht schlafen konnten und froren. Spontan organisierte sich die Solidarität, von manchen Anwohnern, auch von vielen tunesischen Einwandererfamilien aus den an den Park angrenzenden Städten Paris und Pantin. Die Wohltätigkeitsvereinigung „Eine Chorba für alle“ - Chorba ist ein nordafrikanisches Suppengericht - brachte Essen vorbei, tunesische Familien veranstalteten am letzten Aprilwochenende einen Riesen-Couscous.

Doch die Situation der Migranten blieb sehr prekär. An einem der letzten Abende verhaftete die Polizei während der Armenspeisung durch „Eine Chorba für alle“ 80 von ihnen auf einen Fleck. Gnädigerweise ließen die Beamten, nachdem sie gezielt während der Essensausgabe aufgetaucht waren, die Leute ihren Teller noch auslöffeln, wie in den Medien extra betont wurde. Die Haftprüfungsrichter, denen die Tunesier an den folgenden Tagen vorgeführt wurden, um ihre Überstellung in Abschiebehaft zu prüfen, fanden die Bedingungen der Massenfestnahme allerdings sehr wenig grundrechtskonform. Sie sorgten dafür, dass alle festgenommenen Tunesier wieder freigelassen wurden.

Unterdessen spielten Frankreich, Belgien und Italien miteinander „Ping-pong“ mit den Migranten, wie diese es ausdrücken, hinzufügend, dass sie genug davon hätten, „als Spielball zwischen den Staaten zu dienen“. Am 12. Mai

2011 einigten die Regierungen sich auf EU-Ebene darüber, die Wiedereinführung von nationalen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums zu „erleichtern“. Der „Kompromiss“ vom 12. Mai sieht nun vor, „im Falle massiver Migrationsströme“ die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen hinzunehmen, die ansonsten die Ausnahme bleiben sollen.

Tunesier wurden im Laufe des Mai 2011 von der belgischen Grenze nach Paris oder Marseille zurückgeschickt. Frankreich hat seinerseits mehrere Hundert der Migranten nach Italien zurückgeschickt, was allerdings innerhalb von 48 Stunden durch die dortigen Behörden akzeptiert werden muss. Ansonsten hat der französische Staat die Position angenommen, dass den Leuten schlicht keinerlei Hilfe zu gewähren sei, egal ob sie auf der Straße schlafen oder an Hunger leiden, und nicht einmal Notaufnahmen für Obdachlose ihnen helfen dürfen. Auf diese Weise würden sie sich schon fortetekeln lassen, so denkt man offenkundig. Dies ist mindestens insofern absolut illegal, als sich auch einzelne Minderjährige unter den neu eingereisten Tunesiern befinden, die nach internationalen Regeln besonderen Schutz genießen müssten. Kritiker wie etwa die derzeit aktiv gewordenen Antirassismus-

gruppen meinen, die rechte Regierung fürchte sich offenkundig vor allem davor, dass die Tunesier einen „revolutionären Virus“ mitbringen, und dass andere Leute sich an ihnen „anstecken“ könnten. Durch den harten staatlichen „Empfang“ hatte sich jedoch gleichzeitig eine kleine Solidaritätsbewegung rund um die Tunesier gebildet.

Mehrere hundert junge Tunesier nahmen, gekennzeichnet durch Fahnen ihres Landes, in einem eigenen Block zwischen internationalistischen und antirassistischen Gruppen an der diesjährigen 1. Mai-Demonstrationen in Paris teil. Am Abend des 1. Mai besetzten sie dann, unterstützt durch Autonome und Antirassisten, ein leer stehendes öffentliches Gebäude an der Avenue Simon Bolivar im 19. Pariser Bezirk. Es wurde jedoch drei Tage später unter Anwendung von erheblicher polizeilicher Brutalität geräumt. Das letzte unter den weiteren, durch Tunesier besetzte städtische Gebäude in Paris – eine Turnhalle in der Rue de la fontaine du roi im 11. Bezirk – wurde am 06. Juli durch die Polizei geräumt und die Räumlichkeiten wurden verschlossen. Im Laufe des Monats wurde tunesisch-französischen Bürgerrechtsgruppen jedoch durch das Pariser Rathaus ein Büro für ihre Beratungstätigkeit unter den tunesischen Neuzuwanderern

zur Verfügung gestellt. Das „rot-grün“ geführte Pariser Rathaus verfolgt eine etwas ambivalentere Politik als die französische Zentralregierung und stellte den tunesischen Migranten einerseits Sachmittel zur Verfügung. Andererseits jedoch beharrte sie stets darauf, eine enge Kontrolle über ihr Kollektiv zu behalten und bot etwa nur auf jeweils 24 Stunden befristete Übernachtungsplätze in Notunterkünften ein, aber keinen möglicherweise „selbstverwalteten“ Wohnraum.

„In Zukunft werde ich die Europäer und Westler, die als Touristen zu uns kommen und bislang immer willkommen waren, mit anderen Augen sehen“, vertraute ein junger Tunesier dem Verfasser dieser Zeilen an. Minuten, bevor am 04. Mai das damals von Migranten und Unterstützer/innen besetzte Gebäude in Paris geräumt wurde und uns beiden Plastikfesseln angelegt wurden. Einer von uns beiden kam für drei Stunden in Polizeigewahrsam zwecks Personalienfeststellung, der andere mutmaßlich in Abschiebehaft.

„DER HAT EINFACH MEINEN AUSWEIS ZERISSEN...“ – AHMED AUS ZARZIS

Marseille im April 2011. Während noch im Januar Tausende in Solidarität mit den Aufständen in Tunesien auf den Strassen waren, hielt sich die Begeisterung über die Ankunft einiger hundert TunesierInnen drei Monate später in Grenzen. Auf der Porte d' Aix, einem Platz nahe des Bahnhofs, mehrte sich ab Mitte April die Zahl campierender junger Männer, die meisten ausgerüstet mit einem italienischen Schengen-Visum und jeder Menge Hoffnung, in Frankreich Arbeit zu finden. Es waren diejenigen, die nicht bei Verwandten oder Freunden untergekommen waren.

Einige Assoziationen versorgten sie mit dem Notwendigsten, vereinzelte AnwohnerInnen boten Schlafplätze an oder die Möglichkeit sich zu waschen. Die Menschenrechtsliga und eine neu gegründete tunesische Vereinigung verhandelten mit der Stadt über Übernachtungsmöglichkeiten. Patrique Menucci (PS), Bürgermeister des Innenstadt-Bezirks, forderte auf einer Pressekonferenz



↑ TUNESIER-DEMO IN FRANKREICH. FOTO: ANTOINE WALTER

den Präfekten auf, nachts die Turnhalle einer nahe gelegenen Schule zur Verfügung zu stellen. Während die Verhandlungen darüber noch liefen, begann die Polizei mit einer Menschenjagd. Plätze wurden umstellt und die anwesenden TunesierInnen zur Personalienfeststellung festgenommen, die meisten inhaftiert. „Wir müssen verhindern, dass Marseille ein bevorzugter Anlaufpunkt für Tunesier wird. Deshalb haben wir die Polizeipräsenz vor Ort verstärkt.“ wusste der für Chancengleichheit zuständige Delegierte Raphael Le Mehaute die Aktion zu begründen. Die vorgezeigten Schengen-Visa galten nichts, manche wurden von Polizisten noch vor Ort zerissen.

Nachdem AnwältInnen zunächst über gefundene Verfahrensfehler die Freilassung der Inhaftierten erzwingen konnten, wurden viele der Nachfolgenden gar nicht mehr dem Richter vorgeführt, sondern direkt am Morgen nach der Festnahme ohne Anhörung an die italienische Grenze zurück gebracht.

Auf einer eilig einberufenen Solidaritätsversammlung fanden sich mehr als 60 Menschen aus einem beeindruckend

breiten Spektrum zusammen. Wie sich herausstellte, leider zu breit, um arbeitsfähig zu werden. Außer einigen kleinen Solidaritätskundgebungen wurde nicht viel auf die Beine gestellt.

In spontaner Solidarität hatten am Tag der Razzien die BesetzerInnen eines schon vor der Räumung stehenden besetzten Hauses entschieden, ihre Tore zu öffnen und eine Notunterkunft einzurichten. Matrasen und Nahrungsmittel wurden organisiert, gemeinsam gekocht, abends im Hof Filme gezeigt und viel diskutiert. Dabei fiel die Verständigung nicht leicht. Es gab kaum eine gemeinsame Sprache. Handy-Videos von den Demonstrationen in Tunesien konnte für Momente eine Brücke schlagen. Aber nicht nur die Sprache war das Problem. Viele der Neuangekommenen waren zum ersten Mal weg von zu Hause, die wenigsten waren vorher politisch organisiert; anarchistische Selbstorganisation und Plenumskultur war für die meisten fremd und zweitrangig.

„Ich bin nicht hier um tagelang zu diskutieren – ich will eine Arbeit finden!“ sagte Nasser am Rande einer Versamm-

lung. Vier Wochen dauerte das Projekt, dann wurde in einem zweiten Anlauf versucht, mit einer kleineren Gruppe gemeinsam ein neues Haus zu besetzen. Die UnterstützerInnen-Kerngruppe hatte sich sehr verkleinert, alle Beteiligten waren erschöpft. Aber auch dieser Versuch scheiterte. Diesmal daran, dass zu viele mitkamen und es nicht möglich schien, Menschen vor die Tür zu setzen.

Einige Tage später wurde das erste Haus von der Polizei geräumt, die noch darin Verbliebenen festgenommen. Das Zweite wurde noch eine Weile lang – verdeckt – von Tunesiern bewohnt. Heute, zwei Monate später, gibt es in der Stadt mehrere kleine, versteckte, besetzte Häuser in schlechtem Zustand, in denen sich Tunesier aufhalten. Viele sind weiter gereist, andere wieder zurück. Wer „freiwillig“ ging, dem wurde ein Ticket und 300€ mit auf den Weg gegeben. ○

↑ **MICHEL HACKERT** ist aktiv bei „Afrique Europe Interact“. **BERNARD SCHMID** ist Jurist bei einer antirassistischen NGO in Paris, freier Journalist und Autor.



↑ **NORDAFRIKA-DEMO IN FRANKREICH. FOTO: ANTOINE WALTER**

DISKUSSIONSFRAGMENTE AUS DER SOLIDARITÄTSARBEIT

Auf der Suche nach Verbindungslinien

DIE NORDAFRIKANISCHEN REVOLTEN STELLEN UNSERE POLITIKMUSTER RADIKAL INFRAGE. GERADE DESHALB MÜSSEN WIR VON IHNEN LERNEN

Die Funken, die von den arabischen Ländern herüber wehen, wollen in der BRD nicht recht zünden. Und die Bewegungen, die – inspiriert von den arabischen Aufständen – in Spanien, Griechenland und Israel entstehen, scheinen so weit weg zu sein, als fänden sie auf einem anderen Planeten statt.

Was bedeutet das für uns, die wir Feuer gefangen haben, einen historischen Umbruch zu erkennen glauben, von dem wir seit Jahren nicht mal mehr zu träumen wagten?

In Göttingen haben wir im Februar 2011 das „Soliplenum Revolten“ gegründet, eine offene Diskussions- und Aktionsgruppe, die bislang überschaubar klein geblieben ist. Wir haben – meist gut besuchte – Veranstaltungen organisiert, einen Aktionstag auf dem Marktplatz initiiert, und einige von uns sind im Mai nach Tunesien gereist. Wir haben dort Kontakte geknüpft und das für Ende September geplante Transnationale Treffen mit vorbereitet. Und wir haben diskutiert: Wie können wir uns hier auf die „Arabellion“ beziehen? Was bedeutet Internationale Solidarität in diesem neuen Kontext? Dazu einige Anmerkungen:

1. Als Erstes kommt es darauf an zu lernen. Auch für uns kamen die Revolten überraschend. Wer hätte schon gedacht, dass sich ein zunächst kleiner Aufstand in der Peripherie der Peripherie, in Sidi Bouzid im tunesischen Hinterland, erst zu einer politischen Revolution und dann zu einem Flächenbrand mit ungeahnten Dominoeffekten in der ganzen Region auswächst? Es

kann nicht darum gehen, die Prozesse dort unseren Kategorien unterzuordnen, sondern wir müssen den Stimmen erst einmal zuhören, die von den Aufständen berichten. Sei es in direktem Kontakt, sei es über die neuen sozialen Medien und die diversen Blogs. Hier erfahren wir aus dem Inneren der sozialen Erhebungen, wie diese die ganze Politik und das eigene Leben umschmeißen.

2. Die neuen Revolten stellen viele unserer gängigen Politikmuster radikal in Frage: sie sind selbst organisiert und kommen ohne Avantgarde, ohne „Leader“ und Sprecher aus. Es entwickeln sich neue Bewegungsformen, sowohl was die Aneignung des öffentlichen Raumes angeht wie auch den Umgang miteinander. Und all das ohne Modelle und Vorbilder, vieles wird neu erfunden – und meist von Leuten, denen der politische Raum bislang fast komplett versperrt war.

3. Eine wichtige Verbindungslinie ist der Kampf für die Bewegungsfreiheit der Migrant-Innen und Flüchtlinge und gegen das mörderische Grenzregime, dazu mehr in anderen Artikeln diese Broschüre.

4. Soliarbeit hier, im „Herzen der Bestie“, bedeutet für uns ganz klassisch: Vorgehen gegen die Unterstützung der Konterrevolution wie Export von Waffen und Überwachungstechnologie; gerade angesichts der (noch?) nicht entfalteten sozialen Kämpfe hier ein überaus sinnvolles Terrain für Aktivitä-

ten, die auch in den arabischen Ländern als positive Signale der Unterstützung wahrgenommen werden. In Göttingen wurde aus Protest gegen die Lieferung von Leopardpanzern an das saudiarabische Regime kurzzeitig das CDU-Büro besetzt. Auch Recherchen über die Profiteure des Ausbeutungsgefälles sind sehr sinnvoll, gerade angesichts der massenhaften Streiks in diversen arabischen Ländern.

5. Nötig ist daneben aber auch analytische Arbeit, die Suche nach passenden Begrifflichkeiten: Welches sind die globalen Hintergründe der aktuellen Revolten? Können wir gemeinsame Gegner ausmachen? Kann es hier ähnliche Kämpfe in einigen Sektoren geben, wie z.B. im Bildungssystem oder auf dem Terrain der prekären Beschäftigung? Und wo liegen die Unterschiede?

Dazu hier ein Ausschnitt aus einem Diskussionspapier das in unseren Zusammenhängen entstanden ist:

„Den Hintergrund der aktuellen Kämpfe bildet die globale Austeritätspolitik – Politik der strengen Haushaltsführung und des Sparens – die z.B. durch Privatisierungen zu einer enormen Konzentration des Reichtums im globalen Maßstab geführt hat. Dies gilt auch für die BRD. Was in Tunesien und Ägypten zum Verjagen der Despoten geführt hat, führt in der BRD und in anderen europäischen Ländern zu einer weit verbreiteten Politikverdrossenheit, die sich entweder nationalistisch aufgeladen oder als rasante basisdemokratische Selbst-



↑ **MASSENPROTESTE UND PLATZBESETZUNGEN - EIN MODELL AUCH FÜR DEUTSCHLAND?**

organisation bislang politikferner Schichten manifestiert.

Eine Folge der Austeritätspolitik, die als Ursache für die arabischen Aufstände eine besondere Rolle spielte, ist der völlige Ausschluss der Jugendlichen vom Arbeitsmarkt und damit von gesellschaftlicher Partizipation. Die neoliberale Konzentration auf die Exploration von Bodenschätzen und die Auslagerung der Billiglohnproduktion in andere Länder bedeutete für die nordafrikanischen Ökonomien, dass ihr Bildungssektor nicht mehr als sozialer Puffer fungieren konnte: Das System produzierte eine ganze Generation von arbeitslosen oder prekär beschäftigten HochschulabgängerInnen. Gerade aus dieser Schicht kommen viele AktivistInnen der arabischen Revolutionen.

**NEUE ORTE
KOLLEKTIVER INTELLIGENZ**

Dies ist die periphere Rückseite der metropolitanen Wissensgesellschaft, deren Bildungseinrichtungen im Kern zu Inwertsetzungs-Instanzen für den globalen Produktionsprozess mutiert sind. In den südeuropäischen Kämpfen spielt die Universität als widerständiger Ort demnach nur noch eine untergeordnete

Rolle im Vergleich zu den neuen Orten kollektiver Intelligenz: dem Syntagma-Platz und der Plaza del Sol.

Das emanzipatorische Versprechen humanistischer Bildung hat aufgehört von Relevanz für die Kämpfe zu sein. Stattdessen entpuppen sich Bildung und Wissenschaft als abhängig von den Inwertsetzungsstrategien des globalen Kapitals. Dies bedeutet für den nordafrikanischen/arabischen Raum eine Entwertung, für die BRD hingegen eine Inwertsetzung von Bildung beziehungsweise Wissensproduktion.

Bei alledem ist festzuhalten, dass die Kämpfe keinesfalls bloße Resultate des Austeritätsangriffs sind. In den Kämpfen, in ihrer Organisation, ihrer Zusammensetzung und ihren Formulierungen, erkennen wir, dass es die Menschen selbst sind, die die Geschichte machen. Aber sie machen dies nicht allein aus sich selbst heraus, sondern in Konfrontation mit den Angriffen auf ihr Leben und Überleben.“

DER MOMENT DER ÜBERRASCHUNG

Mourad aus Ettadhamen, einer Vorstadt von Tunis, antwortete in einem Interview auf die Frage, welche Art von Unterstützung unsererseits hilfreich sein

könne: „Wenn ihr in eurem Land für eure eigenen Rechte kämpft, bei euch gibt es doch auch keine richtige Demokratie!“ Sehen wir also die Chance, dass die Funken des Aufstandes auch in der BRD eine neue Aufständigkeit entfachen? Wir wissen es nicht. Fest steht allerdings: die neuen Aufstände auf beiden Seiten des Mittelmeeres lagen zwar wohl in der Luft, sie haben eine Vorgeschichte und soziale Wurzeln, aber: Geplant waren sie nicht.

Die neuen Aufstände tragen den Moment der Überraschung in sich, auch für ihre Akteure; die rasanten Ausweitungen zu Massenbewegungen, ihre unglaubliche Mobilisierungskraft und ihre Inspirationen über alle Grenzen hinweg waren für niemanden absehbar. Für uns kann das nur heißen: nichts ist ausgemacht! Es gilt aufmerksam zu sein, wo sich etwas regt, damit wir dabei sind, wenn es losgeht und wieder lernen mit anderen als gleiche unter Gleichen zu kommunizieren. Das bedeutet für uns ganz konkret, von den arabischen Revolten zu lernen. ○

↑ **SOLIPLENUM
REVOLTEN GÖTTINGEN**

BOOTSAKTION

Gegen Frontex und den Tod im Mittelmeer

IM OKTOBER STARTET EINE SOLIDARITÄTSFLOTTE

„Schiffe der Solidarität - das Sterben in Mittelmeer stoppen“ – so lautet der deutsche Titel einer transnationalen Initiative, mit der Gruppen aus Europa und Nordafrika die dramatische Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen zwischen Libyen/Tunesien und Malta/Italien verstärkt zum öffentlichen Thema machen wollen. Ab Oktober sollen Boote starten, um ein Monitoring zwischen der libysch-tunesischen Küste und den Inseln Lampedusa und Malta einzuleiten, Öffentlichkeit über die Vorgänge auf dem Meer herzustellen und im Notfall auch Betroffene zu retten.

Eine neue "Cap Anamur" erscheint kaum realisierbar, nicht nur, weil die Besatzung dieses Schiffs, das 2004 Flüchtlinge in Seenot aufnahm und schließlich nach Sizilien brachte, genauso wie wenig später tunesische Fischer erst nach jahrelangen Prozessen vom Vorwurf des Menschenschmuggels freigesprochen wurde. Die Boote, die in den letzten Monaten von Libyen starten, sind meist mit Hunderten von Menschen überladen. Um diese zu retten, bräuchte es Kapazitäten wie die des spanischen NATO-Schiffs, das im Juli 2011 über 100 boat people an Bord nahm, aber trotz öffentlichem Druck war kein EU-Land bereit, sie aufzunehmen. Stattdessen wurden sie schließlich auf NATO-Befehl nach Tunesien gebracht.

Europäische Regierungen lehnen die Aufnahme von Flüchtlingen rigoros ab. Aussagen von Überlebenden häufen sich, dass die Rettung von Bootsflüchtlingen bewusst verweigert und deren Tod offen-

sichtlich in Kauf genommen wird. Die EU setzt auf Abschreckung und verstärkt den Druck auf die (Übergangs-)Regierungen der nordafrikanischen Länder, ihre Küsten in Kooperation mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex lückenlos zu kontrollieren und boat people zurück zu nehmen - egal, von wo sie kommen und wie sehr z.B. Länder wie Tunesien mit der Aufnahme von etwa einer halben Million Libyen-Flüchtlingen überlastet sind. Diese erbarmungslose Politik öffentlich anzuprangern, soll eine der Aufgaben der Bootsinitiative sein.

Doch die Aktion unter Beteiligung politisch-kultureller Prominenz könnte und sollte mehr als nur einige mediale Wellen schlagen. Der offensive Schritt zielt darauf, die Re-Installierung des vorverlagerten Wachhund-Regimes zumindest zu stören. Für uns steht die Aktion im Zusammenhang mit dem nach unserer Tunesienreise Ende Mai 2011 zusammen mit medico international und Pro Asyl veröffentlichten Aufruf „Voices from Choucha: Fluchtwege öffnen – Flüchtlinge

aufnehmen“. Er wurde inzwischen von über 2000 Menschen unterzeichnet.

Die Boots-Initiative benötigt zuallererst Boote und Geld und sucht breite und prominente Unterstützung. Nachfolgend die erste vom Netzwerk Migreurop veröffentlichte Ankündigung. Mittlerweile formiert sich ein transnationales Vorbereitungscommittee. Aus mehreren europäischen wie auch afrikanischen Ländern wird Unterstützung und Beteiligung signalisiert, in Deutschland hat sich eine Kontaktgruppe aus verschiedenen Netzwerken gebildet. Wer genauere und aktuelle Informationen erhalten oder auf lokaler, bundesweiter oder auch internationaler Ebene mitarbeiten möchte, melde sich bitte bei der folgenden Adresse: CHOUCHA-APPELL@ANTIRA.INFO

WEITERE INFORMATIONEN UNTER:

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET/

WWW.MIGREUROP.ORG/ARTICLE2004.HTML?LANG=FR



↑ **BOOTSFLÜCHTLINGE IM MITTELMEER. FOTO: BORDERLINE EUROPE**

DOKUMENTATION

Schiffe der Solidarität – das Sterben im Mittelmeer stoppen

AUFRUF VON MIGREUROP

⊕ **Seit Beginn der Krise in Libyen im Februar 2011** sind mehrere hunderttausend Menschen von dort geflohen. Am 14. Juni hat die Internationale Organisation für Migration (IOM) eine Million Flüchtlinge gezählt, die Libyen verlassen haben, davon 500.000 nach Tunesien, mehr als 300.000 nach Ägypten und 70.000 nach Niger.

⊕ **Jeden Tag kommen Flüchtlinge an in Tunesien**, um in bereits überfüllten Lagern zu landen. Mehrheitlich kommen sie aus Ländern aus Subsahara-Afrika, in denen es Konflikte gibt, wie Somalia, Sudan, Eritrea oder der Elfenbeinküste und können nicht dorthin zurück gebracht werden. Sie leben unter immer schwierigeren Bedingungen, zu denen das zunehmende Risiko der Destabilisierung des Landes, das sie aufgenommen hat, hinzukommt.

⊕ **Diese Flüchtlinge sitzen zwischen allen Fronten**: Das Regime Gaddafis instrumentalisiert die Migrationsfrage, indem es Tausende von Menschen auf seeuntüchtige Boote zwingt, während zahlreiche Afrikaner, die verdächtigt werden, Söldner der Regierung von Tripoli zu sein, Opfer von Angriffen von Seiten der Rebellen des

CNT (Nationaler Übergangsrat) sind. Die Staaten der Koalition scheinen andererseits keine Verbindung herzustellen zwischen ihrer Militärintervention und der Flucht dieser Menschen. Die Europäische Union hat immer noch keine Initiative ergriffen, um sie aufzunehmen oder diejenigen zu retten, die auf dem Meer in Not geraten. Im Gegenteil, sie verstärkt die Überwachung ihrer Grenzen, indem sie die Grenzschutzagentur Frontex einsetzt, und die Schiffe der Koalition leisten boat people keinerlei Hilfe.

⊕ **Nach Angaben des UNHCR** sind seit Februar diesen Jahres mehr als 2000 Menschen im Meer als tot oder vermisst gemeldet worden.

⊕ **Zahlreiche Organisationen üben Druck** auf die europäischen Institutionen aus, Maßnahmen zur Aufnahme von Flüchtlingen zu ergreifen, den Ländern, in denen sie gezwungen sind, zu bleiben, zu helfen und dieses Blutbad im Mittelmeer zu beenden.

⊕ **Versammelt in Cecina** (Italien), haben die euromediterranen Organisationen zur Verteidigung von MigrantInnen die Entscheidung getroffen, Schiffe zu mieten

mit der Mission, eine Überwachung auf dem Meer durchzuführen, damit endlich Menschen in Gefahr Hilfe geleistet wird. Sie wollen auch die Institutionen der EU und die Regierungen auf beiden Seiten des Mittelmeers auffordern, endlich Beziehungen herzustellen, die basieren auf Austausch und Gegenseitigkeit innerhalb dieses gemeinsamen Raums.

⊕ **Diese Flottille** (Gruppe von Schiffen) wird politische Persönlichkeiten, JournalistInnen, KünstlerInnen und Verantwortliche der Partnerorganisationen dieses Projekts an Bord haben.

⊕ **Eine solche Aktion** von einer derartigen Größe wird nur Sinn machen, wenn breit dafür mobilisiert wird.

⊕ **Organisationen, Gewerkschaften, politisch Verantwortliche**, Seeleute, JournalistInnen, KünstlerInnen und alle an dieser Initiative interessierten Menschen sind eingeladen, sich auf die mailing-Liste « Aufruf zur Intervention im Mittelmeer » (appel intervention Méditerranée) setzen zu lassen:

MIGREUROP07@YAHOO.IT

AUSBLICK

Mediterranean Precarious Connections

ANKNÜPFUNGSPUNKTE FÜR TRANSNATIONALE ORGANISIERUNG

Gebannt schaute die gesamte Welt Anfang des Jahres 2011 auf Nordafrika und den arabischen Raum, auf die Aufstände und Revolten, die innerhalb kürzester Zeit Diktaturen stürzten und auf immer neue Länder übergriffen. Immer wieder wurde besonders von westlichen Beobachtern betont, wie überraschend, wie unerwartet diese Revolten und der Sturz der "ewigen Autokraten" waren. Auch wir waren überrascht, und begeistert, wie schnell Ben Ali und Mubarak vertrieben wurden, und wie schnell diese Dynamik durch den plötzlichen Aufbruch vieler Tausend Tunesier Richtung Lampedusa auch das europäische Grenzregime – zumindest momentan – erschütterte. Unsere spontane Begeisterung wandelte sich bald in ein handfestes Interesse, mehr über die Migration wie auch die Revolution in Tunesien zu erfahren und Möglichkeiten gemeinsamer Kämpfe auszuloten.

Auf der Suche nach GesprächspartnerInnen stießen wir einerseits auf vertraute Strukturen wie Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, NGOs, kurzum auf sozio-politische AkteurInnen, die unter Ben Ali zumeist klandestin oder höchst vorsichtig agieren mussten, in ständiger Gefahr schwebten, kriminalisiert, verhaftet und gefoltert zu werden und deren Strukturen jederzeit zer schlagen werden konnten. Manche beschreiben das Existieren dieser Strukturen als Voraussetzung für den Erfolg der Revolution in Tunesien. Andererseits wurde die Revolution ebenso von neuen, scheinbar flüchtigen, doch in der Zeit der Revolution sehr robusten Netzwerken vorangetrieben, wie etwa den BesetzerInnen

der Kasbah, den BloggerInnen und NetzaktivistInnen wie auch den Netzwerken der arbeitslosen Jugendlichen, die sich nie formal institutionalisiert haben und teilweise einen solchen Schritt sogar ablehnen. Während unseres Aufenthalts in Tunesien haben wir eine hochpolitisierte Gesellschaft in einer post-revolutionären Dynamik erlebt. Insofern ist diese Broschüre nur eine Momentaufnahme. Was wir im Mai gesehen haben, muss ein paar Monate später schon nicht mehr gültig sein. So ist diese Broschüre auch vor allem als Einladung gedacht, sich selbst einzubringen und die weitere Entwicklung zu begleiten.

Asef Bayat beschreibt die nicht-institutionalisierte Organisation von unten als "social non-movements" und bezieht sich damit auf die Netzwerke des alltäglichen Lebens, die sich anders als die westlich geprägten sozialen Bewegungen weder formalisieren noch eine klare Agenda formulieren oder eine eng definierte Kommunikation mit der Öffentlichkeit pflegen. Seine Beschreibung ist gleichzeitig eine Kritik an der Sozialen Bewegungsforschung innerhalb der Soziologie, welche aus der scheinbaren Nichtexistenz westlich geprägter politischer und sozialer Organisationsformen in den Gesellschaften des Nahen Ostens den falschen Schluß zieht, dass diese statisch und monolithisch seien und damit per se keine revolutionären Transformationen hervorbringen könnten. Der arabische Frühling hat diese These endgültig als falsch entlarvt.

Nun bewegen wir AutorInnen uns in unserem politischen Alltag – aus gutem Grund – selbst mehr in Prozessen der

netzwerkförmigen Dynamik als in institutionalisierten Organisationen, weswegen uns die Kraft der Vernetzung von unten keineswegs überrascht, sondern vielmehr bestätigt hat. Dennoch lesen wir in der an die scientific community gerichtete Kritik Bayats eine produktive Aufforderung, uns selbst von vorgeprägten Schemata zu lösen und vor allem den direkten Kontakt zu den ProtagonistInnen sozialer Dynamik zu suchen, und dies insbesondere nicht nur zu Zeiten erhöhter medialer Aufmerksamkeit, und selbstverständlich auch dort, wo wir unseren eigenen Lebensmittelpunkt haben.

VERNETZEN UND...

Doch die Revolution schläft nicht, und es geht nicht nur darum, allgemein Überlegungen und Appelle zu verfassen. Denn es gibt auch sehr konkrete Anknüpfungspunkte in der nächsten Zeit, die einige Punkte, die in dieser Broschüre angesprochen wurden, fort schreiben. So heterogen und teilweise unverbunden wie die verschiedenen sozialen Bewegungen in Nordafrika und Europa noch seien mögen, es gibt für die kommenden Monate einige vielversprechende Bemühungen, die vielfältigen Trennlinien und Ungleichzeitigkeiten zu überwinden und eine unmittelbare Gemeinsamkeit der Kämpfe herzustellen.

Gleich drei transnationale Konferenzen sind in Vorbereitung, zunächst Mitte September in Barcelona und dann Ende des gleichen Monats zweimal in Tunis. Im Mittelpunkt der ersten beiden Treffen stehen die Kämpfe gegen die Prekariisierung, für Bewegungsfreiheit, für die

Freiheit des Wissens sowie die Frage neuer Organisationsformen. Im Aufruf nach Tunis heißt es:

„Wir, StudentInnen, prekäre ArbeiterInnen und AktivistInnen aus Europa und Nordafrika, haben uns in Tunis getroffen, um unser Wissen zu teilen und einen Prozess der gemeinsamen Kämpfe zu starten. Die Kämpfe, die in den letzten Monaten in Nordafrika ausgetragen wurden, haben zu der gesamten Welt gesprochen, weil die fehlende Zukunft für die neue Generation im Zentrum der Konflikte stand. Die vorderste Linie dieser Kämpfe wurde durch die neue Generation gestellt, die immer die erste ist, die kämpft, aber die als letzte gehört wird. Im Kontext der globalen Wirtschaftskrise gibt es viele Parallelen in den Gründen, warum wir auch in Europa kämpfen und warum Ben Ali und Mubarak verjagt wurden.“

Das dritte Treffen findet vom 30. September bis 1. Oktober 2011 findet unter dem Titel „Rethinking migrations: for a free movement in the euro-mediterranean space“ statt.

...HANDELN

Sowohl in Barcelona als auch in Tunis wird ein Vorschlag zur Sprache kommen, den die spanischen Netzwerke initiiert haben: ein Aufruf zu einem transnationalen Aktionstag am 15. Oktober 2011. Insofern stehen die Chancen gut, dass sich gleichzeitige Mobilisierungen in Südeuropa und Nordafrika offensiv aufeinander beziehen werden.

Voraussichtlich ebenfalls am 15. Oktober stechen in Rom die „Schiffe der Solidarität“ in See, um das tagtägliche Sterben auf dem Mittelmeer sowie das dafür verantwortliche EU-Grenzregime anzuprangern. Mit einer „Flotilla“ kleinerer Schiffe wird versucht werden, Monitoring und öffentliche Anklage, Begleitung von Boatpeople und notfalls auch Rettungsinterventionen zu kombinieren. Die zunächst auf drei Wochen angelegte Aktion soll unter Beteiligung politisch-kultureller Prominenz bis nach Tunesien führen, mit Zwischenstationen in Sizilien, Lampedusa und Malta. Mit

diesem euro-afrikanischen Kooperationsprojekt geht es nicht allein um die unmittelbare Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, sondern auch um eine Vertiefung der Vernetzung und Zusammenarbeit im mediterranen Raum, die letztlich auf globale Bewegungsfreiheit zielt.

DIE GRENZE ENTSCHÄRFEN

In gleicher Orientierung steht eine Idee für eine politische Kampagne, an dessen Ausarbeitung auch wir als Redaktionsgruppe beteiligt sind, und der zunächst im Rahmen der genannten Konferenzen in Barcelona und Tunis zur Debatte gestellt werden soll. Dabei zielen wir auf die Verstärkung der Verbindungen über das Mittelmeer, zwischen Afrika und Europa. Der stärkste Ausdruck dieser neuen Verbindungen wäre die Abschaffung der Grenzen im Mittelmeer, doch sehen wir derzeit keine starke politische Initiative in eine solche Richtung. Die EU bemüht sich um die Aufrechterhaltung des vorverlagerten Grenzregimes, und auch wohlklingende Initiativen wie Sarkozys Mittelmeerunion haben keinswegs zum Ziel, bestehende Ungleichgewichte und Ausgrenzungen zu beseitigen.

Aus diesem Grund möchten wir eine Initiative zur Abschaffung des Visaregimes im Mittelmeerraum diskutieren. Konkret soll allen BürgerInnen der Mittelmeerstaaten grundsätzlich und uneingeschränkt die Möglichkeit der visafreien Einreise in die EU ermöglicht werden. Dabei verstehen wir diesen Vorschlag nicht als Endpunkt einer politischen Entwicklung, sondern als einen ersten starken Schritt in Richtung der Aufhebung der Grenzen und zur Rekonstitution eines mediterranen Raums der freien Zirkulation von Personen und Wissen. Dabei geht es uns auch um eine historische Perspektive: Die tödlichen Grenzen im Mittelmeer sind nur wenige Jahrzehnte alt und könnten schnell wieder eine kurze, wenngleich schreckliche Episode einer jahrhundertealten Geschichte der Bewegungsfreiheit sein.

Wir greifen dieses Mittelmeer auch als Produkt einer Vernetzung von unten. Daher wenden wir uns explizit gegen eine beschleunigte Vorverlagerung der

EU-Grenzen in Richtung des subsaharischen Afrikas durch eine wie auch immer geartete Inklusion der Mittelmeerstaaten in das territoriale Projekt der EU. Es geht uns um die Wiederherstellung sich überlappender Räume mit eigener Geschichte, politischer Konstitution und sozialer Konfiguration. Insofern ist der Vorschlag zur Visafreiheit im mediterranen Raum auch Teil einer notwendigen, grundsätzlichen Neubestimmung des Verhältnisses zwischen den Kontinenten Europa und Afrika.

Nichtsdestotrotz handelt es sich erst einmal um einen pragmatischen Vorschlag. Wir machen uns keine Illusionen, dass er geeignet wäre, all die skandalösen Konsequenzen der Grenzen Europas abzustellen. Basierend auf einer breiten Kampagne wäre er jedoch eine Möglichkeit, nicht nur die Zementierung der Grenzen, sondern auch die Politiken, die sie hervorbringt, in Frage zu stellen, die Legitimität von Grenzen endlich breit diskutieren zu können und eine Umkehr in der europäischen Politik einzuläuten. Es geht also darum, die Grenze im doppelten Sinne zu entschärfen.

Unserer Meinung nach kann eine solche Kampagne nur transnational, und in der Tat nur über Europa hinaus wirkungsvoll sein. Wir sehen in der Folge der nordafrikanischen Revolutionen eine gute Chance, eine solche Kampagne erfolgreich zu starten. Nicht zuletzt greifen wir mit der Forderung nach der visafreien Einreise eine Anliegen auf, welches wir in Tunesien nicht nur oft gehört haben, sondern welches während des kurzzeitigen Zusammenbruchs des Grenzregimes im Mittelmeer im Februar 2011 schon zeitweilig erkämpft wurde. Auch der Hungerstreik der 300 maghrebinischen MigrantInnen in Griechenland im Frühjahr 2011 hat eine solche neue Bewegungsfreiheit erkämpft.

PREKÄRE VERBINDUNGEN

Doch die Perspektive der Wiederherstellung eines mediterranen Raums der freien Zirkulation von Personen und Wissen erschöpft sich nicht in Forderungen an Reformen von oben. Es geht nicht nur darum, solch einen Raum denkbar und schlußendlich auf einer legalen Ebene praktikierbar zu machen,

sondern auch darum, die bestehenden Verbindungen zu vertiefen und zu vervielfachen und den transnationalen Raum mit Praxis auszufüllen. Das bedeutet einerseits eine stärkere gemeinsame Bezugnahme sowie Verbreitung von Wissen, Informationen und Geschichten, andererseits müssen wir auch konkrete Orte – ob physisch oder im cyberspace – schaffen, an denen wir uns treffen, um miteinander zu reden und voneinander zu lernen.

DER KAMPF GEGEN DIE FESTUNG IST NICHT VERLOREN

Der derzeitige Status quo eines fragmentierten und abgeschotteten Mittelmeerraums wird zwar von der europäischen Politik als alternativlos und legitim charakterisiert. Doch er ist erst in den letzten Jahrzehnten durch die EU gezielt herbeigeführt worden. Und auch wenn Europas Meeresgrenzen schon zu vielfacher Entfremdung und Tragödien geführt haben, so wurden noch lange nicht alle bestehenden Verbindungen gekappt. Jahrhundertalte Bewegungen von Migration und das Wissen um die Verbundenheit lassen sich nicht in wenigen Jahren zerstören. Tahar Ben Jelloun beschreibt in seinem Roman *Verlassen* treffend die gleichzeitige absolute Nähe und totale Ferne Europas zu Nordafrika, sowohl geographisch als auch im kollektiven Gedächtnis. Die soziale Bewegung der Migration wurde noch lange nicht vom europäischen Grenzregime besiegt.

Doch es geht längst auch um andere soziale Bewegungen von unten und die Infragestellung der Herrschaft anderer Regime. Das scheinbar spontane Aufbegehren von unten, durch das die Diktatoren in Tunesien und Ägypten verjagt wurden, ist keineswegs ein neues Phänomen, die Geschichte ist reich an beeindruckenden Beispielen, in denen eine Gesellschaft Potentaten vertrieben hat und radikale Umbrüche erzwungen hat. Neu ist unserer Meinung nach jedoch die Gleichzeitigkeit und die schnelle Verbreitung des Aufbegehrens, welches geographische Distanzen und unterschiedlichste gesellschaftliche Kontexte überspringen konnte.

Dabei behaupten wir keinesfalls, dass

es eine neue globale Bewegung für soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe gäbe. Die vielfachen Bewegungen, ob im arabischen Raum, in einigen Ländern Westafrikas, in Europa oder auf anderen Kontinenten, entspringen lokalen Bedingungen und entwickeln sich oft auch nach lokalen Traditionen sozialen Aufbegehrens. Doch es gibt auch eine globale Konfiguration der Ungerechtigkeit, die die Aufstände provoziert und ihnen zusätzlich Kraft gibt. Das Wissen über die globalen Zusammenhänge und das Wissen über die Aufstände und Bewegungen an anderen Orten, in Echtzeit vermittelt durch neue Möglichkeiten der Massenkommunikation, haben auch eine globale Verbundenheit erzeugt und viele Menschen inspiriert, selbst auf die Straße zu gehen.

Denn Globalisierung und Neoliberalismus, katalysiert durch die von ihnen verursachte globale Finanzkrise, haben zu einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen vieler Menschen geführt. Dabei verläuft die Trennung keineswegs zwischen "erster" und "dritter" Welt, auch in Europa gibt es längst eine junge Generation, die nur prekäre Arbeit findet, die sich in Praktika ausbeuten lassen muss oder aufgrund immer weiter zeitlich befristeter Arbeitsverträge immer wieder um die Arbeitsstelle fürchten muss. In Spanien wie auch in Griechenland war es diese Generation, die die Puerta del Sol und den Syntagma-Platz besetzt haben. Wie die tunesische Jugend sehen sie ihre einzige Chance entweder in der Migration oder im Aufstand.

ES GEHT NICHT AUSSCHLIESSLICH UM SOZIALE PROTESTE

Doch es geht keineswegs nur um die junge Generation, und es geht auch nicht ausschließlich um soziale Proteste. Die weltweite wirtschaftliche Entwicklung hat schon längst ganz reale negative Auswirkungen auf das Leben vieler Teile der Gesellschaft. Und so wie sich in Tunesien der Protest gegen die Armut wie auch die Diktatur richtet, so fühlen sich auch in Europa immer weniger Menschen von den vorgeblich demokratischen Regierungen repräsentiert, die vor allem den Sparkurs der Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommis-

sion umsetzen. In Syrien lässt sich die Bewegung zum Sturz des Regimes trotz aller Massaker nicht aufhalten, und Regierungen weltweit – bis nach China – sind nervös geworden.

Wir leben also in aufregenden Zeiten. Die Welt ist wieder in Bewegung geraten. Nicht nur rund um das Mittelmeer – in vielen Ländern, unter den unterschiedlichsten sozialen Bedingungen und politischen Systemen lässt sich das Aufbegehren nicht mehr stoppen. Die drängende Frage ist nun, ob diese Kämpfe verbunden werden können, und ob sie sich in eine emanzipatorische Richtung entwickeln werden. Unser Kommuniké aus Tunis formuliert es so:

„Die Basis unserer Kooperation ist das gemeinsame strategische Ziel, die Kämpfe für die freie Zirkulation von Menschen und Wissen, gegen die Privatisierung der Bildungssysteme, Prekarität und das Regime der nationalen Grenzen zu verbinden. Die Initiative ist zuallererst eine politische Deklaration: Der Raum der Kämpfe und der sozialen Umgestaltung ist ein transnationaler Raum, der kontinuierlich von der Mobilität der lebendigen Arbeit und der mit ihr verbundenen Konflikte markiert wird. So trafen wir Menschen, Gruppen, AktivistInnen, die in der revolutionären Bewegung aktiv waren, wie auch jene, denen die Themen der Migration ein Anliegen sind. Unsere Kooperation im tunesischen Labor ist ein erster und wichtiger Schritt in Richtung gemeinsamer Kampagnen und Initiativen in der nahen Zukunft“ (Kommuniké aus Tunis).

Es ist noch lange nicht ausgemacht, wohin die Reise geht. Doch wir sollten uns, gemeinsam, auf den Weg machen. Denn das globale Aufbegehren wird die Welt, wird Europa, wird unseren Alltag verändern. Wie weit und in welche Richtung, wird sich auch dadurch entscheiden, wie weit wir uns in diese Kämpfe einzuschreiben wissen. Auch wir werden unseren Platz finden müssen. ○

↑ DIE REDAKTION



① Ben Guardene | ② Choucha | ③ Ras Jdir

→ WWW.BORDERMONITORING.EU